

Ercheint täglich außer Montags. Abonnement: Preis primum: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 M. pro Quartal. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich: Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Verordng. - Kreisliste für 1896 unter Nr. 2477.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet. Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Neustß-Straße 2. | Dienstag, den 29. September 1896. | Expedition: SW. 19, Neustß-Straße 3.

### Was erwarten wir von den bürgerlichen Frauen?

Der internationale Kongress für Frauenwerke und Frauenbestrebungen ist zu Ende. Geredet wurde sehr viel, wenigstens vielerlei; daß etwas gethan wurde, läßt sich nicht behaupten, wenn man nur das „Thaten“ eines Kongresses nennt, was irgend eine Einzelaufgabe einer Bewegung der Pöfung näher führt. Das wird aber doch von diesem Potpourri von 100 viertelstündigen Vorträgen, mit deren Anhörung sich die versammelten Damen so trefflich eine Woche lang unterhalten haben, wohl niemand behaupten, selbst nicht Frau Nina Morgenstern, die, ein weiblicher Max Hirsch, es verstanden hat, ihre eigene selbstgefällige Unfähigkeit in den Vordergrund einer unausgegohrenen Bewegung zu drängen und sie durch ihre Reklamemädchen zu kompromittieren.

Nicht was auf dem Kongress geredet wurde, giebt ihm seine Bedeutung. Sondern, daß überhaupt in der Heimath des Philisterrhums, in der die Lehre, „mulier taceat in ecclesia“, das Weib schweige in öffentlichen Dingen“, als ein selbstverständliches Axiom verkländet wird, zahlreiche bürgerliche Frauen zur Wahrnehmung ihrer Geschlechtsinteressen gegenüber dem männerbezugsfähigen Klassenstaat zusammenströmen konnten, verleiht dem Kongress Wichtigkeit. Es ist die erste Massenbewegung der aus dumpfer Gedrücktheit zum Bewußtsein ihrer entwürdigenden Gesellschaftsstellung erwachenden bürgerlichen Frauen in Deutschland, eine Revolte, wenn auch eine zahme, ihres Revoltencharakters sich nicht bewußte.

Gar viel hätten diese Frauen durchzuführen, wenn sie die volle Gleichstellung mit den Männern sich erringen wollten und sie könnten dies nur erreichen, wenn sie als Teilnehmerinnen in den Klassenkampf eintreten würden, der die Heftigkeit aller Klassenunterdrückung sich zum Ziel gesetzt hat. Doch diesen Gedanken hier weiter auszuführen, erübrigt sich für uns, da einzelne unserer Genossinnen auf dem Kongress selbst und in den großen Volksversammlungen, zu denen er Anstoß gab, bereits gründlicher, als das an dieser Stelle geschehen könnte, dargelegt haben, wie die Lösung der sogenannten Frauenfrage nur ein Theil des Emanzipationskampfes des Proletariats sein kann und sein wird. Und wir geben uns auch nicht der Täuschung hin, als ob sich eine Massenbetheiligung bürgerlicher Frauen an den Bestrebungen und Kämpfen der Sozialdemokratie erwarten ließe. Dazu sind sie in ihrer Mehrzahl zu mollig in die Klasseninteressen der herrschenden Gesellschaftsschichten eingebettet. Dennoch kann die bürgerliche Frauenbewegung, auch soweit sie sich abgefordert hält vom Proletariat, auf manchen Gebieten nützlich leisten, das direkt oder indirekt

auch den proletarischen Frauen zu gute kommen würde.

In dieser Hinsicht den geringsten Nutzen versprechen wir uns von denjenigen Bestrebungen, die der Mehrzahl der Kongressbesucherinnen augenscheinlich und auch ganz natürlich am meisten am Herzen liegen: von der Erweiterung der Erwerbthätigkeit der bürgerlichen Frauen, womöglich bis zur völligen Gleichstellung mit ihren männlichen Konkurrenten in den respektablen Berufen. Selbst die weitgehendste Erfüllung dieser Wünsche und Hoffnungen würde kaum etwas ändern an der Gestaltung des Klassenkampfes. Sie würde praktisch nur hinauskommen auf eine Personalverschiebung innerhalb des Gefüges der herrschenden Klasse. Wie wenig man aber an sich von der Unversittatsbildung einzelner Frauen oder von deren Rechtsstudium eine Erschließung des Verständnisses für die großen Fragen unserer Zeit erwarten darf, dafür liefert einen überzeugenden Beweis die „Rechtskandidatin“ Fräulein Anita Augsburg, deren mit selbstgefälligen Applaus vorgetragene Platte über die „blutigen“ Absichten der Sozialdemokratie denn doch nicht über das Niveau der durchschnittlichen Garde-lieutenants- oder Korpsburschen-Einsicht hinausragt.

Bezeichnend ist es nun, daß gerade für diese Ausdehnung der Damenberufstätigkeit, allein unter Ablehnung aller sonstigen Frauenbestrebungen sich zwei Organe der bürgerlichen Presse ausgesprochen haben, denen, wenn sie einmal zusammenwirken, ein für die Durchschnittsmeinung der bürgerlichen Gesellschaft repräsentativer Charakter nicht abgesprochen werden kann: die konservative „Kreuz-Zeitung“ und die liberale „Vossische Zeitung“. Das erklärt sich auch sehr leicht. Der respektable Bürgermann mittleren Einkommens, auch der zeitungschreibende, kann sehr selten noch seinen Töchtern eine solche Mitgift mitgeben, daß sie auf dem Heirathsmarkt für Karrierechancen in Uniform und Zivil begehrlche Partien werden. Und es ist ein seltener Glücksfall, wenn die höhere Tochter mit so viel Reizen des Geistes und Körpers ausgestattet ist, daß sie auch mitgiftlos für Kommerzienräthe oder unverschuldete Rittergutsbesitzer erster Ordnung einen sicheren Räder abgiebt. Es muß für sie eine ergiebige Stellung geschaffen werden, und deshalb schlagen die zeitungschreibenden Gesellschaftstücker da mit großer Gemüthsruhe ein Loch in ihre Pauke auf der sie von der Pflicht des Weibes, als Kindergebärerin, Dekorationsstück und Hausgeräth für den kämpfenden und erwerbenden Mann zu dienen, eintönig zu Trommeln pfeifen.

Unsere Sache könnte von der Erweiterung des Konkurrenzkreises in den respektablen Berufen durch Einstellung neuer weiblicher Mitarbeiter höchstens den Vortheil der rascheren Proletarisirung der gelehrten Berufe ziehen. Wir

lassen indeß diese Frage gern auf sich beruhen als einen häuslichen Zwist der Bourgeoisie.

Völlig kalt läßt es uns ferner, wenn Bourgeoisdämchen die Bekämpfung der Prostitution durch Polizeimittel predigen. Das heißt, den Teufel austreiben wollen durch Beelzebub.

Mehr Interesse erregen bei uns die Bestrebungen, die auf Erweiterung der öffentlichen Rechte der Frauen in Staat und Gemeinde hinielen. Doch haben wir da nicht auf die bürgerlichen Frauen zu warten, wir sind ihnen, wie bei Betreibung der Arbeiterschul-Gesellsch für Arbeiterinnen, werthtätig vorangegangen. Mögen sie uns nachfolgen und uns unterstützen.

Bleibt noch die Förderung der gewerkschaftlichen Kämpfe der arbeitenden Frauen durch ihre bürgerlichen Schwwestern. Von Frau Schmetzin und anderen wurde sie auf dem Kongress befürwortet. Frau Kamp wies auf die thatsächliche Unterstützung der streikenden Konfektionsarbeiterinnen in Dresden durch bürgerliche Frauen hin. Auch wir halten das für eine durchaus erspriehliche Bethätigung des Frauengemeinsinns und wir sind überzeugt, nirgends würden unsere Genossinnen eine solche Unterstützung, wo sie ihnen loyal angeboten wird, zurückweisen. Ja, wir können den Konfektionsarbeiter-Streit in Berlin als Beweis dafür anführen, daß von unserer Seite solche Hilfe stets willkommen geheißen wird. Mehrere bürgerliche Frauen hatten sich bemüht, Gelder für die Streikenden zu sammeln. Als es dann darauf ankam, Kräfte für die Arbeit in den Fabrikstellen zu gewinnen, trat die Kommission auch an bürgerliche Frauen aus anderen Parteien mit dem Ersuchen um Uebnahme einer Fabrikstellen-Verwaltung heran. Leider hatten aber die Damen keine Zeit. Die Streikkommission war ausschließlich auf Genossinnen angewiesen. Die christlich-soziale Gruppe der Frauen weigerte sich sogar direkt, die von ihnen gesammelten Gelder in die allgemeine Streikkasse zu zahlen. Sie wollten ihre Gelder nicht als Streikgelder, sondern als christlich-soziale Wohlthaten in einem eignen Bureau an „Unterstützungsbedürftige“ auszahlen. So wenig dieses Verlangen mit der Grundidee des Gewerkschaftskampfes im Einklang stand, ist das Komitee dennoch darauf eingegangen, weil es nicht glaubte, angesichts der großen Noth unter den Streikenden dies an sich unbillige Verlangen zurückweisen zu dürfen.

Also, wie damals sind unsere Genossinnen auch fortan zum Zusammenwirken bereit; sie müssen allerdings erwarten, daß die hilfsbereiten bürgerlichen Frauen sich künftig nicht in der Pose der Patronessen gefallen, sondern, wenn sie wirklich erfüllt sind vom Geiste des Frauengemeinsinns, als Gleiches unter Gleiches mit ihren proletarischen Schwestern arbeiten werden.

### 89] Rienzi. Der letzte der römischen Volkstribunen.

Unfähig, den Edelmutb des Tribunen zu würdigen, fühlten sich die Barone noch mehr beunruhigt, als Rienzi am nächsten Morgen sie einzeln zu sich einladen ließ, sie mit Geschenken überhäufte, sie bat, das Vorgefallene zu vergeffen, und ihnen neue Würden und Ehren gewährt.

In der Thorheit eines Herzens, dem ein königlicher Sinn angeboren war, glaubte er, daß es keine Mittelstraße gebe, und daß die Feindschaft, die er durch den Tod seiner Gegner nicht bezwingen wollte, durch Guttrauen und Gunstbezeugungen besiegt werden könne. Ein solches Benehmen konnte, wenn ein für den Thron geborener König es gegen seine Untergebenen anwendete, vielleicht mit Erfolg gekrönt werden. Aber die Großmutb eines Mannes, der plötzlich über seine früheren Gebieter erhoben wurde, wird meist nur als eine aufs tiefste kränkende Demüthigung aufgenommen. Rienzi beging hierin einen gefährlichen Fehler der Politik, den die grausame Staatsklugheit eines Viconti, oder in späteren Zeiten die eines Borgia sich nicht würde haben zu schulden kommen lassen. Aber es war der Fehler eines großen und erhabenen Geistes!

Nina saß in dem großen Saal des Palastes; es war der Audienztag für die römischen Damen.

Der Besuch war gegen früher so wenig zahlreich, daß es sie befremdete, und in den Anwesenden glaubte sie eine Kälte und eine Entsemdung zu bemerken, die ihre Eitelkeit etwas verletzten.

„Ich denke, wir haben die Signora Colonna nicht beleidigt,“ sagte sie zu der Gemahlin des Gianni Colonna, „sie pflegte uns mit ihrer Gegenwart zu beglücken, und wir vermissen sie sehr.“

„Signora, meine Schwiegermutter ist unpäßig.“

„So? Wir scheinen heute überhaupt wenig Besuch zu haben.“

Mit diesen Worten ließ sie nachlässig ihr Schnupstuch fallen, die stolze Colonna hob es nicht auf, keine Hand

rührte sich; und die Tribunesa schien verwundert und unwillig über die geringe Aufmerksamkeit zu sein, welche man ihr bezeugte. Als sie die anwesenden Damen überblickte, bemerkte sie, daß mehrere, deren Gatten, wie sie wußte, Rienzi's Feinde waren, mit bedeutungsvollen Blicken unter einander flüsterten, und mehr als ein schadenfrohes Lächeln entging ihr nicht.

Sie gewann jedoch ihre Fassung bald wieder und sagte lächelnd zu der Signora Frangipani: „Dürfen wir an Eurem Scherz theilnehmen, Ihr scheint irgend einen lustigen Einfall zu haben, den Ihr uns nicht vorenthalten werdet.“

Die Dame, welche durch sie angeredet worden war, antwortete erröthend: „Wir dachten daran, Signora, daß, wenn der Tribun gegenwärtig gewesen wäre, sein Gelächde der Ritterlichkeit jetzt in Anspruch genommen sein würde.“

„Und inwiefern, Signora?“

„Es wäre seine angenehme Pflicht gewesen, dem Bedrängten beizustehen.“ Und die Signora blickte bedeutungsvoll auf das Schnupstuch, das noch auf dem Boden lag.

„Es war also Eure Absicht, Signora's, mich zu kränken,“ sagte Nina, mit stolzer Majestät sich erhebend. „Ich weiß nicht, ob Eure Gatten eben so lähn gegen den Tribunen sind, aber ich weiß, daß die Gemahlin des Tribunen in Zukunft Eure Anwesenheit entbehren kann. Vor vier Jahrhunderten konnte ein Frangipani vor einem Roselli sich wohl beugen, jetzt dürfte das Weib eines römischen Patriziers in dem des ersten Staatsbeamten Roms wohl eine Vornehmere anerkennen. Uebrigens bin ich keineswegs geneigt, Eure Höflichkeit erzwingen zu wollen.“

„Wir sind zu weit gegangen,“ flüsterte eine der Damen ihrer Nachbarin zu. „Die Unternehmung könnte mißlingen, und dann —“

Der plötzliche Eintritt des Tribunen verhinderte fernere Bemerkungen. Er trat mit großer Hast ein, und auf seiner Stirne zogen sich jene Runzeln zusammen, die immer eine schlimme Vorbedeutung hatten.

„Wie, schöne Damen,“ sagte er, indem er einen schnellen

Blick auf die Gesellschaft warf. „Ihr habt uns noch nicht verlassen? Beim heiligen Kreuz, Euer Gatten erzeigen uns eine schmeichelhafte Ehre, indem sie uns so holde Pfänder zurücklassen, oder sie müßten denn schlechte Ehemänner sein. Euer Gemahl,“ sagte er zu der Gattin des Gianni Colonna, „ist nach Palestrina entwichen; der Curige, Signora Orsini, nach Marino, Euer Bräutigam, schöne Frangipani, ist mit ihm — ihr kamt hierher, um — aber ihr seid sicher, selbst vor meinen Worten.“

Der Tribun hielt einen Augenblick inne, um, wie es nicht zu verlernen war, seine Aufregung zu unterdrücken, als er den Schreden bemerkte, den er erregt hatte. Seine Blicke begegneten denen Nina's, welche, die Kränkung ver-gessend, die ihr kurz vorher widersfahren war, ihn besorgt und verwundert ansah.

„Ja,“ sagte er zu ihr, „in dieser schönen Versammlung wißt vielleicht Ihr allein es nicht, daß die Patrizier, die ich erst kürzlich vom schmachlichen Tod errettete, zum zweiten Mal Verräther geworden sind. Sie haben in dieser Nacht sich heimlich entfernt und bereits werden sie durch die Herolde für Verräther und Rebellen erklärt. Rienzi verzeiht jetzt nicht mehr!“

„Tribun,“ entgegnete die Signora Frangipani, in deren Adern kühneres Blut floss, als in denen ihrer ganzen Familie, „gehörte ich Eurem Geschlecht an, so würde ich die Worte: „Verräther und Rebell“, deren Ihr Euch gegen meinen Gemahl bedient, auf Euch zurückweisen. Uebermüthiger Mann! Der Papst wird diese Pflicht bald erfüllen!“

„Euer Gemahl ist mit einer Taube beglückt,“ sagte die Dame, „sagte der Tribun verächtlich. „Fürchtet nichts, Signora,“ so lange Rienzi lebt, bleibt das Weib, selbst seines heftigsten Feindes, ungekränkt und geehrt. Das Volk wird sich bald hier versammeln, unsere Wachen sollen Euch nach Hause begleiten, oder dieser Palast möge Euch als Zufluchtsort dienen, denn ich kann Euch sagen, daß Eure Gatten sich einer großen Gefahr ausgesetzt haben, und in einigen Tagen werden die Straßar Roms mit Blut getränkt sein.“

(Fortsetzung folgt.)

# Ein „anarchistisches“ Bubenstück.

Von ehrlichen Anarchisten, d. h. von solchen, die wirklich in unflarem Idealismus an die Zaubergewalt des bürgerlichen Freiheitsbegriffes glauben, ist uns wiederholt gesagt worden: Statt die Anarchisten zu bekämpfen, sollten wir sie doch als Bundesgenossen betrachten, die auf ihre eigene Weise, nicht in feindlichem Gegensatz zu uns, sondern nur mit anderer Taktik gegen den gemeinsamen Feind zu Feld zögen — gewissermaßen als Freischaren, die neben der geschlossenen Armee der Sozialdemokratie auf eigene Faust, jedoch mit dem gleichen Ziel setzten.

Solchen Phantasien mußten wir sagen: „Ihr kennt die Verhältnisse und die Menschen nicht — Sozialismus und Anarchismus haben nicht das gleiche Ziel, die Anarchisten stehen auf dem Boden der heutigen bürgerlichen Gesellschaft, wenn sie auch noch so laut gegen sie loswettern; und, weit entfernt uns zu unterstützen, haben sie, ihrem Ursprung und ihrer Natur entsprechend, keine andere Aufgabe, als uns Sozialdemokraten Knäuel zwischen die Beine zu werfen und Divergenzen zu gunsten der kapitalistischen Gesellschaft zu machen, auf deren Boden sie stehen, und aus deren Bodensatz der ganze „Anarchismus“ hervorgewachsen ist.“

Daß dies richtig, das haben die „Anarchisten“ bei hundert Gelegenheiten bewiesen und erst jüngst in eklatanter Weise bei dem Bubenstück, das gegen den „Vooruit“ in Gent (Belgien) verübt wurde. Dort gab ein Anarchist, ein Freund des Nieuwenhuis, sich zu der schmutzigen Arbeit her, welche die kapitalistische Gesellschaft für sich verrichten läßt: zur Denunziation, einer dem Kapitalismus verhassten Person und Sache.

Dem ehrlichen Bürgerthum galt früher der Denunziant als „der größte Schuft im ganzen Land“. Das durch den Kapitalismus degenerierte und korrumpirte Bürgerthum, zu dem auch die „anarchistische“ Abart gehört, bracht die Denunziation und hängt ihr sogar den Mantel der Pflicht und Gesinnungstüchtigkeit um. Unsere Leser kennen die schmachvollen Vorgänge. Ein Anarchist beschuldigte Ansele, im „Vooruit“ das Schwitzsystem zu üben und dessen schmutzige Auswüchse zu dulden — außerdem seien die ganzen Arbeitseinrichtungen derart, daß sie den von den Sozialisten und speziell von Ansele in der Kammer für die Fabriken und Werkstätten geforderten Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter schnurstracks zuwiderläßen.

Unsere Leser wissen, wie Ansele die Verleumdungen Punkt für Punkt siegreich widerlegte. Und hinzuzufügen können wir, wie bei diesem Anlaß seine Selbstlosigkeit an den Tag kam, — daß er, die Seele und der Leiter dieses großen geschäftlichen Unternehmens, nur etwas über 3000 Frankl jährlich Gesamteinnahme hat, seine Kammerdiäten eingerechnet, von denen ein Theil in die Parteikasse fließt.

Das hinderte aber die kapitalistische Presse nicht, die Verleumdung voll Schadenfreude weiter zu kolportieren, so daß die Behörden, an welche der anarchistische Denunziant — Pol de Witte, Ansele's eigener Schwager! — sich direkt gewandt hatte, eine Untersuchung der Werkstätten und Arbeitseinrichtungen des „Vooruit“ anordneten. Zwei Fabrikinspektoren, die Herren de Bud und Hebré, wurden mit der Untersuchung beauftragt. Ihr Bericht liegt uns vor. Sie schreiben:

Wir haben festgestellt, daß die Gesellschaft „Vooruit“ alle Arbeit, welche die Näherinnen in ihrem achtstündigen Arbeitstag über das Minimum hinaus produzieren, vollständig bezahlt.

daß von dem Ueberschuß (über das Minimum hinaus) 60 pCt. in die Hand, 15 pCt. in die Unterstützungskasse der Näherinnen und 25 pCt. in die Reisekasse der Näherinnen (für einen kurzen Ferienausflug) gezahlt werden,

daß diese Zahlungen regelmäßig erfolgt sind, und daß die Bücher regelmäßig geprüft werden, und endlich, daß dieses System zwischen den Arbeitern und dem Exekutiv-Ausschuß der Gesellschaft „Vooruit“ vereinbart worden ist.

Damit sind die Behauptungen des anarchistischen Denunzianten Pol de Witte, Freund des Nieuwenhuis, auch von den Behörden als Verleumdungen gebrandmarkt. Und gerade um die Entlohnung der Näherinnen handelte es sich bei den Anklagen und bei der Untersuchung.

Wir unsere Kapitalistenpresse so viel Scham- und Ehrgefühl haben, ihren Lesern, denen sie die Lügen so eifrig mitgetheilt, nun die Wahrheit zu sagen?

## Politische Uebersicht.

Berlin, 28. September.

Ein französisch-englisches Bündniß gilt seit einiger Zeit bei verständigen Politikern in England und Frankreich als die einzige Möglichkeit zur Beendigung des immer wirrer werdenden europäischen Wirrwahls. Der Gedanke ist ja alt. Schon in den fünfziger Jahren hatten wir das Bündniß der Westmächte, das der russischen Eroberungsjucht eine Zwangsjaack anlegte. Der deutsch-französische Krieg zerriß aber das Bündniß der Westmächte und die den Russen angelegte Zwangsjaack. Frankreich, das in der Krim an der Seite Englands gegen Rußland gekämpft hatte, wurde auf seinen Rußland gedrängt und die ganzen Machterhältnisse Europas verschoben — namentlich auch in Beziehung auf die orientalische Frage.

Nun fühlt man in Frankreich mehr und mehr das Unwürdige und Unnatürliche der geschriebenen oder ungeschriebenen Allianz mit Rußland.

Man wird sich erinnern, daß das Cabinet Bourgeois von Rußland loszukommen und sich England zu nähern versuchte, und daß die russische Gesandtschaft deshalb an seinem Sturz arbeitete — mit Erfolg. Gleichzeitig wächst in England unter den Konservativen sowohl, als unter den Liberalen die Zahl derer, die in einem Bündniß mit Frankreich den alleinigen Ausweg aus den jetzigen Schwierigkeiten erblicken. Wir wollen hier nicht in die endlosen Gefilde der Zukunftspolitik schweifen; und begnügen uns, die bedeutsame Thatsache festzustellen, daß die „Saturday Review“, das vornehmste Organ der konservativen Partei Englands, sich rückhaltlos für ein Bündniß mit Frankreich, nach vorheriger Verständigung betreffs Egyptens, ausspricht.

Da der den Russen verschriebene Melne nach dem Wiederzusammentritt der französischen Kammer aller Voraussicht nach einem Cabinet Bourgeois Platz machen wird, so kann die Frage des englisch-französischen Bündnisses also sehr bald aktuell werden. —

**Armenien und die „armenischen Greuel“.** In Trapezunt am Schwarzen Meer sollen neuerdings Armenier, die dorthin exilirt waren, niedergemetelt worden sein. Ein russisches Kriegsschiff habe den Hafen verlassen gerade als die Nachricht von den Tumulten in Konstantinopel gekommen und Tumulte auch in Trapezunt begonnen hatten — und das Schiff sei erst wieder zurückgekehrt, nachdem die Meheselen in Trapezunt vorbei waren. So erzählt ein deutscher Schiffskapitän. Daß die „armenischen Greuel“ den Russen nicht ungeliegen sind, ist allerdings richtig. —

## Deutsches Reich.

— Vor König Stumm rehabilitirt. Der Reichsanzeiger schreibt:

Die Nr. 61 der Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz hat die Mittheilung gebracht, die Militärverwaltung habe die Einführung eines achtstündigen Arbeitstages in den Artillerie-Werkstätten in Spandau angeordnet, nachdem in anderen dortigen Staatsbetrieben die so verkürzte Arbeitszeit bereits früher eingeführt sei.

Diese Mittheilung ist unzutreffend. Es wird nach wie vor bei allen technischen Instituten der Militär-

verwaltung gemäßlich an einer zehnstündigen Arbeitszeit festgehalten. In diese Zeit ist je  $\frac{1}{2}$  Stunde Frühstück- bezw. Vesperpause mit einbezogen. Versuchsweise ist — nur an den Sonnabenden und den Tagen vor Festen — eine Verkürzung der Arbeitszeit um 1 bis 2 Stunden eingeführt worden.“

Zur Verurteilung der Militärverwaltung können wir versichern, daß wir niemals den schwarzen Veracht hegen, daß sie mit der Einführung des Achtstundentages vorangehen wollte. —

— Der allgemeine preussische Städtetag wird, wie angekündigt, am heutigen Dienstag, mittags 12 Uhr, im Stadtorordneten-Sitzungsloale des Rathhauses zusammengetreten. Nach den eingelaufenen Meldungen steht zu erwarten, daß an den Verhandlungen, für welche bekanntlich zwei Tage in Aussicht genommen sind, die Vertreter zahlreicher Städte von 25 000 und mehr Einwohnern theilnehmen werden. Für die Tagesordnung des allgemeinen preussischen Städtetages hat der Stadtorordnete-Vorsitzer Dr. Langerhans folgende Anträge angemeldet:

1. Das Verhältniß, in welchem zur Zeit die Stadtkreise in den geschäftlichen Körperschaften vertreten sind, entspricht weder der gegenwärtigen Bevölkerungszahl noch der sonstigen Bedeutung dieser Städte für das Gemeinwesen.

2. Die Aufhebung der Privilegien der Beamten, Geistlichen und Lehrer in der Kommunalbesteuerung ist eine Forderung der Gerechtigkeit, deren Erfüllung länger nicht hinausgeschoben werden darf.

— Die National-Sozialen mit und ohne christlicher Grundlagedenken ihr spärliches Parteimaterial auch mit dem vorläufig auf eigene Faust stehenden Oberleutnant a. D. v. Egidy zu verharren. Damit ist es aber nichts, denn Herr v. Egidy hat in seinem Blatte „Versöhnung“ die Programmwiderrsprüche der Herren von der „Zeit“ und „Hilfe“ in folgender Kritik abgefertigt: „National-Sozialistisch“ ist ein gefährliches Wort; es ist, wie die ganze geplante Parteibildung, nur dazu angethan, neue, nutzlose Kämpfe anzufachen. Mit „national“ soll jedenfalls das Unterscheidliche gegenüber der Sozialdemokratie hervorgehoben werden; aber auch die Sozialdemokraten sind zu allererst soweit national, als sich dies für einen Deutsch-Gebohrnen von selbst versteht. Andererseits müssen auch diejenigen, die sich „national“ nennen, die Nothwendigkeit einer Völkervereinigung und Völkerverbindung anerkennen. Wollen sie aber mit „national“ die Abschließung von anderen Völkern, wollen sie damit gar das ausdrücken, was den bejubelten Schlußsatz der letzten Tagung der Evangelisch-Sozialen bildete: „und machet (Ihr Deutschen) sie (die Welt) Euch unterthan“, dann birgt das Wort „national“ die Gefahr häßlicher Ueberhebung in sich. Entweder ist das Wort also überflüssig, oder es ist schädlich. In keinem Falle paßt es zu „sozialistisch“. Soll mit diesem Wort die Bekämpfung eines vermeide seiner Kraft gewaltthätig gewordenen Kapitalismus gemeint sein, so muß ein solcher Kampf von allen Völkern zugleich geführt werden, weil, wie wir wissen, auch der Kapitalismus eine internationale Macht ist. Soll mit dem Worte gar aber der volle, große, hohe Sinn gemeint sein, der in dem Worte liegt: Gemeinamkeit, so liegt in seiner Zusammenfassung mit „national“ ein Widerspruch; der Begriff „Gemeinamkeit“ ist — unter voller Festhaltung der natürlichen Gliederung: Familie, Gemeinde, Volk — ein für unseren Planeten unbegrenzter. Auch noch dies fordert erste Bedenken heraus: die im Werden begriffene Partei soll, wie das allenthalben betont wird, auf konfessioneller, und zwar auf der sehr weitverbreiteten christlichen Grundlage gegründet werden. Auch hierin liegt ein Widerspruch. Weder sind alle, die zur Nation gehören, Christen, noch schneidet die christliche Konfession an den Grenzen unseres Vaterlandes ab. Will man mit dieser konfessionellen Grundlage aber andeuten, daß das nationale Bewußtsein und das soziale Empfinden nur dem Christenthum eigen ist, nur aus dem Christenthum heraus geboren, nur durch Bibel und Kirchenlehre erzeugt werden kann, so ist das ein Trirkum. Will man sich durch diese Klausel gegen andere Volksgenossen, die, ohne auf derselben Grundlage zu stehen, sich ihres Deutschtums nicht weniger bewußt sind und nicht weniger sozial empfinden, abschließen, so widerspricht dieses Vorhaben dem, was wir anstreben und was durch das Wort „sozial“ ausgedrückt ist: Zusammenschluß.“

— Herr Stöcker sucht sich gegen die unbehaglichen Mittheilungen des Herrn v. Gerlach zu wehren, indem er den von uns neulich erwähnten Stöckerstreit folgendermaßen darstellt: „Es ist unrichtig, daß ich ihn als Bettler um Wiederankündigung im Staatsdienst hätte erscheinen lassen. Nur eine einzige Persönlichkeit hat diese Sache geführt, und sie wußte genau, daß Herr v. Gerlach daran völlig unbeteiligt war. Die Anfrage, von der ich nicht weiß, ob sie bis an den Minister des Innern gelangt ist, war von uns Freunden des Herrn v. Gerlach geplant, die aus persönlichster Theilnahme für ihn eine Verurteilung darüber haben wollten, ob er, wenn aus der Prethabilität geschieden, in der Regierung wieder eine Thätigkeit finden würde. Dafür konnte ich mit gutem Gewissen mitwirken, da ich ihm von Anfang an gerathen hatte, seine Staatsstellung nicht auszugeben.“

Damit bestätigt Herr Stöcker nur in anderen Worten die Erzählung des Herrn v. Gerlach. Das Entscheidende ist, daß Herr Stöcker ohne Wissen des Herrn v. G. auf den gewohnten Hintertreppwegen für ihn eine Staatsstellung zu erwirken suchte und daß er sich eines Begners seines Schützlings wider Willen, nämlich, wie jetzt bekannt geworden ist, des Herrn v. Ranke auf bediente. Der theuere Gottesmann ist eben immer der alte. —

— Eine Zusammenkunft der Vorsitzenden der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten soll in dieser Woche in Kassel behufs Berathung der Novelle zu den Versicherungs-Gesetzen stattfinden. —

— Hammerstein's Pistolet. In bürgerlichen Blättern ist zu lesen:

Duell. In Stargardt i. P. verurtheilte die Strafkammer den Apothekenbesitzer Koch aus Nördenberg, jetzt in Nordhausen wohnhaft, wegen Falschspiels und Herausforderung zum Duell mit tödtlichen Waffen zu tausend Mark Geldstrafe und vier Monaten Gefängnis. Koch war beim Falschspielen erlappt worden, worauf er am nächsten Tage den, der ihn erlappt und zur Rede gestellt hatte, zum Zweikampf fordern ließ.

Man sieht — Hammerstein macht Schule, und die ramponirte Kavalierehre, auch wenn sie keinem „Herrn von“ gehet, kurirt sich durch einen Mordversuch vermittelst Pöbelanschreierei. —

— Ein treffendes Urtheil über den groben Unflug-Paragrafen, leider nur eins aus früherer Zeit, gräbt die Leipziger Volkszeitung wieder aus. Wir haben dasselbe früher schon veröffentlicht, aber angesichts der neuesten Leistungen auf diesem Gebiete schadet es nichts, daran zu erinnern, daß unsere Gerichte unter Umständen auch „anders können“. Festgehalten muß bei der Einschätzung dieses Urtheils freilich werden, daß es nicht gegen Arbeiter, sondern gegen Antifemiten von dem Landgericht Leipzig ergangen ist. In dem Urtheil heißt es:

Gält man sich an die engere Auslegung, so leuchtet ein, daß der Inhalt des Preßergebnisses den Tatbestand des Delictes nicht hervorrufen kann, und daß sich großer Unflug nur in der Weise denken läßt, daß die äußere Form der Verbreitung, die Art und Weise, wie das Preßergebnis verbreitet wird, eine Verletzung des Publikums enthält. Wer Flugblätter in aufbringlicher oder den Verkehr störender Weise auf der Straße verbreiten läßt, macht sich groben Unflugs schuldig. Dann kommt es aber auf den Charakter des Preß-

erzeugnisses überhaupt nicht an. Es ist gleichgültig, ob es sich um eine politische Streitschrift oder um Aneklame eines Fabrikanten handelt. Nichtig ist man der weiteren Auslegung bel, so kann der Thatbestand auch durch den Inhalt der Druckschrift geschaffen werden. Der Richter muß dann den Inhalt unter die Lupe nehmen und groben Unflug statuiren, wenn ihm der Inhalt ungehörig erscheint. Die Strafkammer ist nur nach zeitlicher Erwägung der engeren Auslegung beigetreten. Dafür sprechen die Entziehungsgeschichte, die Zusammenstellung mit der Erzeugung ruhestörender Lärmes, endlich auch folgende Erwägungen: Die weitere Auslegung läuft im Grunde genommen auf die Aufhebung der Preßfreiheit hinaus. Denn der Richter braucht nur von seinem subjektiven (persönlichen) Standpunkte aus in dem Inhalte der Druckschrift eine Ungehörigkeit zu finden und eine Behelzung des Publikums anzunehmen und das Preßergebnis ist der Strafe verfallen. Der Richter ist dann nicht mehr Richter, sondern Zensor, und wird in eine Rolle gedrängt, die seiner nicht würdig ist. Zudem ist bei der herrschenden weiteren Meinung der Sach: nulla poena sine lege (keine Strafe ohne Gesetz) nicht gewahrt. Denn der Staatsbürger kann nicht einmal wissen, worin der Richter eine Ungehörigkeit findet. Der Grobe Unflug-Paragraf, wie ihn die herrschende Meinung handhabt, kann leicht der Todengräber eines offenen, ehrlichen, freimüthigen Wortes werden. —

— Zu einem Ehrengesent für den Gesellschaftsreiter und Arbeiterführer Forenzyn in Kiel läßt der antisemitische Abgeordnete Vielhaben den Klingelbeutel herumgehen. Nun — in der einen oder anderen Form war dieser Bettel das unvermeidliche Ende. Gleichzeitlich wird bürgerlichen Blättern aus Kiel gemeldet, ein Arbeiter Namens Geller, der dem König von Preußen ein „Gesent“ gemacht und dafür das sibi-Gesent erhalten habe, sei von den Sozialdemokraten so „verfolgt“ worden, daß er die Werk in Kiel verlassen und sich nach Stockholm in Arbeit begeben habe. Natürlich ist das gerade wieder so frech erlogen, wie seinerzeit die Leidensgeschichte des Forenzyn. —

— Wieder ein Antifemitenführer wegen gemeiner Verbrechen mit dem Strafgesetzkodex in Konflikt. In Chemnitz ward dieser Tage der Kaufmann Max Baron verhaftet, weil er, der gegen die spießbüchigen Juden nicht genug losdonnern konnte, sich schwerer Unterschlagungen schuldig gemacht und das Geschäft, für welches er arbeitete, plammäßig bestohlen hat. —

— Aus Wienchen's Vaterlande berichten sächsische Parteiblätter folgenden Akt großartiger Staatsweisheit: Ueber den Gasthof Neundorf bei Pirna ist kürzlich die Polizeistunde verhängt worden. Obßst gelungen ist die Begründung. Das amtliche Schriftstück lautet: Herrn Gasthofbesitzer Dehmig Neundorf.

Infolge der vielen Rückstände an Gemeindepflanzen und sonstigen Störungen hat der hiesige Gemeinderath die Einführung einer Polizeistunde beschlossen und dürfen Sie daher vom 15. August d. J. ab das Verweilen in Ihren Schanklokale nachts 12 Uhr hinaus niemanden gestatten.

Zuwiderhandlung dieser Anordnung wird nach § 365 des Reichs-Strafgesetzbuches bestraft. Neundorf, den 14. August 1896.

Der Gemeinderath: Bähr, Gemeindevorstand.

Also, wie die Steuern nicht eingehen, soll der Gastwirt darunter leiden. Kürzlich werden wohl die Gastwirthe noch ein Verzeichniß der Steuerrückstände erhalten, um beim Geldwechseln den säumigen Staatsschuldnern abzuziehen. Was die „sonstigen Störungen“ betrifft, wegen deren der Wirth um 12 Uhr schließen soll, so hat dieses Opfer politischer Fürsorge keine Ahnung, was damit gemeint sein soll. —

Neerane, 27. September. (Eig. Bericht.) Wie bereits telegraphisch mitgetheilt wurde, hat auch die Amtshauptmannschaft in Glauchau die in ihrem Gebiete beabsichtigten Versammlungen, in denen Bebel sprechen sollte, verboten, sobald sie hörte, daß unter Bürgermeister mit einem Verbot vorangegangen war. Der staatsretterische Eifer war also anfangs bei der Glauchauer Amtshauptmannschaft nicht vorhanden, er entstand erst durch das von unserem Bürgermeister gegebene Beispiel. Die Amtshauptmannschaft folgerte, daß getheilte Scherz nur halber Scherz getheilte Blamage nur halbe Blamage sei, und so kam sie unserem Bürgermeister als Schiedsrichter zu Hilfe. Aber es war auch ein Grund nöthig, um zu verbieten, und um den Nachahnungsseifer nicht zu deutlich merken zu lassen, ein anderer, als ihn unser Stadtoberhaupt in seiner Weisheit ausgespielt hatte. Die Versammlung sollte im Grundstück unseres Genossen Stolte in Gschau stattfinden und zwar im Garten desselben. Darauf rüdten Freitag Nachmittag von Glauchau mehrere Polizei- und Straßenbeamten mit Spieß und Stangen benehrt aus, um auf dem Stolte'schen Grundstück Anschau zu halten. Hier ließ sich aber nichts machen. Der Garten war groß genug, um die 2000 Personen fassen zu können, und er war auch von allen Seiten eingefriedigt. Wie aber, wenn mehr wie 2000 Personen kamen und diese auf der breiten Staatsstraße, die an Stolte's Grundstück vorbeiführt, Platz nahmen? Iwar gehen dort nicht viel Menschen und fahren noch seltener Wagen, aber was sollte werden, wenn plötzlich ein Regenguß niederbrach und die Massen nach einem Obdach suchten? Dann war nicht nur alle Ordnung, sondern auch Gesundheit und Leben der Versammlungsbefucher in Gefahr. Hier war der Hebel des Archimedes anzusetzen und konnte der Grund zu einem Verbot hergeholt werden. Und so geschah es. Stolte wurde eröffnet, daß er keine Garantie gegen einen plötzlichen Regenguß leisten könne und also kann die breite Staatsstraße viel zu schmal sei für die auseinander strömenden Massen, die Rücksicht auf das Wohl der Versammlungsbefucher das Verbot der Versammlung rechtfertige.

Die Sachsen sind heile. Glaubst du alle Vorsichtsmaßregeln getroffen zu haben, um eine Versammlung zu ermöglichen, der sächsische Staatsretter beweist dir, daß du ein Tölpel bist und daß Gründe billiger sind als Brombeeren, um solche für ein Verbot zu finden.

Die erwähnten armseligen Gründe waren es also, die das Verbot der Versammlung rechtfertigen mußten. In Bezug auf das Verbot des Kommerces schloß sich die Amtshauptmannschaft Glauchau den Gründen unseres Bürgermeisters an: Die Rede Bebel's werde politisch sein und dann sei der Kommerz eine Volksversammlung und eine Gefahr für das Gemeinwohl. Die Amtshauptmannschaft ging nur nicht so weit wie der Meeraner Bürgermeister, der wider Recht und Gesetz auch das mit dem Kommerz verbundene Konzert als staatsgefährlich verbot, und so fand dasselbe unter großem Andrang Sonntag Nachmittag in der Nähe Neerane's statt, ohne daß die Erzhinz der sächsischen Staats in Gefahr kam.

Was haben aber unsere Staatsretter mit ihren Verboten erreicht? In der ganzen Bevölkerung und zwar bei Freund und Feind herrscht eine hochgradige Erregung und ist die schärfste Beurtheilung der Maßregeln eine allgemeine. Mehr als die besten Reden Bebel's haben die Verbote gewirkt und eine Stimmung, namentlich gegen unser Stadtoberhaupt erzeugt, die ihm in die Hand zu legen ist von Liebe und Verehrung und Achtung. Diese Stimmung kam explosionsartig ausbrach, als Bebel Sonntag Abend nach Berlin zurückreiste und die auf dem Bahnhof aufgestauten Massen durch freiweltliche Hochs sich von ihm verabschiedeten. Die Polizei, die während seiner Anwesenheit hier ihm und seinen Begleitern auf Schritt und Tritt nachfolgte, als gelte es ein gekrühtes Haupt vor einem geklauten Attestat zu schützen, war ohnmächtig gegenüber diesen Ausbrüchen der Volkstimmung. —

Gotha, 28. September. (Privatbesuche des „Vorwärts“.)

Der erste Landtagwahlkreis Lam bach wurde gleichfalls erobert. Wir haben nunmehr acht Mandate.

**Mainz, 28. September.** (Frankfurter Zeitung.) Am 6. November v. J. war zu Hachenheim in Rheinhessen die Gemeinderathswahl. Wegen Wahlvereinigungen und Verdrehung einzelner Wähler wurde die Wahl vom Kreisamtschreiber Alfried. Gegen dieses Erkenntnis haben 14 Wähler von Hachenheim Einspruch erhoben, der jedoch heute vom Provinzialamt scharf verworfen wurde. Es hat demnach eine Neuwahl stattzufinden.

**St. Ludwig, 26. September.** (Eig. Ber.) Reichst. d. d. Straßburg. Ein Ausscheiden ergend und dem gewöhnlichen Publikum ganz unverständliches Urtheil fällt dieser Tage die Reichst. Straßburger. Wegen Blutschande wurde daselbst der 22jährige Sohn eines dortigen Witwe, bei dem die Honoratoren der Stadt verlehren, zu einem Monat Gefängnis verurtheilt. Die mitangeklagte Schwester wurde freigesprochen. Jedermann wird noch das drakonische Urtheil bekannt sein, das dieselbe Straßburger gegen unseren Genossen Martin-Milhausen und Genossen Rehler-Mannheim gefällt hatte. Dieselben waren wegen Nachwächter-Beleidigung angeklagt, und da der Wahrheitsbeweis nicht in allen Theilen gelang, denn die Beleidigungs- und Entlassungsregeln fehlten, wurde Martin zu 30 Täg., Rehler zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt. Das Volk verachtet solche Urtheile nicht, das man wegen Nachwächter-Beleidigung achtzehn Monate Gefängnis und wegen eines der größten Verbrechen, der Blutschande, einen Monat Gefängnis ansprechen kann. Das Vertrauen zur deutschen Rechtsprechung ist bei so manchem Gefährlichen ohnehin nicht groß, und niemand wird glauben, daß dasselbe durch derartige Urtheile wesentlich befestigt wird. Die Sozialdemokratie hat keine Ursache, sich über die Konsequenzen einer solchen Rechtsprechung beschwert zu fühlen.

— Das Heirathen in den Kolonien sucht die Kolonialverwaltung zu fördern. In der Septemberung des Reichstages der deutschen Kolonialgesellschaft wurde ein Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 21. August zur Kenntniß gebracht. In diesem wird mitgetheilt, daß bereits seit dem Jahre 1892 die Kolonialverwaltung den Leuten der Schutztruppe, die sich nach Ablauf ihrer Dienstzeit in Südwestafrika niedergelassen, zur Ueberführung einer Braut von Deutschland nach dem Schutzgebiet eine Beihilfe von 350 bis 500 M. zugesichert hat. Es wurde beschlossen, den Eingang des von dem Landeshauptmann erbetenen Verichts abzuwarten.

**Oesterreich.** **Trient, 26. September.** Der Anti-Freimaurer-Kongress wurde heute Vormittag durch den Fürstbischof Saluzzi eröffnet. Der Kongress beschloß die Errichtung einer Organisation gegen die Freimaurerei mit der Zentralstelle in Rom, ferner die Einleitung einer Propaganda für die Volksausklärung über Freimaurerei mittels Broschüren, deren beste Medaillen und Preise erhalten sollen. Außerdem sollen regelmäßig öffentliche Versammlungen stattfinden.

— Die Nationalratswahl in Aalen finden am 26. Oktober statt. Für unsere Partei steht in erster Linie die Eroberung eines Sitzes im Palbkanton Basel-Stadt in Frage.

**Frankreich.** **Paris, 28. September.** Der „Intransigeant“ spricht sich gegen die in Vorbereitung befindliche Expedition nach Tunt aus und erklärt, dieselbe werde keine friedliche Okkupation sein, da General Voizard unter seinem Befehl 1600 Mann und zahlreiche Munition habe. Das Blatt glaubt, die Unternehmung werde ebenso zu Enttäuschungen führen, wie die Expedition nach Madagaskar.

**Paris, 27. September.** (Eig. Ber.) Das Ministerium Meline hat entschieden. Selbst die Haupt- und Staatsaktion, von der es mit Sicherheit eine Befestigung seiner präliminären Stellung erwartete, schlägt immer mehr zu seinem Nachtheil aus. Der großbyzantinische Ueberseiner, mit dem die Regierung den Zarenempfang arrangirt, hat ihr mehr geschadet, als das „glückliche Ereigniß“ an sich ihr etwa nützen könnte. Die gesammte unabhängige Presse verurtheilt einstimmig das für Frankreich, für die Republik demüthigende Baukräftchen der Regierung vor dem Autokraten. Nicht genug damit, daß die Empfangszeremonien in allen Einzelheiten von den Gastgebern dem Gaste zur Genehmigung unterbreitet wurden, daß der Minister-rath unter Hintanzetzung alles anderen sechs- oder siebenmal sich mit Zeremonienfragen beschäftigte, daß Felix Faure und Meline dem Zaren bis nach Cherbourg entgegenreisten, daß französische Soldaten dazu gebraucht wurden, bei der Ankunft des Zaren in Paris ein siebenthalb Kilometer langes Spalier zu bilden, daß die russischen und polnischen Flüchtlinge und Nichtflüchtlinge in widriger Weise ausgeschnüffelt, verhöhrt und mitunter in ihrer Abwesenheit behaust werden, daß Polizeiminister Barthou allen seinen Untergebenen in ganz Frankreich den totalitären Befehl zugehen ließ, alle Verdächtigen zu verhaften, — nicht genug mit alledem, trieb die Regierung die Diebediebstahl so weit, um dem Selbstherrscher aller Reußen — ohne Zweifel auf sein Verlangen — jede Berührung mit der französischen Volksvertretung ersparen zu wollen. Erst die Proteste der radikalen und die boshaft-lobenden Kommentare der monarchistischen Presse haben die Regierung von ihrem Vorhaben abgebracht. Ein gut unterrichtetes ministerielles Blatt meldet sogar, daß im letzten Ministerrath, der sich mit dem Zarenempfang 5 bis 6 Stunden lang beschäftigte, einige einsichtigerer Minister mit ihrer Demission hätten drohen müssen, um den Beschluß zu erzwingen, daß die Vertreter des Parlamentes an den offiziellen Feiern teilnehmen sollen.

Die Sucht, dem Zaren zu lieb die Republik als eine Monarchie zu vernichten, diskreditirt das Ministerium in den Augen aller anständigen Republikaner. Die dem Zaren zugeordneten Ehrungen verletzen durch ihre Extravaganz das Nationalgefühl. Wie vor ein paar Wochen von verschiedenen Seiten der Werth des französisch-russischen Einvernehmens bezweifelt wurde, so fragt man sich jetzt, nach der Befolgung des offiziellen, d. h. vom Zaren genehmigten Empfangsprogramms, ob die Regierung einen Verbündeten oder einen Beschützer, einen Helfer Frankreichs zu begrüßen sich anschickt. Und ein ministerielles Blatt versucht es, die Ueberschnapptheiten der Regierung gegenüber den Angriffen der Opposition in Schutz zu nehmen. — Kurz, Meline's Hoffnung, aus dem Zarenbesuch Kapital für seine innere Politik schlagen zu können, hat sich bereits als nichtig erwiesen. Er hat sich in seiner diplomatisch-patriotischen Aktion ebenso tief blamirt, wie in seiner innerpolitischen Aktion.

In regierungsfreundlichen Kreisen scheint man jede Illusion über die Fortdauer des Ministeriums nach dem Wiederzusammentritt des Parlamentes aufgegeben zu haben. Der beste Beweis dafür ist die lebhafteste Kampagne, die die ministerielle Presse für die Einschränkung des Interpellationsrechts führt. Die Zahl der angekündigten Interpellationen ist bereits auf ca. 16 angewachsen, darunter einige sehr gefährlicher Art. Die Regierungsbücher mit der „République Française“, dem Leitorgan des Herrn Meline, an der Spitze möchten nun das Interpellationsrecht der Opposition illusorisch gemacht wissen. Sie schlagen vor, daß die Kammer jede Interpellation unendlich solle aufschieben können. Der andere Rettungsplan ist jedoch aussichtslos. Die Meline'sche Kammermehrheit war von jeher zu prävar, um dem Ministerium zu lieb die wichtigste Prerogative der Kammer beschneiden zu lassen. Wehliche Versuche wurden bereits wiederholt von opportunistischer Seite gemacht, aber stets ohne Erfolg.

**Arras, 28. September.** Eine Versammlung von Vertretern der landwirtschaftlichen Syndikate der Departements Nord, Pas de Calais, Somme, Aisne und Ardennes beschloß, sich für den 14. Oktober geplanten gemeinsamen Petition an den Ministerpräsidenten anzuschließen, welche bezweckt, dem französischen Zucker solche Prämien zu sichern, die den Wettbewerb mit dem deutschem und österreichischen Zucker auf dem Weltmarkte ermöglichen.

Auch ein Erfolg unserer Zuckerpolitik, die angeblich auf Abschaffung aller Ausfuhrprämien für Zucker gerichtet ist.

#### Dänemark.

— Das Parlament soll am 5. Oktober zusammentreten.

— Bei den Wahlen in Helsingör wurde der Kandidat der Sozialdemokratie Chr. Rasmussen mit 1077 Stimmen gewählt. Der Kandidat der Rechten erhielt 1058 Stimmen. Bei den Wahlen im April 1895 erhielt Rasmussen nur 768 Stimmen, der Kandidat der Rechten aber 1108 Stimmen.

#### Schweden.

— Der erste Sozialdemokratische Reichstagswahlkampf in Schweden. Der 24. September 1898 wird für immer ein großer Tag in der Geschichte der Erfolge des skandinavischen Sozialismus sein. An diesem Tage wurde nämlich in den schwedischen Reichstag ein Sozialist gewählt. Dieser Erfolg ist umso erfreulicher, weil Hjalmar Branting nicht mit knapper Majorität, sondern mit beinahe 200 Stimmen seinen Gegner übertraf.

Die Eroberung eines Reichstagsmandats bedeutet zwar an sich nicht viel. Aber es handelt sich hier um den Einzug eines Vertreters unserer Partei in ein Parlament, in dem wir bisher nicht vertreten waren. Wegen die Erwählung Brantings ist von großen und mächtigen Kreisen — unter andern auch von der größten liberalen Zeitung Schwedens — eine sehr heftige und leidenschaftliche Agitation ins Werk gesetzt worden, deren Ueberwindung natürlich den Werth des an und für sich hochbedeutenden Wahlsieges mächtig erhöht.

Was man weiter in bezug auf diese Wahl nicht zu hoch schätzen kann, ist ihre moralische Bedeutung und ihr großer Werth für die Zukunft. Denn mit Hjalmar Branting ist nicht nur ein tüchtiger Repräsentant für die sozialdemokratische Partei in den schwedischen Reichstag eingetreten, sondern auch ein Parteiführer und Organisator ersten Ranges, der durch seine persönlichen Eigenschaften vortrefflich dazu geeignet ist, seine Partei in einem aus lauter Gegnern zusammengesetzten Parlament zu vertreten und die bis jetzt in dem schwedischen Reichstags herrschende Auffassung von der Sozialdemokratie als eine Gattung anarchistischer Wähler und Bombenwerfer aus den englischen Gehirnen der schwedischen Bauern und Kleinbürger völlig zu verschreiben. Er wird auch, dank seiner hohen rednerischen Begabung und seiner großen nationalökonomischen Kenntnisse, den Weg für eine klarere und gerechtere Auffassung des Sozialismus in dem Reichstags selbst bahnen.

Das eine wie das andere wird natürlich seine Zeit brauchen, denn nicht ist so schwer niederzubrechen, als alte, eingewurzelte Vorurtheile in alten Staaten, aber es wird ihm doch gelingen, denn Hjalmar Branting ist dazu der rechte Mann auf dem rechten Plage.

Branting ist noch ein Mann in seinen besten Jahren — Anfang der vierziger. Als Student hat er sich längere Zeit in Deutschland aufgehalten — er studirte Astronomie und Sozialwissenschaften. Seit seiner Rückkehr nach Schweden hat er sich in der sozialdemokratischen Bewegung mit immer steigender Energie und Interesse bewegt und ist jetzt Hauptredakteur des „Sozialdemokraten“ in Stockholm. Als Parteiführer und Schriftsteller hat er sich stets ganz bewährt, und seine Arbeit für die Partei in ganz eigenartiger Weise geleistet, denn Branting hat einen großen Theil seines ursprünglichen Vermögens für die Partei geopfert. In der literarischen Welt Stockholms ist Branting eine sehr beliebte, geradezu populäre Persönlichkeit.

Der schwedische Reichstag erhält in Branting einen scharfen und bedeutenden Redner, woran in dieser Versammlung kein Ueberfluß herrscht.

#### England.

— Die Agitation gegen die türkische Miswirtschaft. Unser Londoner Korrespondent, dessen Auffassung in diesem Punkt wir nicht durchweg zur unserigen machen können, schreibt uns über die liberale Türkenhölle:

Die Agitation gegen das Sultanregiment in der Türkei wird mit wachem Fanatismus betrieben. An der Spitze steht dabei das protestantische Dissidententum — die „Nonkonformisten“ — und das „Daily Chronicle“, das von den Londoner Morgenblättern sich speziell als Organ dieser Richtung gerirt, es ist auch der Hauptmoniteur dieses neuesten Kreuzzuges. Ganze Spalten sind mit Berichten über Versammlungen, Komiteestellungen u. dgl., wo Resolutionen gegen die „infinite“, „schändliche“, „barbarische“ u. dgl. Regierung des Sultans gefasst werden, Absehung des Sultans verlangt und die Hilfe des Zaren für die Befreiung der unterdrückten Armenten ausgerufen wird. So viel Uebetreibung in alledem liegt, so darf man doch zwei Dinge nicht verlernen. Mag Abdul Hamid auch nicht das Angeheuer sein, als das er vom „Chronicle“ und geistesverwandten Blättern hingestellt wird — er müßte Uebermensch sein, wenn er all den gegen ihn gerichteten Intrigen gegenüber stets seinen Gleichmuth bewahrte — so ist doch das System seiner Regierung selbst im Orient überlebt; und da, aus welchen Gründen immer, es einigermaßen einer Reformaktion aus eigener Kraft nicht fähig ist, wäre eine energische Intervention der europäischen Kulturstaaten — vor allem Englands, das nach dem Cypern-Vertrag Rechte und Pflichten in dieser Hinsicht übernommen hat — zu gunsten gründlicher Reformen selbst im Interesse der türkischen Unterthanen des Sultans gelegen. Zweitens ist die Agitation bei der großen Masse der Engländer zweifelsohne ehrlich und uneigennützig.

Wir wollen uns verpflichten, nichts für uns zu nehmen, wenn nur diesen schauerhaften Zuständen ein Ende gemacht wird“, ist der beständig wiederkehrende Refrain der Einreden und den Resolutionen, und oft genug heißt es noch, daß Cypern in den Kauf gegeben werden solle. Ebenso kann man nicht sagen, daß Religions-häß das leitende Motiv ist. Man will die christlichen Glaubensgenossen schätzen oder befreien, aber darum noch nicht die Muhamedaner ausrösten. Soweit die Agitation gegen den Muhamedanismus gerichtet ist, wendet sie sich gegen ihn als Träger politischer und sozialer Einrichtungen, nicht als religiöse Ueberzeugung. Und daß der Muhamedanismus heute ebenso der Ausdruck einer zurückgebliebenen Kultur ist, wie er einst ein Kulturträger war und tiefer stehenden Kulturen gegenüber vielleicht noch ist, kann wohl nicht bezweifelt werden. Kurz, will man die Bewegung, die sich eines Theiles des englischen Volkes — und sicher nicht des schlechtesten — bemächtigt hat, richtig beurtheilen, so muß man ihr, glaube ich, soviel zugestehen.

Ist sie eine Bewegung für Rußland? Dies man all die Anrörungen des Zaren, die Petitionen an Nicolaus II., die der Armenier anzunehmen, die Vorschläge, türkisch Armenien unter russischer Protektion zu stellen, so möchte man dies unbedingt folgern. Inwiefern darf man nicht vergessen, daß die elende Politik der anderen Großstaaten den Engländern, sofern sie überhaupt den Appellen der Armenier, Jungtürken u. dgl. Folge geben wollen, gar keine Wahl läßt, als mit Rußland Verständigung zu suchen. Sicher gibt es in England heute mehr Rußlandfreunde, als zu irgend einer Zeit, aber ebenso sicher ist, daß das zarische Regierungssystem in England sehr wenig Freunde hat. Wenn man aber in Deutschland keine Bedenken trägt, Rußlands Spiel im Orient zu unterstützen, warum sollte man in England eins

Verständigung mit Rußland scheuen? Wegen Konstantinopel und der Dardanellen? Mit großem Recht sagen die Engländer, daß Deutschland und Oesterreich mindestens ebenso großes Interesse daran haben, daß Konstantinopel nicht russisch, daß Schwärze Meer kein russischer Binnensee werde, wie England. Und ferner kann man nicht bestreiten, daß den jetzigen Zustand in der Türkei aufrecht erhalten, die Lösung der armenischen u. s. w. Fragen hinausgeschoben, in weit höherem Grade für Rußland arbeiten heißt, wie den Sultan zu gründlichen Reformen zu zwingen, oder, wenn er dazu absolut nicht zu bewegen, durch einen fähigen, wahrhaft patriotischen und reformfreundlichen Regenten zu ersetzen.

In diesem Lichte erscheint tausenden und aber tausenden von gut demokratisch, anti-ingoistisch gesinnten Engländern die Bewegung so populär ist sie, daß selbst viele Arbeitervereine, Gewerkschaften u. s. f. sie eintreten. Von ihnen aus ist es eine Freiheits- und Reformbewegung, in gleicher Weise, wie England den Griechen, den Italienern, den Bulgaren u. dgl. zu ihrer nationalen Selbständigkeit geholfen hat. Es ist der Fluch der deutschen Geschichte, daß das deutsche Volk fast keiner dieser Bewegungen mit ungetheilte Sympathie sich hat anschließen können. Dennoch sollte es möglich sein, zu der entspannten Bewegung keine rein ablehnende Haltung einzunehmen. Kein Zweifel, daß überall im Orient zarische Agenten am Werk sind. Aber das ist sicher kein Grund, für einen Sultan Partei zu ergreifen, der, bloß um seine Reformen einzuführen, sich hinter den Rock des Zaren verkrücht. Die Türkei hat aufgehört, ein Damm gegen russische Intriguen zu sein, in ihrer heutigen Gestalt ist sie nur noch ein Zuchtbeet für dieselben.

#### Spanien.

— Wie lange? — fragt unser spanisches Parteiorgan: „El Socialista“ — wie lange sollen diese Menschenhekatomben in Kuba und auf den Philippinen noch dauern? Wie lange wird das spanische Volk sich noch dazu hergeben?

Auch wir fragen: wie lange? —

— Verhandlungen über eine spanische Anleihe. Man telegraphirt der „Vossischen Zeitung“ aus Paris: Die aus London gemeldet wird, finden daselbst gegenwärtig Verhandlungen über ein neues spanisches Anleihen in Höhe von 800 Millionen Mark statt. Das Londoner Haus Rothschild ist augenblicklich mit den Vorarbeiten für dieses Anleihen beschäftigt, welches durch die Verpfändung der Einkünfte aus den Minen von Almaden gedeckt werden soll. Ein Theil dieser Anleihe von 800 Millionen Mark soll zur Konversion der fünfprozentigen spanischen Schatzbons verwendet werden, von welchen 457 Millionen Franks in Zirkulation sind. Dadurch würde die schwebende Schuld Spaniens beseitigt sein.

#### Serbien.

**Belgrad, 27. September.** Nachdem der Zar die Erlaubniß erteilt hat, werden in russischen Waffenfabriken für Rechnung der serbischen Regierung 180 000 Repetirgewehre russischen Modells mit den zugehörigen Patronen angefertigt und im Frühjahr nächsten Jahres geliefert.

#### Türkei.

**Philippopol, 27. September.** Nach Berichten aus Konstantinopel wurden dort anlässlich der Aushung eines außerordentlichen Plakats in der Mehmed-Moschee und wegen Entdeckung ähnlicher Erscheinungen in Stutari, sowie aus Anlaß der von der jungtürkischen Partei ausgehenden Verbreitung von einigen tausend Exemplaren einer in Genf gedruckten und gegen den Sultan gerichteten Schrift zahlreiche Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgenommen.

**Konstantinopel, 28. September.** („Frankf. Ztg.“) Die Polizei schreitet jetzt zur Verhaftung von reicheren Armenten, die nach aufgefundenen Belägen dem Revolutionskomitee große Summen meist unfreiwillig übergeben. Vorgeführt wurde u. a. Apil Effendi Dundschian, Lieferant des kaiserlichen Arsenal und Mitglied der großen türkischen Schiffsgesellschaft „Masbouf“, eingeperrt. Derselbe besitzt ein Vermögen von wenigstens 12 Millionen Franks.

#### Amerika.

— Die Bimetallistenpartei in den Vereinigten Staaten bröckelt immer mehr ab. Eine Depesche aus New-York meldet:

J. B. Thatcher, der zum Kandidaten der demokratischen Partei für den Gouverneurposten des Staates New-York nominiert war, hat die Nomination abgelehnt mit der Begründung, daß er den Passus über die freie Silberprägung in dem demokratischen Programm mißbillige.

— Das Frauenstimmrecht in den Vereinigten Staaten von Amerika. Auf dem internationalen Frauenkongress hat Frau Lockwood, die vor einigen Jahren Präsidentin der Kandidatur war und als solche 600 000 Stimmen erhalten haben will, behauptet:

„In allen politischen Fragen haben dort die Frauen das Stimmrecht, sie sind auch für alle Ämter wahlberechtigt. Drei Frauen sitzen in Kolorado im Staatsrath, in Kansas giebt es Frauen als Bürgermeister und Richter. In Kolumbia haben die Frauen das Eigenthums- und Vormundschaftsrecht erlangt. Die Frau sei als Hauptstütze der Familie auch die Hauptstütze des Staates; aber nur als freie Mutter könne sie ein freies Geschlecht heranziehen.“

Hierzu schreibt uns ein Deutsch-Amerikaner: Frau Lockwood (eine Adorantin aus Washington) hat da entweder arg aufgeschritten, oder, was wahrscheinlicher, sie ist von dem Berichterthäter garstig mißverstanden worden — vielleicht beides. Frau Lockwood (von der übrigens die eigentlichen Väterinnen der Frauenbewegung in Amerika, wie Frau Elizabeth Cady Stanton, Fraulein Susan W. Anthony, welche der Sache ihr ganzes Leben gewidmet haben, nicht recht etwas wissen wollen) hat sich allerdings vor acht oder zwölf Jahren als Präsidentin-Kandidatin aufgegeben; es sind aber kaum irgend welche Stimmen für sie abgegeben worden. Es war dies auch kaum möglich, schon deshalb, weil damals noch in keinem Staate der Union die Frauen Stimmrecht bei Präsidentschaftswahlen hatten, die Wahlrichter also auch keine Stimmzettel von ihnen annehmen konnten. Die 600 000 Stimmen der Frau Lockwood bestehen also nur in ihrer Phantasie; möglicherweise berechnet sie sich, daß sie so viel erhalten haben würde, wenn ihre Anhängerinnen hätten stimmen können. Seitdem sind Wyoming und Utah, wo schon, als sie noch Territorien waren, Frauenstimmrecht bestand, mit Verfassungen, die den Frauen das unbeschränkte Stimmrecht geben, in den Staatenbund aufgenommen worden. Kolorado hat es eingeführt. In Kansas und vielleicht noch einem oder dem anderen Staate besteht das Frauenstimmrecht für Municipalwahlen.

In vielen Staaten haben die Frauen das Stimmrecht für Schulwahlen. Die Verleihung des Stimmrechts ist nach der Bundes-Verfassung ganz Sache der Einzelstaaten, nur darf es nicht auf Grund von Rasse, Farbe oder des früher bestandenen Sklavereiverhältnisses beschränkt werden.

In Wyoming ist das Frauenstimmrecht eigentümlicher Weise ursprünglich aus einer Laune des Kongresses gewissermaßen als schlechter Witz eingeführt worden, als es noch Territorium war und kaum einige tausend Cowboys zu Einwohnern hatte. Es hat sich dann eingebürgert und ist bestehen geblieben, als das Territorium Staat wurde. In Utah wurde das Frauenstimmrecht eingeführt, weil die Herren im Kongress damit den Mormonismus und die Polygamie bekämpfen zu können glaubten. Sie rechneten darauf, daß alle Mormonenweiber gegen die Polygamie stimmen würden. Das Gegenteil war der Fall, und man schaffte es wieder ab. Als Utah vor wenigen Jahren Staat wurde, ist es wieder eingeführt worden. In Kolo-

rado, wo das Frauen-Stimmrecht ebenfalls vor einigen Jahren eingeführt wurde, sitzen allerdings Frauen in der Ausschussbehörde für die Staatsanstalten: Gefängnisse, Irrenhäuser, Blindeninstitute u. s. w. In Kansas wurde das Frauen-Stimmrecht von den Prohibitionisten eingeführt, um ihre tolen Gesehe, welche das Zubereiten, den Verkauf, den Genuß, ja unter Umständen den Besitz aller geistigen Getränke (Wein, Bier, Brauwein) als Verbrechen stempeln, besser durchzuführen zu können und ihre deutschen Gegner zu zwingeln, und es hat dazu Dienste geleistet. In Schulwahlen waren die Frauen meist nur dann in größerer Anzahl zum Stimmen zu bringen, wenn religiöse Fragen vorlagen und protestantische Fraktionisten gegen die Katholiken bestanden oder umgekehrt. Bei dem ungeheuren Einfluß, den die Pfaffen über die Amerikaner im allgemeinen und über die amerikanischen Frauen im besonderen haben, ist sehr zu fürchten, daß das Stimmrecht der Frauen zunächst im religiös-reaktionären Sinne ausgenutzt wird.

### Partei-Nachrichten.

**Die Parteigenossen von Rummelsburg und Umgebung** zur Nachricht, daß Freitag, den 2. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Platkowsky in Rummelsburg eine Volksversammlung abgehalten wird. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist notwendig. Näheres wird morgen durch Inserat bekannt gegeben. Der Vertrauensmann.

**Zur Charakteristik der Wahlbewegung im Kreise Brandenburg-Weßhavelland.** Unser Brandenburger Partei-Organ schreibt: Verboden wurde wieder einmal eine Versammlung, die in Lieow gefasst war. Ehe wir die Versammlung eröffnen konnten, mußte uns der Gendarm etwas eröffnen, daß nämlich das Lokal, wie schon früher, als genügende Versammlungsräumlichkeit nicht zugelassen werden könne. Es sei zu klein und die Thüren gingen nicht nach innen nach außen auf. Wie bedauerten wir den Mann, der uns diese Eröffnung machen mußte! Und noch viel mehr diejenigen, die sie uns machen ließen! Und selber vermochten wir nicht zu bedauern. Denn darüber waren wir uns klar, wie hätten in zehn Stunden nicht solche wirksame Rede halten können, als dies Verbot für uns wirksam war. Das Lokal war also zu klein? Inwiefern? In seiner Flächenabmessung? Nun, hundert Personen konnten recht gut, selbst sitzend Platz finden, und ein gefährbringendes Gedränge konnte die Polizei verhindern, indem sie nicht mehr zu lieh, als bequem Platz finden konnten. Aber die Thüren gingen nach innen statt nach außen auf. Das konnte Gefahr bringen.

**Die Parteikonferenz für den Wahlkreis Landsberg-Soldin**, die am Sonntag in Landsberg tagte, beschloß die Gründung eines Wahlvereins für den ganzen Kreis und wählte den Genossen Kaiser zum Kreisvertrauensmann. Zum Publikationsorgan bestimmte man die „Mitt. Volksstimme“. Als Reichstagskandidat wurde Genosse Paetzke aus Berlin wieder aufgestellt.

**Die Stadtverordneten-Wahlen in Mannheim** werden nicht Sonntag vorgenommen werden, wie ursprünglich verhandelt. Das Gesuch unserer Parteigenossen ist vom Stadtrat unter Berufung auf einen Erlass des Ministeriums Eisenlohr abgelehnt worden, worin es u. a. heißt, die Wahl am Sonntag stünde nicht im Einklange mit den badischen Bestimmungen über die Sonntagsheiligung. Die Mannheimer „Volksstimme“ befreit, daß dies zutrifft, und hält dem nationalliberalen Ministerium u. a. vor, daß sogar die kirchlichen Wahlen Sonntag vorgenommen werden.

#### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Ueber den bereits erwähnten Prozeß, den die Reichs-Postverwaltung wegen der Art und Weise der Verbreitung des „Nordhäuser Volksblatt“ angestrengt hat, bringt dasselbe folgenden ausführlichen Bericht: Das „Nordhäuser Volksblatt“ hat Druck, Verlag und Redaktion in Erfurt. Dort ist es auch in die Post-Zeitungsliste eingetragen. Die Gesamtanlage wird dem Expedienten Voigt in Nordhausen paketweise alltägig zugesandt, um dann durch diesen verbreitet zu werden. An ihn gelangten auch im gleichen Paket die für unsere Abonnenten im Nachbarort Salza bestimmten Exemplare. Das Austragen in diesem Orte besorgt die Wittwe Ruhnold. Die kaiserliche Ober-Postdirektion Erfurt hat nun in dieser Zeitungsüberbreitung eine dem § 1 des Postgesetzes vom 25. Oktober 1871 zuwiderlaufende Handlung erblickt, wonach Besorgung von Zeitungen politischen Inhalts gegen Bezahlung von Orten mit einer Postanstalt nach anderen Orten mit Postanstalt verboten ist. Dieses Verbot erstreckt sich nicht auf Besorgung von Zeitungen innerhalb des zweimaligen Umkreises des Ursprungsortes. Genosse Stegmann als Geschäftsführer der Druckerei von Reichhaus u. Co. in Erfurt sowie die Zeitungsaufträgerin Frau Ruhnold in Salza erhielten wegen dieser Uebertretung von der Oberpostdirektion Erfurt Strafmandate zugestellt. Das hinterzogene Porto sollte in 146 Fällen in der Zeit vom 1. Oktober 1895 bis 22. März 1896 29,20 M. und die Strafe, nach § 27 oben erwähnten Gesetzes, den vierfachen Betrag der hinterzogenen Summe betragen. Gegen die Strafmandate wurde gerichtlicher Entscheid beantragt. Vor dem hiesigen Schöffengericht machten die Beklagten geltend, daß das „Nordhäuser Volksblatt“ ein selbständiges Blatt ist und nur für Stadt und Kreis Nordhausen zur Verbreitung komme; die Firma Reichhaus u. Co., als Drucker und Verleger des Blattes, habe im übrigen nicht den geringsten Einfluß auf das Blatt und wüßte auch Nordhausen im Sinne des Gesetzes als Ursprungsort gelten, denn es sei doch widersinnig, Erfurt als solchen zu betrachten und in dessen zweimaligem Umkreise die Verbreitung durch Boten zu gestatten, wo doch kein einziges Exemplar dieser Zeitung gelesen werde. Der als Zeuge und Sachverständige geladene Postinspektor Ruhnold aus Erfurt, sowie der Amtsanwalt waren anderer Meinung. Sie fanden darin, daß in Erfurt das polizeiliche Pflichtexemplar eingereicht wird, und daß das „Nordhäuser Volksblatt“ in der Postzeitungsliste in Erfurt eingetragen ist, den Beweis, daß der Ursprungsort Erfurt sei. Auch der Gerichtshof schloß sich dieser Ansicht an und verurteilte die Angeklagten nach § 27 des Postgesetzes zu dem vierfachen Betrage des „bestrauten“ Portos, in Summa 116,80 M. event. im Nichtleistungsfalle für je 10 M. 1 Tag Haft; betreffs der Verbreitung des „bestrauten“ Portos habe die Postbehörde sich an die Angeklagten selbst zu halten. Die Angeklagten meldeten gegen dieses Urtheil sofort Berufung an.

— In Kienburg in Hannover wies aus einer Volksversammlung der überwachende Beamte die Frauen aus, wie das im Amtsbezirk des obersten Hüters der liberalen Erziehungsschulen, des Herrn v. Bennigsen, ja nichts selbsten ist. Diesmal gelang die Entfernung der Frauen aber nicht. Der Referent der Versammlung, Reichstags-Abgeordneter Wurm, erläuterte nämlich dem Beamten das Vereinsgesetz so energisch, daß der Beamte von der Durchföhrung seiner Anordnung absah.

### Gewerkschaftliches.

#### An die Buchbinder Berlins!

Kollegen und Kolleginnen! Mit Genugthuung können wir auf die erste Woche seit dem Streik zuröckblicken. 92 Firmen haben sämmtliche Forderungen bewilligt; nur noch in kleineren Werkstätten stehen unsere Kollegen und Kolleginnen im Lohnkampfe. Außerdem haben sich die Arbeiter und Arbeiterinnen der Galanterie-Branche der Bewegung angeschlossen. Jetzt gilt es nun, das für zu sorgen, daß auch die Firmen, die unsere bescheidenen Forderungen noch nicht bewilligt haben, zur Kapitulation gezwungen werden. Deshalb ist es vor allen Dingen Pflicht derjenigen Kollegen und

Kolleginnen, die bereits unter den neuen Bedingungen arbeiten, für genügende Geldmittel zu sorgen, damit unsere im Kampfe stehenden Berufsgenossen nach Kräften unterstützt und die Bewegung siegreich durchgeführt werden kann. Um allen ein genaues Bild von dem gegenwärtigen Stand des Streiks zu geben, hat die Lohnkommission eine öffentliche Versammlung für heute, Dienstag, den 29. d. M., abends 8 Uhr, im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37, anberaumt. Wir erwarten, daß die Kollegen und Kolleginnen vollzählig in dieser Versammlung am Platze sind.

Ausständig sind die Kolleginnen und Kollegen der Firmen: Trautmann, Schönebergerstr. 4. Frensch, Wallstr. 11. Leo Simon, Spandauerstr. 72. Carl Reelin, Engel-Ufer 3. Selmar Baier, Dreßdenerstraße 35. Alexander Weber, Lindenstr. 53. Bernhard Paul, Wilhelmstr. 22a. Wägenstein, Friedrichstraße 240. Lewinsohn, Fehrbellinerstr. 54. H. Weichert, Andreesstr. 32. Imberg u. Lesson, Alte Jakobstr. 64a. Aug. Reimann, Mauerstr. 58. Einbrodt u. Kallb., Alte Jakobstr. 66. A. Demuth, Mohrenstr. 68. Gebrüder Grunert, Junferstr. 18. Müller, Charlottenburg, Verlinstraße 123 a. Gerh., Charlottenburg, Wilhelmsdorferstr. 32. Ullstein, Charlottenstr. 9/10. Herm. Franz, Steglitzerstraße 7.

#### Galanterie-Branche:

Urbach u. Co., Ritterstr. 45. Stephan u. Stengert, Ritterstr. 88. Schmiß u. Poit, Auenstr. 14.

#### Die Lohnkommission.

#### An die Glaser Berlins und Umgebung.

Wir bringen den Kollegen hiermit zur Kenntlich, daß laut Angabe der Personale oder wie die Unterschrift des Prinzipals ausweist, unsere Forderungen: Neunstundenlag, 24 M. Minimallohn (für Bleiglas 27 M.), in folgenden Werkstätten bewilligt sind: Nowotni, Karlstraße. Markus, Königsbergerstraße. Salomonis, Bräuerstraße. Gohlar, Große Frankfurterstraße. Schneider, Stralauerstraße. Gohlar, Neue Königstraße. Garreier, Friedenau. Brandenburg (Juh. Schmidt), Löhnerstraße. Meißner, Breitestraße. Schred, Steglitzerstraße. Busse, Palisadenstraße. A. Wagner, Spandau. Knobel, Adalbertstraße. Krüger, Spandau. C. Lüders, Rüdigerstraße. F. Lüders, Landsbergerstraße. C. Lüders, Greifswalderstraße. Klefflein (Juh. J. Schmidt), Genthinerstraße. Gregoleit, Marktgrafenstraße. Auerbach, Palenke. A. Krompolt, Kurfürstenstraße. Souchart, Barnimstraße. Rohr, Gartenstraße. Schröder, Röhbachstraße. Jurada, Kommandantenstraße. Tomsky, Alt-Mohrstr. Holze, Dreßdenerstraße. Kutinski, Müllerstraße. Ditten u. Burch, Lindenstraße. Rothe, Palaststraße. Jessel, Zimmerstraße. Schulze u. Jost, Krausenstraße. Dreßler, Potsdamerstraße. Fröhlich, Hollmannstraße. Rogge, Gleditschstraße. Theilweise haben bewilligt: Spinn u. Comp., Jglsch, O. Alt, H. Bröge, Liebherr u. Jacins, Prohopp.

Von ca. 25 Werkstätten steht das Resultat wegen Nachlässigkeit der Kollegen noch aus. Zu der Werkstätte von Spinn u. Co. haben die Kollegen die Forderung auf 24 M. erst gestern, am 28. September vorgelegt; 10 Kollegen sind die Forderungen abgelehnt worden, weshalb sie die Arbeit niedergelegt haben. Der Kommission ist sofort Mittheilung gemacht worden; das weitere wird morgen bekannt gemacht werden.

Wir fordern nochmals auf, uns umgehend Mittheilung zu machen, wo unsere Forderungen bewilligt sind oder nicht, es ist fast unmöglich, eine genaue Uebersicht zu geben und Kontrolle auszuführen.

#### Die Streikkommission der Glaser Berlins und Umgebung.

J. A.: W. Starke, Bochstr. 34.

**Achtung, Puger Berlins!** Seit dem in der öffentlichen Versammlung vom 23. Sept. gegebenen Bericht hat sich die Zahl der in Arbeit stehenden Kollegen bedeutend vermehrt, so daß augenblicklich an 1400 Puger beschäftigt sind; in gleichem Verhältnisse ist die Zahl der ausgegebenen Arbeits-Kontrollkarten auf 1000 gestiegen. Die Lohnkommission macht nun nochmals darauf aufmerksam, daß alle neu angefangenen und noch anzufangenden Pugarbeiten zu den in der erwähnten Versammlung festgesetzten Bedingungen ausgeführt werden müssen, da im anderen Falle die Arbeits-Kontrollkarten verworfen werden. Nach dem Beschlusse dieser Versammlung werden vom 5. Oktober an neue Arbeits-Berechtigungskarten ausgegeben; alle Puger, die noch nicht im Besitz einer Arbeits-Berechtigungskarte sind, können dieselbe in Empfang nehmen. Ausgeschlossene sind nur die Puger, die bei den gewerbetreibenden Inwohnern und Mäßungslieferanten in direktem Arbeitsverhältnisse stehen. Der Beitrag zum Streikfonds beträgt von dieser Zeit an pro Mann und Woche 25 Pf. Die Kollegen werden ersucht, sich recht rege an der Sammlung zu betheiligen, da ein etwaiger Ausfall bedeutende Opfer erfordern würde. Gleichzeitig ersuchen wir die ernannten Hausdeputierten, in der Zusammentkunft am Mittwoch pünktlich zu erscheinen. Jeder Pugar muß vertreten sein. Die Lohnkommission der Puger Berlins und Umgebung.

**Achtung! Präger und Prägerinnen Berlins!** Durch die Eingetrag und Solidarität der gesammten Kollegen war es ermöglicht worden, in der Luzuspapierfabrik von Priester, Andreesstr. 38, unsere Forderungen nach vierwöchigem Kampfe durchzusetzen. Jetzt aber sucht diese Firma Präger, die nur nachts arbeiten sollen; bei Tage will sie vermutlich nur Frauen beschäftigen. Das würde dazu führen, daß die Männer entlassen oder nur noch zur Nacharbeit verwandt werden. Demgegenüber ersuchen wir die Kollegen, nicht zu der Bedingung anzufangen, nur nachts zu arbeiten, sondern darauf zu halten, daß sie von Woche zu Woche abgelöst werden. Sie sind das sich selbst und ihren Familien schuldig, denn die Nacharbeit ist der Gesundheit notorisch äußerst nachtheilig. J. A.: Der Vertrauensmann.

**Achtung, Gewerkschaften!** Die bewilligten und gesammelten Gelder für die ausgesperrten städtischen Gasanstalts-Arbeiter sind an das Gewerkschaftsbureau (H. Millarg) Auenstr. 18, abzuführen.

#### Der Vertrauensmann.

G. Benisch, Memelstraße 52.

**Der Streik der Punktierer in der Langenscheidt'schen Buchdruckerei in Berlin**, Hallischestraße 17, der am Sonntag ausbrach, ist bereits wieder beigelegt. Die genannte Firma ersucht uns mitzutheilen, daß nicht, wie vom Arbeitsnachweis der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter angegeben worden war, Herabsetzung des Ueberstundenlohns die Ursache des Ausstandes gewesen ist — Lohn Differenzen walteten überhaupt nicht auf — sondern die Differenzen hatten ihre Ursache in einem Mißverständnisse, das nun aufgeklärt ist. Gestern früh nahmen sämmtliche Punktierer die Arbeit wieder auf.

**In Hamburg-Altona** haben die Getreideverlader (sogenannte Schauerleute) gestern die Arbeit eingestellt, um den alten Lohnsatz von 30 Pf. pro Tonne wieder zu bekommen, der seit zwei Jahren auf 45 Pf. reduziert war. Weiter stellen sie für Nacharbeit eine Forderung. Nach einer Volkschen Depesche beträgt die Zahl der Streikenden 4—500.

**Der Gewerkschaftsausschuss in Hamburg** hat auf Anregung der Generalkommission die Anstellung eines zweiten besoldeten Beamten beschlossen. Das Amt wurde dem bisherigen Redakteur der Holzarbeiter-Zeitung, Genossen Moste, übertragen. Die Arbeiten der Generalkommission häufen sich derartig, daß die Anstellung eines zweiten Beamten nothwendig erscheint.

**Der Streik der Steinseher und Kammer Hamburgs** dauert fort. Die Unternehmer wollen Erfah aus Norwegen und Schweden kommen lassen. Die skandinavische Arbeiterpresse wird deshalb ersucht, energisch vor Zuzug nach Hamburg zu warnen.

Aus Grulich in Böhmen wird uns mitgetheilt, daß dort ein gewisser Sebald Steiner, ein ehemaliger Schauspieler, der sich als Sozialdemokrat gerire, 30 Arbeiter und Arbeiterinnen für eine Textilwaarenfabrik in Bonn angeworben suchte. Da es in der Rheinprovinz wie überhaupt in Deutschland an beschäftigungslosen Textilarbeitern und Arbeiterinnen durchaus nicht mangelt, eruchen wir die österreicherische Arbeiterpresse, den böhmischen Arbeitern zu rathe, unter keinen Umständen eher nach Bonn und überhaupt nach dem Rheintal zu reisen, bevor sie sich mit den dortigen Textilarbeitern in Verbindung darin gesetzt haben, wie dort die Verhältnisse stehen, was durch die Redaktion der in Burgläd in Sachsen erscheinenden Fachzeitschrift „Der Textilarbeiter“ sehr leicht zu bewerkstelligen ist. Es sei hierbei noch darauf hingewiesen, daß in Köln, wohin es von Bonn nicht weit ist, ein Textilarbeiter-Streit ausgebrochen ist. Möglicherweise handelt es sich bei den Anwerbungsversuchen in Grulich um die Beschaffung von Erfah für die streikenden Kölner, nicht um Bonn, was dann nur vorgehoben wäre.

**Die Wiener Werkstellenarbeiter der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft** haben den bereits bekannten Beschluß, die Arbeit nicht einzustellen, mit 870 gegen 128 Stimmen gefaßt. Ausschlaggebend war die Erkenntlich, daß der Streik undurchführbar sei. Die Generaldirektion hat übrigens eine Regulierung der Löhne zugestanden.

**Der Schweizerische Bierbottich** ist außer in Zürich und Basel nunmehr auch in St. Gallen, Arbon, Rorschach, Herisau, Aargau und Winterthur aufgehoben.

**In der Spinnerei von Jacob Holms Söhne** in Kopenhagen haben 85 Arbeiterinnen die Arbeit niedergelegt. Der Lohn betrug seit mehreren Jahren nur 7 Kr. 20 Ore die Woche bei zehnständiger Arbeit. Dazu kam ein ganz mervwürdiges, strenges durchgeführtes Strafsystem. Nun hatten die Frauen eine Lohnerhöhung auf 9 Kr. wöchentlich und die Abschaffung des willkürlichen Strafsystems verlangt. Der Chef des großen Geschäftes würdigte die Vorstellung des Verbandes der Arbeiterinnen keiner Antwort, einer Deputation derselben aber erklärte er, daß er auf die Forderung nicht einginge. Dagegen wollte er Akkordarbeit einführen, durch die sie mehr verdienen könnten. Es zeigte sich aber bald, daß dies nicht in ganz vereinzelten Fällen zutrifft. Das Strafsystem wurde aber noch strenger durchgeführt. Man stellte nun dem Herrn abermals die Forderungen, aber er erklärte, in Deutschland jedergzeit Arbeiterinnen bekommen zu können! Mit Zustimmung des Arbeiterinnenverbandes wurde daher der Streik proklamiert und man erwartete, daß die deutschen Arbeiterinnen die Hoffnung des Herrn Großhändlers Holm zu schanden machen werden.

**Die Müller der Bispebjerg-Mühle** in Kopenhagen streiken, weil die Direktion sich weigerte, den überall anerkannten Lohnsatz gleichfalls anzuerkennen. Monate lang hat die Direktion die Arbeiter damit hingehalten, daß sie sagte, sie müßte die Sache der Generalversammlung der Aktionäre vorlegen, was aber nicht geschehen ist.

### Soziales.

**In Fürstenwalde (Spre)** beschloß am Sonntag eine Gewerkschaftsversammlung nach einem Referate des Genossen Millarg aus Berlin über die Zweckmäßigkeit und die Aufgaben der Gewerbergerichte an den Magistrat das Ersuchen um Errichtung eines solchen Gerichts zu stellen.

**Aus Leipzig** berichtet unser dortiges Partei-Organ: „Eine Reform“ beim Postamt I überraschte dieser Tage die dort in der Paket-Annahmekasse beschäftigten Post-Unterbeamten. Auf Anweisung eines Vorgesetzten war der Gasochapparat entfernt worden, auf denen sich die nachts dienstthuenden Beamten Rasche zu locken pflegten. Die Entfernung des Apparates wird um so unliebsamer empfunden, als immer einer der in der Nacht dienstthuenden Beamten 15 Stunden hintereinander an die Dienststelle gebunden ist. Ob zu jener Aenderung die Sparsamkeit des Postamtes veranlaßt hat, ist uns unbekannt.“

**15 Stunden Dienst** hintereinander, ist das nicht ein bißchen zu viel, Herr Staatssekretär v. Stephan?

**Die Gastwirthe Sachsens** wollen auch mit kleinen Mitteln unterstützt sein. Als ein solches betrachten sie die Beseitigung des Flaschenbierhandels. Um den Vertrieb eines billigen Nahrungsmittels zu hintertreiben, beschloß der am 22. September in Leipzig abgehaltene 10. Verbandstag des sächsischen Gastwirthsverbandes, an den deutschen Brauerbund die Forderung zu stellen, daß die Brauereien Flaschenbier nur an Gastwirthe liefern und ihnen den Kleinhandel mit Flaschenbier übertragen sollen. Mitgetheilt wurde dabei, daß das sächsische Ministerium auf eine Eingabe des Verbandes schon 1887 verordnet habe, daß der Verkauf von Flaschenbier ohne feste Bestellung nicht zulässig sei, daß Brauereien und Händler Flaschenbier nur an Plätze verkaufen dürfen, wo sie anfänglich sind, und daß der Flaschenbierhandel der Kontrolle der Lokalbehörde unterließe.

Ein nettes Eingekündniss wurde auf diesem Verbandstag infolten gemacht, als man die Erfolglosigkeit der Verbands-Stellenvermittlung zugehend, ausplauderte, der Wiltersolag habe seine Ursache darin, daß über die Kellner, die einen „Makel“ haben, eine schwarze Liste geführt werde, die auf „Verlangen“ den Mitglieder zustellt werde, weil man es doch öffentlich nicht thun kann. Infolge dessen benutzen die Kellner diesen Arbeitsnachweis selbstverständlich nur wenig. Es wurde beschloßen, an das sächsische Ministerium und an den Reichstag eine Petition zu richten, worin verlangt wird, den Stellenvermittlungs-Agenten solle durch Geseh verboten werden, die Vermittlung in Gastwirthschaften zu betreiben und Stellenlose zu beherbergen, und daß sie angehalten werden sollen, die für die Vermittlung beanspruchte Lage in großer lesbaren Schrift in ihren Bureaus anzuschlagen.

### Depeschen und letzte Nachrichten.

**Schleswig, 28. September. (H. H.)** Hier ist die Broschüre „Dem deutschen Volke ein Volkskaiser. Offener Brief an den Kaiser. Verlag von Wilhelm Friedrich in Leipzig“ beschlagnahmt worden.

**Angsburg, 28. September. (H. H.)** Das hiesige Schwurgericht verurtheilte heute den Anarchisten Heinrich Kilian von Mülhausen i. G. wegen Beleidigung des deutschen Kaisers und des Prinzregenten von Bayern zu vier Jahren Gefängnis.

**Wien, 28. Sept. (H. H.)** In einer heute stattgehabten Versammlung der Werktstätten-Arbeiter der Staatseisenbahn-Gesellschaft wurde einstimmig beschlossen, morgen die Arbeit einzustellen.

**Mailand, 28. September. (H. H.)** Infolge des heftigen heftigen Sturmes in ganz Savonien wurde ein bedeutender Fluschauben angerichtet. Der Telegraphenverkehr auf der Insel und auch die Postverbindungen mit dem Festlande sind gestört. Der Sturm war von heftigem Gewitter unterbrochen.

**London, 28. September. (H. H.)** Die englische Regierung lehnte, dem „Daily Chronicle“ zufolge, die Aufforderung des ottomanischen Botschafters in London ab, den Direktor eines Wochenblattes wegen eines direkt zur Ermordung des Sultans auffordernden Artikels gerichtlich zu verfolgen.

**Brüssel, 28. September. (H. H.)** Wie die „Independence belge“ selbst mittheilt, ist ihre unter dem Titel „Petit Bleu“ erscheinende Ausgabe in Mech wegen eines der franko-russische Allianz betreffenden Artikels konfiszirt worden.

**Petersburg, 28. Septbr. (H. H.)** Der Professor der Moskauer Universität, Staatsrath Grisman, ist wegen seiner liberalen Gesinnung seines Lehramts enthoben worden. — Gegen die Blätter wird seit neuester Zeit seitens der Zensurbehörde wieder strengstens vorgegangen.

# 1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 228.

Dienstag, den 29. September 1896.

13. Jahrg.

## Gewerkchaftliches aus Frankreich.

### II. Der Gewerkchaftskongress zu Tours.

Paris, 25. September 1896.

Wie stark war die Beschäftigung des Kongresses? 71 Delegirte vertreten 826 Gewerkchaften und 208 berufliche Gruppen (Gewerkchafts-Verbände). Die Mitgliederzahl dieser Organisationen läßt sich, wie im ersten Artikel hervorgehoben, nicht genau feststellen. Auf Grund von ungefähren Schätzungen kann man eine Zahl von 8—400 000 organisirter Arbeiter herausrechnen.

Unter den großen Berufsverbänden, die auf dem Kongress vertreten waren, sind zu nennen: das von G. Guérard, dem thätigsten der allemantischen Führer, geleitete Eisenbahner-Syndikat, die Nationale Föderation der Bauarbeiter und der Verband der Bucharbeiter. Fern blieben namentlich die Landesorganisation der Bergarbeiter und die Organisationen der Textilarbeiter des Nordens.

Neben großen Berufsverbänden umfaßt die Konföderation die „Nationale Föderation der Arbeitsbörsen“, in deren Zentralkommission allemantische Gewerkchaftler die Oberhand haben. Die Zahl der Arbeitsbörsen, d. i. der lokalen Vereinigungen der Gewerkchaften eines gegebenen Ortes ohne Unterschied des Berufs, beträgt nach amtlichen Angaben 34, die insgesamt 886 Gewerkchaften mit 199 882 Arbeitern vereinigen. In Tours liefen sich 83 Arbeitsbörsen vertreten. Diejenigen von Limoges blieb fern, weil ihre Forderung, den Generalfreistreit von der Tagesordnung abzuhängen, keine Beachtung gefunden hatte. Die Föderation der Arbeitsbörsen hatte übrigens unmittelbar vor dem Kongress der Konföderation, ebenfalls in Tours, ihren eigenen fünften Jahreskongress abgehalten. Sie bildet innerhalb der Konföderation einen Staat im Staate. Obwohl, oder vielleicht weil von den gleichen Tendenzen beherrscht, wie diese, strebt sie danach, ihre eigene Individualität geltend zu machen, sich ungefähr denselben Wirkungsbereich zu geben, wie die Konföderation. Und da sie über sozusagen handgreiflichere, enger mit einander verbundene Organisationseinheiten verfügt, so ist nicht abzusehen, wie die beiden Zentralorganisationen auf die Dauer nebeneinander bestehen können. Es heißt wohl, daß die Arbeitsbörsen-Föderation stets nur die den lokalen Organisationseinheiten gemeinsamen Interessen, während die Konföderation die allgemeinen gewerkchaftlichen Interessen zu wahren hätte. Kommt es aber mit der fortschreitenden Verbreitung der Arbeitsbörsen dazu, daß die Föderation sämtliche Gewerkchaften des Landes bzw. der in der Konföderation vereinigen umschließt, dann müßte ja wohl die Zusammensetzung der Föderation mit derjenigen der Konföderation sich genau decken, die gemeinsamen lokalen und die allgemeinen nationalen Interessen der Gewerkchaften identisch werden. Schon jetzt umfaßt ja die Föderation von den 826 Gewerkchaften der Konföderation nicht weniger als 886.

Daß übrigens die Konföderation während des ersten Jahres ihres Bestehens nicht gerade in zufriedenstellender Weise funktioniert hat, erhellt schon daraus, daß der Kongress von Tours sich bereits mit der Revision der Organisationsstatuten zu beschäftigen hatte. Ferner betonte der Berichtshatter des Organisationskomitees von Tours, daß zur Bekämpfung der Kongresskosten eine Subvention seitens des Gemeinderathes der Stadt notwendig war, und beklagte dabei neben den „Antrieben gewisser Politikaster“ (dies: der nicht auf den Generalfreistreit eingetragenen Sozialisten und Gewerkchaftler) den „Indifferenzismus der Gewerkchaften“. Desgleichen geht aus den Verhandlungen hervor, daß die Konföderation nichts an den Mängeln der französischen Gewerkchaftsbewegung geändert hat, welche von der finanziellen Schwäche der Organisationen herabhängt. Die Gewerkchaften mit einer wohlgefüllten Kasse sind äußerst dünn gesät. In der Regel bewegen sie sich in dem bekannten fehlerhaften Birkel der jungen Organisationen: sie üben keine ständige Anziehungskraft aus, weil sie in gewöhnlichen Zeiten den Mitgliedern nichts bieten können, und umgekehrt, um das zu können, müssen sie eine große und regelmäßig ihre Beiträge zahlende Mitgliedschaft besitzen.

Die Frage der Stellung der Konföderation zur Politik wurde in Tours noch einmal erörtert. Es handelte sich darum, ob auch die einzelnen Organisationen der Konföderation sich „außerhalb jeder politischen Schule“ zu halten hätten. Da ist es nun bezeichnend, daß die allemantischen Wortführer G. Guérard und der Deputirte Faberot (dieser vertrat die Quarbeiter-Gewerkchaft, zu der er seinem Berufe nach gehört) dafür eintraten, daß den einzelnen Organisationen das gestattet sein soll, was der Gesamtorganisation verboten ist. Die Absicht ist klar: die Allemantisten wollten sich die Möglichkeit vorbehalten, ihre schwächliche politische Organisation noch mehr wie bisher durch die Heranziehung der Gewerkchaften zu stärken. Der Kongress sprach sich jedoch, wenn auch mit schwacher Mehrheit, gegen den allemantischen Vorschlag aus, dessen Annahme die Wiedervereinigung der Gewerkchaften unmöglich machen und oben drein in die Konföderation ein Element der Zwietracht hineintragen würde.

Die Bedeutung dieses einschlägigen Votums wurde indeß gleich in der folgenden Sitzung auf Null reducirt durch die abermalige Anerkennung des Generalfreistreit-Prinzips, das ja gerade die Spaltung herbeigeführt hatte.

Der Generalfreistreit ist ein ständiges Thema aller allemantischen Kongresse. Er wurde bereits wohl ein Dutzend Mal in den politischen, regionalen und allgemeinen Kongressen der Allemantisten und in den von ihnen beeinflussten Gewerkchaftskongressen behandelt. Doch getretener Quark wird breit, nicht hart. Die eifrige Beschäftigung mit dem, den Allemantisten zu einer fixen Idee gewordenen Generalfreistreit hat diesen nicht um Haaresbreite der Verwirklichung näher gebracht. Anstatt den Generalfreistreit aus den erhabenen Sphären der gläubigen Phantasie in die rauhe Wirklichkeit herabzulassen, werden die Allemantisten vielmehr durch den Generalfreistreit mit wachsender Geschwindigkeit dem konkreten Boden entrückt.

Der Bericht über den Generalfreistreit für den Kongress von Tours hat das von neuem bewiesen. Die Phantasien der Generalfreistreiter werden immer kühner, immer konfusier, immer manniglicher. Man kann beinahe sagen: so viel Generalfreistreiter, so viel Meinungen über den Charakter und die Durchführmittel des Generalfreistreits. Die zwei hauptsächlich in betracht kommenden Auffassungen gehen dahin: Die eine betrachtet die weiterführende Aktion als einen friedlichen „Krieg der verschränkten Arme“, der binnen wenigen Tagen die Bourgeoisie zur Kapitulation zwingen würde. Wie so? Die plötzliche Unterbrechung aller Produktion, alles Handels und Verkehrs würde der Bourgeoisie einen solchen Schreck einjagen, daß sie nichts Geringeres zu thun haben werde, als das Proletariat lebendiglich zu bitten, ja doch die Organisation der sozialistischen Gesellschaft in Angriff zu nehmen. Die andere quasi offizielle Auffassung ist infolgedessen weniger naiv, als sie eine Gegenwehr der Bourgeoisie voraussetzt. Sie streift aber dafür sonst fast ans Lollhändlerische. Zu einem vom „Generalfreistreit-Komitee“ gratis vertheilten Broschürchen wird verschert, daß das Militär gegen das allgegenwärtige, generalfreistreibende Proletariat nichts werde ausrichten können.

Die Arbeiter würden nämlich überall zu gleicher Zeit (natürlich ohne jede „autoritäre“ Zentralkommission) in kleinen Gruppen von den einzelnen Fabriken, Werstätten, Warenahäusern, Läden etc. Besitz ergreifen. Das Militär werde seine Kraft bis ins Unendliche zerplündern müssen und so selbstverwundlich überall den Kürzeren ziehen. Keine Straßenkämpfe, keine Barrikaden, keine den furchtbaren Zerstörungswerkzeugen des modernen Militarismus ausgehete Arbeitermassen, sondern die systematische, gruppenweise vorgenommene Detail-Expropriation der Bourgeoisie... Daß bei diesem Expropriations-Verfahren eine einzige Polizeibrigade in jedem Orte vollaus genügen würde, um die expropriirenden Gruppen nacheinander zu Paaren zu treiben, fällt dem „Generalfreistreit-Komitee“ nicht ein.

In Tours wurde von G. Guérard ein dritter Generalfreistreit-Plan angedeutet. Er versichert als Leiter der Eisenbahner-Gewerkchaft, daß diese bereit sei, die Initiative zu ergreifen und so den Generalfreistreit allen Arbeitern aufzuzwingen. Das was seine Antwort auf die vernünftigen Einwendungen einiger Delegirter, die auf die schwache gewerkchaftliche Organisation hinwiesen. Ferner führte er für den Generalfreistreit das bei den Allemantisten besonders beliebte Argument ins Feld, daß die politische Aktion unmöglich das Proletariat zum Sieg führen könnte. Unter den gegenwärtigen circa 50 sozialistischen Deputirten Frankreichs zählt Guérard bloß vier wahre Arbeitervertreter, das sind selbstredend die allemantischen Deputirten. Die Guesde, Deville, Jaurès, Millerand werden also von Guérard, wie das übrigens in seiner Partei üblich ist, auf die gleiche Linie mit den Feinden des Proletariats gestellt... Da geht natürlich den Allemantisten die Eroberung der politischen Macht viel zu langsam. Der Generalfreistreit dagegen sei ein ebenso sicheres wie schnellstes Mittel zur Befreiung der Bourgeoisie.

Unnützlich zu sagen, daß die zum xten Male erfolgte Annahme der Generalfreistreit-Resolution eine rein platonische Bedeutung hat. Man will sich nach wie vor auf die Propaganda der Generalfreistreit-Idee beschränken. Wie wenig aber diese Idee beim Proletariat verankert ist, erhellt daraus, daß im abgelaufenen Jahre die Generalfreistreit-Kasse — sage und schreibe — 400 Frank 95 Cts. eingenommen hat. Dabei sind diese Gelder nicht etwa aus direkten Beiträgen der Generalfreistreitwärmer gebildet, sondern dem zehnpromtigen Abzug, um den die allemantischen Organisationen jeden Beitrag beschneiden, der bei ihnen zwecks Unterthütung von vulgären Streiks eingeht.

Der Kongress berüth ferner über die Gründung eines allgemeinen täglichen Gewerkchaftsblattes. Der Berichtshatter legte einen recht verlockenden Gründungsplan vor, der aber den kleinen Fehler hatte, das mangelnde Baargeld nicht einzusehen zu können. In diesem Plan wurde ein möglichst allseitiges, für das große Arbeiterpublikum berechnetes Organ ins Auge gefaßt. Ein Delegirter kritisirte scharf die Absicht, im Gewerkchaftsblatte auch Romanzeulletons, sowie eine Sport- und Wersenrubrik zu veröffentlichen, und trat feinerseits mit einem Gegenplan auf. Er hatte nämlich ein fertiges Blatt mit einem angeblich bereits gesicherten, durch Aktion aufzubringenden Gründungsfonds in der Tasche. Es stellte sich indeß heraus, daß der dienstherrliche Delegirte von einem in der Gründung begriffenen — Anarchistenblatte sprach. Für ein Anarchistenblatt sind aber selbst die Allemantisten noch nicht reif. Dem Kongress blieb somit nichts übrig, als dem leitenden Komitee die Gründung eines Gewerkchaftsblattes zu weiterem Studium zu empfehlen.

Es sei noch erwähnt die Wiederholung des vorjährigen Limoges-Beschlusses, bei den gewerkchaftlichen Organisationen aller Länder Umfrage zu halten über die Veranstaltung eines internationalen Gewerkchafts-Kongresses, von dem alle politischen Organisationen ausgeschlossen, wo aber anarchisierende Elemente, mit mehr oder minder echten Mandaten versehen, mit offenen Armen aufgenommen würden.

In den letzten Sitzungen wurden die üblichen gewerkchaftlichen und sozialpolitischen Forderungen durch Erneuerung der alten Beschlüsse erledigt. Hierher gehören: Ausdehnung der Kompetenz der Gewerbegerichte, Verbot der Zwischen-Unternehmenschaft, Regelung der Bebrülingfrage, Achtstundentag und Lohnminimum, Schiedsgerichtsfrage u. a. m.

Der nächste Kongress wird in Mans tagen. Die Bedeutung des Kongresses von Tours für die französische Arbeiterbewegung ist durchaus negativ. Die Wiedervereinigung der Gewerkchaften ist mindestens nicht gefördert, die politischen Forderungen sind dagegen verschärft worden. Die Allemantisten bekamen bloß Gelegenheit, ihre demagogischen Ausfälle gegen die Sozialdemokratie und die politische Aktion wieder einmal zum Gaudium der kapitalistischen Kreise zu erneuern.

## lokales.

Namens der städtischen Bureau-Vollarbeiter ist seit von einem derselben an den Minister des Innern eine Eingabe gerichtet, in welcher die unhaltbare wirtschaftliche Lage derselben sowie auch ihre ganze unzulässige Stellung in der Stadtverwaltung, in der sie gleichsam als nichtangestellte Beamte in zum Theil sehr verantwortungsvollen Posten beschäftigt würden, dem Minister eingehend dargestellt wird.

Der Fußgänger-Tunnel unter der Stettiner Eisenbahn im Zuge der Schwarzkopff- und Feldstraße ist fertiggestellt. Die Uebergabe in die städtische Verwaltung seitens der kgl. Eisenbahndirektion soll am Sonnabend den 3. Oktober etc. erfolgen.

Der Bau der Feuerwache in der Wilmsstraße ist so weit vorgeschritten, daß die Wache voraussichtlich am 1. Februar nächsten Jahres in Betrieb genommen werden können. Da die möglichst baldige Eröffnung der Wache allseitig gewünscht wird, im Etat für das Feuerlöschwesen aber auf die neue Wache nicht Rücksicht genommen ist, so müssen die Ausgaben besonders bewilligt werden. Sie sind auf 92 941 M. veranschlagt.

Die Berliner freireligiöse Gemeinde hielt am Sonntag Vormittag unter großer Theilnahme erwachsener Personen in Keller's festlichen ihre Jugendfeier ab. Es wurden 26 Anaben und 38 Mädchen aufgenommen. Dr. Bruno Wille hielt die Festrede und leitete den übrigen Theil der Feier.

Der deutsche Handwerker- und Arbeiter-Notizkalender für das Jahr 1897 ist dieser Tage im Verlage von Wörterm u. Ko. in Nürnberg erschienen. Das der deutschen Arbeiterschaft wohlbelannte Büchlein bietet auch diesmal in handlichem Format gar viel des Interessanten und Nützlichen. Außer einem Kalenderium mit ausführlichem Gesichts-Kalender enthält er die wichtigsten Vorschriften über den Militärdienst und das Erziehungswesen, gesetzliche Bestimmungen über das Auswanderungswesen, statistische Mittheilungen über Reichsschulden und Militärausgaben, die wichtigsten Mittheilungen über Zuständigkeit und Bedeutung der Gewerbegerichte, das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes, das Adressenverzeichnis der 64 deutschen Berufsvereinigungen, Mittheilungen über das Münzwesen aller Länder der Erde, den deutschen Post- und Paktetarif. Rathschläge über die erste Hilfe bei Unglücksfällen, sowie sonstige nützliche Mittheilungen nützlichen Inhalts. Selbstverständlich fehlt auch in der 1897er Ausgabe nicht der Schreibkalender mit Anhang. Der billige Preis von 50 Pf. wird dem Buche zahlreiche Abnehmer sichern.

Der Bau einer Nothbrücke an der Schöneberger Brücke ist gestern morgen begonnen worden. Damit ist auch die bevorstehende Inangriffnahme der Arbeiten zu dem geplanten Neubaue der Schöneberger Brücke nunmehr endlich zur Thatsache geworden.

Von Herrn Prediger Souchon erhalten wir folgende Zuschrift: In bezug auf die Notiz des „Vorwärts“ (Nr. 212, 1. Beil.) über das Aufstehen der Konfirmanden etc. erkläre ich, daß eine solche Anweisung, wie sie die Notiz erwähnt, nie mal's (weder früher bei den 48 Einsegnungsfeiern, die ich in Berlin abgehalten habe, noch bei der letzten oder überhaupt im Konfirmanden-Unterricht) von mir gegeben worden ist. Die Konfirmanden halten es bei den Antworten im Unterricht und bei der Prüfung ohne Anweisung meinerseits so, wie sie es in den verschiedenen Schulen gewohnt sind. Ich habe mich stets bemüht, Rang- oder Standesunterschiede im Unterricht nicht zur Geltung kommen zu lassen, weil ich dies für verwerflich halte. Berlin, 26. September 1896. Souchon, Prediger an der Sophienkirche.

Wir freuen uns der unterschiedenen Erklärung des Predigers, daß das verschiedenartige Benehmen der Kinder beim Unterricht nicht auf seine Anordnung zurückzuführen ist, und bedauern in diesem Falle selbstverständlich, daß wir einer irrtümlichen Auffassung der Eltern konfirmirter Kinder Ausdruck gegeben haben.

Folgende Warnung an junge Mädchen, welche Stellungen in Oesterreich annehmen wollen, erläßt das Departement de Justice et de Police des Schweizerischen Kantons Waadt: „Die Eltern, welche junge Mädchen in Stellung nach Oesterreich schicken, werden von dem Vorhandensein einer organisirten Vereinigung in Kenntniß gesetzt, welche die Besorgerin gewisser schlechter Häuser ist; dieser Handel hat seinen Mittelpunkt in der Schweiz, besonders in Bern und Genf. Die jungen Mädchen werden über Lindau-Rünchen speidirt, von da bringt man sie nach Italien nach dem Orient oder über Wien nach dem Balkan.“

Wiederum ist ein Knabe überfahren worden. Montag Morgen um 7 Uhr sammelte der achtjährige Sohn des Gasarbeiters Knoche aus der Großbeerenstr. 13a in der Schönebergerstraße mit mehreren Altersgenossen Kohlenstücke, die von einem Wagen fielen, und geriet dabei vor dem Grundstück Nr. 20 so unglücklich unter das Fahrwerk, daß ihm ein Rad über das rechte Bein ging und den Oberschenkel zerschmetterte. Ein Schuhmann brachte den Schwerverletzten in ein Krankenhaus.

Arbeiterisiko im Eisenbahnbetriebe. Sonntag früh geriet der Eisenbahnarbeiter Georg Thebers bei der Regulirung der Gasbeleuchtung eines zwischen dem Schleifischen Bahnhofe und der Warschauerstraße stehenden Stadtbahnzuges zwischen die Buffer zweier Wagen und erlitt eine schwere Verletzung des linken Vorderarms. Er wurde nach Bethanien gebracht.

Seine Nase hat beim Rasiren der in der Bergstraße 47 wohnende Konditorgehilfe Wegner eingeklemmt. Der junge Mann begab sich am Sonnabend zu einem Barbier in der Juralidenstraße. Während der Freiseur mit dem Rasirmesser um W. beschäftigt war, mußte dieser plötzlich heftig niesen, wobei er mit der Nase dem scharfen Instrument zu nahe kam. Der auf diese Bewegung nicht vorbereitete Barbier vermochte das Messer nicht mehr rechtzeitig zurückzuziehen, und so kam es, daß dem W. die Nase abgeschnitten wurde. Der verloren gegangene Theil des Gesichtsvorprungs wurde mittels Nadel und Seide zwar sofort wieder an dem gehörigen Orte befestigt, doch bleibt es zweifelhaft, ob es gelingen wird, die Nase zu erhalten.

Aus der Maison de santé entwichen ist die 84 Jahre alte geisteskrante Anna Novinska aus Opalenizka.

Selbstmordversuch. Der in der Alten Jakobstraße wohnhafte Mechaniker E. Schöp schloß sich in Gegenwart seiner Frau eine Revolverkugel in die linke Schulter. Ueber die näheren Umstände verweigert die Eheleute, Auskunft zu geben.

Einen Selbstmordversuch auf der Gendarmereiwache in der Gewerbe-Ausstellung verübte am Sonntag Morgen ein junger 16jähriger Mann, der früh morgens um 4 Uhr von einem Gendarmen zur Wache sifirt worden war, weil man ihn auf dem Ausstellungsterrain nächtigen angetroffen hatte. Als der Unglückliche gegen 9 Uhr zu seiner Vernehmung nach der Wachstube geführt werden sollte, fand ihn der hiermit beauftragte Gendarm an der Thürschwelle seiner Zelle aufgeknüpft vor. Dem sofort von der Sanitätswache telegraphisch herbeigerufenen Arzt gelang es indeß, den Selbstmörder wieder ins Leben zurückzurufen, doch mußte er, da sein Zustand nicht unbedingt erfrischen, mittels Drofschle nach dem Krankenhaus Am Urban überführt werden. Er hat das Unglück nicht länger ertragen mögen, daß in der besten der Welten gemeinhin des Arbeits- und Obdachlosen Loos ist.

Auf der Infarktion I in der Wilhelmstraße ist in der Nacht zum Montag gegen 1 Uhr der 38 Jahre alte Geschäftsreisende Siegfried Goldstein, der kurz vorher erkrankt aus einem Hause der Friedrichstraße dorthin gebracht worden war, plötzlich verstorben. Da die Todesursache nicht festgestellt werden konnte, so wurde die Leiche beschlagnahmt.

Eine überraschende Aufklärung hat der Tod des siebzehn-jährigen Paul Burrow gefunden, der in der Nacht zum Freitag auf dem Transport nach dem Lazarus-Krankenhause starb, nachdem ihn der Tischler Christhöfer im Ringkämpfe geworfen hatte. Nach dem Ergebnis der Leichenschätzung ist der junge Mann nicht infolge einer Verletzung, wie man zunächst annehmen mußte, sondern an der Gehirnwassersucht eines natürlichen Todes gestorben.

Ein Einbruchdiebstahl in die Räumlichkeiten der Expreßabtheilung der Privatpost am Spittelmarkt ist in der Sonnabendnacht ausgeführt worden. Der Dieb hat sich von dem an der Gertraudenbrücke belegenen Baugrundstück aus nach dem Hofraum des früheren Feuerwehredeposits, das jetzt von der Privatpost-Gesellschaft gemietet ist, Eingang verschafft und die in verschlossenen Behältern befindliche Wechselkasse im Betrage von 10 M., sowie Privatpost-Marken und Karten im Werthe von ca. 100 M. entwendet.

Einen tragischen Ausgang hat die Ehe des Schuhmachers Franz Rothe'schen Paares aus der Forststr. 9 genommen. Der jetzt 68 Jahre alte Mann war 11 Jahre lang mit einer Frau verheiratet, die 26 Jahre jünger war, aber trotz des großen Altersunterschiedes lebten die Eheleute jahrelang glücklich. Erst in der letzten Zeit änderte sich das Wesen der Frau Rothe, die des alten Mannes überdrüssig zu werden und sich nach einem jüngeren zu sehnen begann. Der Greis verschwand eines Tages und ließ seit etwa einem Viertelsjahre nichts mehr von sich hören. Acht Tage nach dem Verschwinden des Mannes mußte man die Frau nach Waldorf in die Irrenanstalt bringen. Nunmehr ist Rothe wieder zum Vorschein gekommen; man fand ihn gestern im Wasser bei Haselhorst als Leiche auf. Es scheint, daß der Greis erst noch längere Zeit umher geirrt ist und dann den Tod im Wasser gesucht hat.

Beugen gesucht. Die Personen, welche am Dienstag voriger Woche gesehen haben, wie an der Ecke der Peterburgerstraße und Frankfurter Allee ein Kind überfahren wurde, werden gebeten, sich bei Otto Joachim, Urbanstr. 118, Hof 3 Treppen, zu meld en.

**Die Feuerwehre** wurde am Sonnabend Abend um 6 1/2 Uhr nach der Bergmannstr. 18 und gleich darauf nach der Belle-Alliancestr. 60 alarmirt. Am ersten Orte war durch die Explosion von freigeordnetem Gas in einem Hofamentierladen ein Brand entstanden, der den Schanzensteinhalt und Ladenvorräthe vernichtete. Die Löscharbeit konnte nach ohne Spritze bewirkt werden. Mit zwei Röhren (einer Dampfspritze und einer Handdruckspritze) mußte dagegen an der anderen Stelle der auf dem Dachboden des Vorderhauses ausgekommene Brand bekämpft werden. Es ist zweifellos sehr spät entdeckt worden, da die Flammen das Dach beim Eintreffen des ersten Löschezuges schon so mitgenommen hatten, daß die Fahnenstange herunterbrach. Doch machte die Löscharbeit nicht solche Schwierigkeiten wie sonst meist bei Dachbranden. Ein großer Theil des Dachgeschosses ist verbrannt. Ferner fanden noch Alarmierungen um 6 Uhr und 11 1/2 Uhr abends nach Behrstr. 87 und nach Friedrichstr. 123 statt, die beiderorts durch irrthümliche Feuerbefehle hervorgerufen worden waren. Der Sonntag begann kurz vor 7 Uhr morgens mit einem Brande Brangelstr. 128; nachmittags um 8 1/2 Uhr wurde durch einen Unfug mit dem öffentlichen Feuerwehler Reinickendorferstr. 20, dessen Arbeiter leider entkommen ist, ein Löschezug unndthig in Bewegung gesetzt. Kaiserstr. 82 gab es zwischen sieben und acht Uhr abends in einer im Keller liegenden Lagerwerkstatt die Schalbede und Balkenlage abzuschleichen, und kurz vor 10 Uhr abends mußte nach der Dunderstr. 8 ausgerückt werden, wo auf dem dortigen freien Felde umherliegendes Stroh aus Unfug in Brand gesetzt worden war. Alarmierungen um 8 1/2 Uhr abends nach der Belle-Alliancestr. 82 und gleich nach 9 Uhr nach der Waldemarstr. 61 lag blinder Lärm zu grunde.

### Aus den Nachbarorten.

**In bezug auf die Sonntagruhe im Gewerbebetriebe** hat der Landrath Stubenrauch für den Kreis Leitow bestimmt, daß den Bäckereien und Konditoreien für die Weihnachts- und Neujahrzeit die Ueberarbeit an den Tagen vom 19. bis 24. sowie am 29. und 30. Dezember zu gestatten sei. Mit Ausnahme des Tages vor dem Weihnachtsfeste muß jedoch auch an den für Ueberarbeit freigegebenen Tagen zwischen den Arbeitsschichten den Gehilfen eine ununterbrochene Ruhe von mindestens acht Stunden, den Lehrlingen eine solche von mindestens zehn Stunden im ersten Lehrjahre und von mindestens neun Stunden im zweiten Lehrjahre gewährt werden.

**In Spandau** sollen einige staatsreue Bäckermeister sehr verblüfft sein. Die königliche Domäne Nuhleben, die verpachtet ist, hat eine Bäckerei in großem Stile eingerichtet und liefert Backwaare an Truppentheile in Spandau; Bäckermeister, die bisher Lieferanten waren, sind aus dem Geschäft verdrängt worden. Die Bäckerei dieser königlichen Domäne liefert auch an den Offizierverein in Berlin. Hoffentlich leidet die Staatsreue der verdrängten Bäckermeister durch diesen kleinen Vorfall keinerlei Schaden.

### Gewerbe-Ausstellung 1896.

**Interessante Entdeckungen** werden jetzt in der Gewerbe-Ausstellung gemacht. Es ist nämlich ein Revisionsbureau installed worden, welches nachzuprüfen hat, ob die von den Ausstellern belegten Flächen den zu ihnen bezahlten Preisen auch entsprechen. Da kommen nun ganz absonderliche Dinge zum Vorschein. So soll z. B. eine Firma 400 Quadratmeter bezahlt, dagegen in aller Gemüthsruhe 900 Quadratmeter belegt haben. Da die Firma sich weigert, die einige tausend Mark betragende Differenz zu begleichen, so soll der Arbeitsausschuß Klage gegen dieselbe eingeleitet haben.

**Die letzten Vorträge im Chemiegebäude** der Ausstellung, welche am 30. September ihr Ende erreichen, sind wie folgt festgesetzt: Dienstag, 29. September: Dr. Karl Neumann: „Historien-malelei“; Mittwoch, 30. September: Dr. jur. Oskar Schanze, kaiserlicher Regierungsrath a. D.: „Patent-, Muster- und Marken-schutz“.

**Ein höchst bedauerlicher Czsch** spielte sich einem hiesigen Blatt zufolge am Sonntag Nachmittag gegen 5 Uhr in der Kolonial-Ausstellung ab. Als die Eingeborenen nach breiter Vorführung aus der überfüllten Sanftbarsadt in das Dorf zurückkehrten, herrschte auf der großen Verbindungstreppe ein überaus starker Verkehr. Die Eingeborenen drängten sich dabei etwas ungestüm durch das Publikum, wobei es zu Streitigkeiten kam, die einen Ausstellungsbesucher veranlaßten, einem der Afrikaner einen Schlag in das Gesicht zu geben. Dies war das Signal zu einem von losbrechenden Kämpfe zwischen den Eingeborenen, die für ihren gefährlichen Partei nahmen, und einem Theile des Publikums. Es entstand eine wüthende Hauserei, bei der Blut floß und mehrere Personen verwundet wurden. Hunderte von Personen, namentlich Frauen und Kinder, drängten in wilder Flucht die Treppe hinab, so daß ein Chaos sondergleichen entstand und weithin das Geschrei der Streitenden und Pfeifenden ertönte. Erst den energischen Anstrengungen der herbeigeeilten Gendarmen gelang es, dem Czsch ein Ende zu machen und die Streitenden zu trennen. Eine strenge Untersuchung ist sofort angeordnet worden.

### Kunst und Wissenschaft.

**Im Lessing-Theater** giebt es nur einen General-gewaltigen: es ist der gelehrte Komiker Georg Engels. Ihm zu Ehren hat Direktor Blumenthal eigenhändig und ohne Mitverfasser sein neues Lustspiel „Einmaleins“ geschrieben, das am Sonnabend zum ersten Male aufgeführt wurde. Das Publikum war diesmal merklich angeberbt. So oft hat es Blumenthal'sche Witzspiele für die höchste Offenbarung von Geistesreife gehalten; so oft hat man das stolze „Unser Blumenthal“ gehört; so oft hat man die banalste, roheste Philistriosität in Blumenthal's Handlungen hinuntergeschluckt, der „böllischen Witzes wegen“. Und nun aus einmal wollte man nicht mithun und zögerte nach dem Schlupfloß ganz nachdrücklich. Blumenthal ist der Alte geblieben; er hat sich nicht verändert. Er schäfert noch immer in seiner Weise über die ernstesten Dinge der Welt. Ihm ist die Ehe ein Pferdehandel, seine edlen Damen bewegen sich wie Hirnen, und er findet das alles in Ordnung. Seine persönliche Note ist in solchen Dingen ja die Pomadigkeit. Hat sich das Publikum plötzlich seines Blumenthal geschämt? Ich traue dieser Rasse nicht viel Verschämtheit zu. Sie erwarteten eben eine volle Mandel von Witz und Blumenthal schüttelte ihnen nur etwa ein halbes Duzend zu, und darüber wurden die guten Leute empört. Das Lustspiel „Einmaleins“ hat im übrigen sogar eine Moral, eine richtige Moral. Eine junge, verschwenderische Hausfrau, die täglich gegen das Einmaleins sündigt, indem sie dreimal so viel ausgibt, als sie dürfte, wird nach kleinen ehelichen Zwistigkeiten über Nacht von ihrem Wahn geheilt. Die junge Frau spielte Fräulein Gross in ihrer üblichen Manier, die das Berlinische Frauenwort mit: „Einfach süß!“ bezeichnet. Auf die Dauer wird die Süßigkeit ekel genug. Georg Engels gab, um im Jargon seines Eichelberg im Stilde zu bleiben, eine Berlinische Schaute, einen Mann, der auf seinen Großstadt-Witz eingebildet ist, und dabei überall, wo er eingreift, die größten Dummheiten begeht. Man kann sich denken, welche köstlichen Berlinisch-mauschelnden Jargon Engels' sich zurechtlegte; aber selbst die verblüffend echt hervorgerufenen Zwischenbemerkungen, wie: „Nu, Spaß!“ halfen nicht viel. Die Niederlage kam dennoch.

**Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater** giebt die neue DIRECTION Samstlich sich alle Mühe, die Erinnerung an die hoch-fliegende That, die sie sich um des Scheins willen im Anfang zu schulden kommen ließ, vergessen zu machen. Ueber Moser's

harmlosen „Hypochander“ ist man jezt zu „Ran“, dem alten spektakulösen Sensationsstück von Dumas Vater hinabgefallen. Einige Theater, die auf die Namen besserer Bühnen Anspruch machen, sparen sich das Schauspiel mit den krassen und unnatürlichen Effekten zuweilen noch für die Gast-spieler reisender Virtuosen auf; im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater wurde am Sonntag der Lärm veranstaltet, ohne daß ein erkennbarer äußerer Anlaß vorlag. Man muß dem Künstler, der hier das Schauspiel erleben nach dem Geschmack der Schauerromane darzustellen hatte, nachräumen, daß er so wenig wie möglich von dem in dieser dramatischen Arbeit ver-brierten Recht Gebrauch machte, sich als den absoluten Herrn der Bühne und seine Kollegen als gnädig geduldete Stoffsage zu betrachten. Herr Ottomeyer spielte mit soviel natürlichem Empfinden, als in dem Stück überhaupt zulässig ist, und erzielte denn auch einen verdienten Erfolg. Ueberhaupt bewegte sich das Spiel der Künsterschaft zumeist in den Grenzen wohlangebrachter Natürlichkeit, und die altberühmten wässrigen Redeflüsse sprudelten nur aus den Lippen des Fräulein Lina Doppel, welche die Gräfin Gollivill spielte, hervor.

**Im Schiller-Theater** kommt Anfang nächster Woche Friedrich Salms „Der Sohn der Wildniß“ zum ersten Male zur Aufführung. Heute findet eine Wiederholung des Wichert'schen Lustspiels „Ein Schritt vom Wege“ statt.

**Zulassung von Frauen an preussischen Universitäten.** Das September-Dest des „Zentralblattes für die gesammte Unterrichts-Verwaltung in Preußen“ veröffentlicht den Erlaß des Kultusministers an sämmtliche preussischen Universitäts-Ruratoren vom 18. Juli d. J., betreffend die Zulassung von Frauen zum gastweisen Besuche von Universitätsvorlesungen. Derselbe lautet, wie folgt: Der gastweise Besuch von Universitäts-vorlesungen durch Frauen in Abweichung von dem Erlaße meines Herrn Amtsvorgängers vom 9. August 1886 ist auf Antrag im Einzelfalle bisher von hier aus gestattet worden, indem die zuständigen akademische Behörde veranlaßt worden ist, bei der Frage wegen Zulassung der Antragstellerin zu bestimmten bezeichneten Vorlesungen vorbehaltlich der Prüfung aller sonstigen Erfordernisse, insbesondere auch der genügenden Vorbildung, und vorbehaltlich des Einverständnisses der betreffenden Lehrer aus der Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht ein Bedenken nicht herzukommen. Uner Hochwohlgebornen ermächtige ich hierdurch, künftighin in gleichem Sinne von dort aus Verfügung zu treffen, ohne daß es der Einholung meiner Genehmigung im Einzelfalle bedarf. Uner Hochwohlgebornen ersuche ich ergebenst, gefälligt hiernach das Erforderliche zu veranlassen. Wegen Eintreibung eines Verzeichnisses der zugelassenen Popitaninnen bewende es bei meinem Erlaße vom 17. März d. J.

### Gerichts-Zeitung.

**Der Streit der Arbeiter in den Berliner Holz-bearbeitungsfabriken** hatte für einen der Streitenden, namens Hannemann, unangenehme Folgen. Er wurde angeklagt, weil er entgegen den Vorschriften des § 158 der Gewerbe-Ordnung einen Kollegen durch Scherwetzung zu bestimmen versucht haben sollte, an einer Verabredung zum Zwecke der Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen theilzunehmen. Das Schöffengericht verurtheilte ihn denn auch zu einer Woche Gefängnis und das Landgericht wies die Berufung zurück. Es wurde als thatsächlich festgestellt erachtet, daß Hannemann, als er nach dem Ausbruch des Streiks seine Sachen aus der verlassenen Fabrik holen wollte, zu einem stehen gebliebenen Kollegen ge-äußert habe, ob er sich nicht schäme, und daß er ihm dann auch ins Gesicht gespien und ihn gefloßen hätte. Das Gericht schloß hieraus, daß H. auf den Kollegen einen moralischen Druck habe ausüben und ihn bestimmen wollen, sich dem Streik anzuschließen. Der Verurtheilte legte demnach Revision ein, und betonte, daß er den fraglichen Kollegen nicht zum Streik hätte verlocken wollen, sondern mit ihm nur einen persönlichen Streit ausgefochten habe. Der Oberstaatsanwalt am Kammergericht verweigerte demgegenüber im Termin am 24. September auf die thatsächlichen Feststellungen der Vorinstanzen, und der Straf-senat wies die Revision mit der Begründung zurück, es sei ohne Rechtsirrtum vom Vorderrichter angenommen worden, daß der Revisionskläger durch sein Verhalten zu dem Kollegen Vorhardt diesen zur Theilnahme am Streik bewegen wollte.

**Der Streit bei dem Aufbau der Stufenbahn in der Gewerbe-Ausstellung** zu Treptow beschäftigte gestern die 3. Strafkammer des Landgerichts II. Am April d. J. befanden sich die Arbeiter des Zimmermeisters Bartsch wegen Lohn-differenzen im Ausstande mit Ausnahme von 2 alten Zimmer-leuten, denen wegen ihres Alters von den Gesellen empfohlen war die Arbeit fortzusetzen. Am 18. April nun kam der Zimmer-man S c h ö n i n g auf den Bau des Bartsch und als er von dem Streik hörte und die beiden älteren Männer arbeiten sah, spie er vor einem derselben, dem Zimmermann Thiele, aus und rief ihm zu, er solle sich schämen, für so einen Lumpenlohn zu arbeiten. — Das Schöffengericht II erblühte hierin ein Vergehen gegen § 158 der Gewerbe-Ordnung und erkannte auf 6 Wochen G e f ä n g n i s. Gegen dieses Urtheil legte Sch. Berufung ein, indem er vor der Strafkammer die ihm zur Last gelegte Äußerung bestritt. Die Beweisaufnahme bestätigte die Angabe des Angeklagten jedoch nicht. Der Verteidiger Rechtsanwalt Heine führte aus, in den Worten des Angeklagten sei zwar eine Beleidigung des Thiele enthalten, aber nicht der Veruch einer Röhigung auf Grund des § 158 der Gewerbe-Ordnung. Schöning habe jene Worte geäußert, nicht, d a m i t Thiele sich am Streik beteiligen solle, sondern weil er sich nicht daran beteiligen habe. Aber wenn man auch der gegenüberliegenden Ansicht sei, so läge doch der Fall so äußerst milde, daß eine Herabsetzung der Strafe geboten ersehe. Wenn man so leichte Fälle wie den vorliegenden mit so hohen Strafen ahnden wolle, so wisse er nicht, welche Strafe dann noch für die schweren Verstöbe übrig bleibe. Er beantragte Freisprechung event. eine ganz gelinde Strafe. Der Gerichtshof schloß sich jedoch in allen Punkten der Ansicht des Vorderrichters an und erkannte auf V e r w e r f u n g d e r B e r u f u n g.

Die Arbeiterschaft wird nicht versäumen, dies harte Urtheil mit der Milde zu vergleichen, welche die Berufungsinstanz vor einigen Tagen an dem Schuhwaaren-Fabrikanten Crpel übte.

**Unter den vielen Prozessen** wegen Uebertretung der Bestimmungen über die Sonntagruhe ist der folgende von allgemeinerem Interesse. Der Kaufmann S. war angeklagt worden, am Sonntag vor Pfingsten d. J. Verkaufsgeschäfte, die von der Strafe aus sichtbar waren, an den Schaufenstern seines Geschäftstalls ausgestellt zu haben. Er hatte gegen den polizeilichen Strafbefehl Einspruch erhoben und das Schöffengericht hatte unter Aufhebung des Strafbefehls auf seine Freisprechung erkannt. Gegen dieses Urtheil hatte der Staats-anwalt Berufung eingelegt und diese darauf gegründet, daß die Verordnung vom Jahre 1844, auf welche der Strafbefehl sich stütze, in seiner Rechtswirksamkeit nicht berührt worden sei durch die Reichs-Gewerbe-Ordnung und die in Ausführung derselben erlassene Verordnung des Polizeipräsidenten vom 20. Juni 1892. In der Verhandlung vor der Berufungs-kammer machte Rechtsanwalt Georg Meyer geltend, daß zweifellos die Verordnung von 1844 neben und trotz der Ver-ordnung von 1892 formell und materiell rechtsgiltig sei. Dies hindere aber nicht, daß die Nr. 1 der Verordnung vom Jahre 1844, welche das Ausstellen von Waaren in den Schau-sfenstern an Sonn- und Festtagen nach 10 Uhr vormittags allen Gewerbebetreibenden verbiete, in direktem Widerspruch stehe mit den §§ 2 und 4 der Verordnung vom Jahre 1892. In letzterer sei es direkt hervorgehoben, daß an den Sonntagen vor Pfingsten — um den es sich hier handle — der Gewerbe-betrieb in offenen Verkaufsstellen erlaubt sei. Bei dem Wider-

sprache beider Bestimmungen müsse nach bekannten allgemeinen Rechtsgrundsätzen die ältere Verordnung durch die neuere, soweit es den vorliegenden Fall betreffe, als aufgehoben angesehen werden. Der Gerichtshof trat diesen Ausführungen bei und erkannte auf Verwerfung der staatsanwaltschaftlichen Berufung.

**Der Maurer Rüsfort**, der auf einem Bau in Martiniken-selbe arbeitete, war bei seinen Arbeitsgenossen in den Verdacht geraten, daß er ein Polizeispiegel sei. Sechs Maurer mißhandelten ihn eines Tages derart, daß er mit einem Rippen-bruch am Boden liegen blieb. Das Schöffengericht, welches gestern über den Fall urtheilten sollte, war der Ansicht, daß dem Rüsfort dauerndes Siechtum im Sinne des § 224 des Straf-Gebuchts beigebracht worden und verwies daher die Sache an die S t r a f k a m m e r zur Aburtheilung.

**Antifemiten unter sich.** Zweifigkeiten innerhalb des anti-femistischen Deutsch-Sozialen Reformvereins\* be-schäftigten gestern die 8. Strafkammer des Landgerichts I als Berufungsinstanz. Der Redakteur Karl Sedlaczek, Heraus-ggeber des „Deutschen General-Anzeigers“, war Mitglied des ge-nannten Vereins, scheint aber in diesem manche Gegner gehabt zu haben. Auf Grund von Mittheilungen von Vereins-mitgliedern war der Vorstand zu der Ueberzeugung ge-kommen, daß Herr Sedlaczek seine Mitgliedschaft dazu benutzte, um Vereinsmitglieder auszubeuten, von ihnen Zeitungs-inserate zu erlangen und ihnen diese theuer zu berechnen. Der Vorstand hatte Herrn S. ganz kurz seinen erfolgten Ausschluß mit-getheilt und dieser hatte brieflich seiner Verwunderung über dieses Vorgehen Ausdruck verliehen. In einer Verammlung des deutsch-sozialen Reformvereins hatte alsdann der Drognist Weber als Vorstandsmittglied auf eine Anfrage nach dem Grunde des Ausschließens des Herrn Sedlaczek mitgetheilt, daß dieser Vereinsmitglieder ausgebeutet habe. In einer Erwiderung hatte Herr S. gegen das von dem Vorstande beobachtete Verfahren protestirt und erklärt, er werde es nicht leiden, daß dumme Jungen mit seiner Ehre schändlicher spielen.“ Wegen der Äußerung des Herrn Weber in jener Vereinsverammlung strengte Sedlaczek gegen diesen die Privat-klage an, worauf Herr Weber mit einer Widerklage antwortete. Das Schöffengericht erkannte nach erfolgter Beweisaufnahme an, daß die Behauptung, der Kläger habe die Vereinsmitglieder ausgebeutet, durch nichts erwiesen, vielmehr dargehen sei, daß er die Interessenten ganz loyal behandelt habe. Dem Beklagten wurde aber der Schutz des § 198 zugebilligt und auf seine Freisprechung erkannt. Auf die Wider-klage hin verurtheilte das Schöffengericht Herrn Sedlaczek zu 20 Mark Geldstrafe. In der Berufungsinstanz machte Sedlaczek geltend, daß er mit den „dummen Jungen“ nicht Herrn Weber oder die Vorstandsmittglieder, sondern die „jüdische Presse“ gemeint habe, die durch ihre Organe ein solches Vor-kommniß weidlich ausbeuten würde. Der Gerichtshof hielt dies nicht für wahrscheinlich und erkannte auf Verwerfung der Berufung.

**Ein früherer Gendarm wegen Raubes und Todt-schlages verurtheilt.** Aus Zweibrücken in der Pfalz meldet man dem „Berl. Tagbl.“: Nach zweekjähriger Verhandlung wurde der frühere Gendarm Jakob Schäffer vom Schwurgericht wegen Raubes und Todtschlages, begangen an der 71jährigen Lehrerwitwe Hupel aus Edenkoben, zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt.

**Aus dem Lande der wiedergewonnenen Brüder.** Beim Schöffengericht in Diebentz (Bohringen) ereignete sich kürzlich der auch sonst nicht vereinzelt dastehende Fall, daß beide amirenden Schöffen der deutschen Sprache nicht mächtig waren. Demzufolge waren auch beide Herren, da nur in deutscher Sprache verhandelt wurde, naturgemäß nicht in der Lage, das Bewei-samaterial zu würdigen und sich so selbst persönlich ein richtiges und abgeklärtes Bild des Sachverhalts zu verschaffen. Da bei dieser Schöpfung der vorjährige Amtsrichter entgegen dem Willen des Oeseggebers der alleinige Träger der Urtheilsfindung ist, so mußten Mittel gefunden werden, um solchen Vorkommnissen vor-zubeugen.

**Flora Gah** stand dieser Tage vor dem Strafgericht in Basel, um sich wegen versuchten Betruges zu verantworten. Sie sollte sich einen Blumenkranz aus einer Gärtnerei er-schwindeln haben. Während der Staatsanwalt drei Tage Ge-fängnis beantragte, erkannte das Gericht auf Freisprechung, doch mußte Flora Gah die Gerichtskosten übernehmen. Die Kranze hatte die ehemalige Freundin des Freiherrn von Hammerstein während der Vorstellungen des Sommertheaters ihrem Geliebten zugeworfen.

**Pastor Raub vor den Geschworenen.** Aus Stettin wird uns vom 28. September berichtet:

Ein Aufsehen erregender Prozeß gelangt heute vor dem Schwurgericht des hiesigen Igl. Landgerichts zur Verhandlung. Ein evangelischer Geistlicher, der sich selbst bei seinen politischen Gegnern allgemeiner Achtung erfreute, wird aus der Unter-suchungshaft auf die Anklagebank geführt, um sich wegen eines Verbrechens zu verantworten, das das Strafgesetzbuch mit langjähriger Zuchthaus bedroht. Pastor Raub war zunächst Geistlicher in einem kleinen Orte Hinterpomern. Vor mehreren Jahren wurde er als Pfarrer nach dem Dorfe Gladow, Kreis Greifenhagen in Pommern gewählt. Die Pfarrei soll eine sehr eintägliche gewesen sein, denn die Gemeindeglieder von Gladow sind zumeist sehr wohlhabende Leute. Raub, der bereits das zweite Mal verheirathet und Vater zweier Kinder ist, war nicht nur ein sehr guter Kanzelredner, sondern auch ein sehr geschickter Volkredner. Er gehörte der christlich-sozialen Partei Raumann'scher Richtung an und unter-nahm für diese vielfach Agitationsreisen. Anfangs Mai dieses Jahres zeigte Superintendent Gebrle in Greifenhagen dem Pastor Raub an, daß er an einem bestimmten Tage nach Gladow kommen werde, um die Kirchenkasse und so weiter zu revidiren. Raub ersuchte den Superinten-denten, die Visitation noch etwas hinauszuschieben, da er, aus Anlaß verschiedener Reisen, die Rassenbücher noch nicht ganz in Ordnung habe. Der Superintendent entsprach dieser Bitte. Nach etwa 14 Tagen wiederholte Superintendent Gebrle seine Anzeige, daß er behufs Visitation nach Gladow kommen werde. Eine nochmalige Bitte um Hinausschiebung der Visitation war unndthig. Raub schrieb an den Superintendenten: er müsse ihm das Geständniß machen, daß er die Kirchenkasse um viele tausend Mark — bestohlen habe. Superintendent Gebrle reiste nun unverzüglich nach Gladow und fand hier das Geständniß des Pastors Raub mehr als bestätigt. Nicht nur fehlten in der Kirchenkasse 55 000 M., Raub hatte außerdem die Unterschriften seiner Kirchenältesten gefälscht und sich mittels derselben von der Kreditbank in Greifenhagen, woselbst das Hauptkassenvermögen der Gemeinde Gladow deponirt war, verschiedene größere Beträge ausgaben lassen. Zu der Kirchenkasse, die er auch nicht allein öffnen durfte, soll er einen Duplikatschlüssel besessen haben. Er gab an, die Beträge nach und nach und zwar in der besten Absicht entwendet zu haben, diese sobald als möglich wieder zu ersetzen. Als jedoch schließlich der entwendete Betrag zu groß war, so daß von einem Ersatz keine Rede mehr sein konnte, habe er seine Zuflucht zu der Lotterie genommen. Er habe eine große Anzahl von Loosen nicht nur in der preussischen, sondern auch in anderen Lotterien gespielt, in der Hoffnung, es werde ihm ein Gewinn in den Schoß fallen und er werde dadurch in die Lage kommen, den angerichteten Schaden wieder gut zu machen. Durch die vielen Lotteriespiele, die er zu zahlen hatte, wurden seine Ausgaben nur noch größer. Als er sah, daß die Katastrophe unvermeidlich war, machte er seinem Super-intendenten ein volles Geständniß. Der Superintendent erstattete Anzeige. Aus diesem Anlaß wurde Raub am Sonntag, den 17. Mai dieses Jahres in früher Morgen-

Runde im Baracken zu Gladow verhaftet und zunächst in das Untersuchungsgefängnis nach Greifenhagen abgeführt. Das k. k. Hofgericht in Pommern hat ihn auf Grund seines eigenen Geständnisses sofort seines öffentlichen Amtes entsetzt, sodass er also heute, wo er sich wegen Unterschlagung ihm amtlich anvertraueter Gelder und Fälschung öffentlicher Urkunden vor eben bezeichnetem Gerichtshof zu verantworten hat, nicht mehr als Geistlicher auf der Anklagebank erscheint. Raub heißt mit Vornamen Herrmann, er steht im Anfang der vierziger Jahre.

In der Verhandlung suchte der Angeklagte sein Verschulden durch den Schaden zu erklären, den er durch die nebenher betriebene Ackerwirtschaft erlitten habe. Als er nach Gladow kam, habe er eine Schuldenlast von 12000 M. gehabt. Sein Gehalt in Gladow habe sich auf 1700 Thaler belaufen, hiervon seien jedoch verschiedene Forderungen abgegangen, sodass seine eigentliche Einnahme nur 2800 M. betragen hätte. Der Angeklagte bemerkte noch auf Befragen, daß er außer seinem Gehalt freie Wohnung hatte. Er bekam aber sein Gehalt nicht vollständig in barem Gelde, sondern zum Theil auch in Naturalien, ganz besonders in Roggen. Dieser sei ihm aber zu höherem als den Marktpreisen angerechnet worden. Der Angeklagte ist in vollem Umfange geständig, etwas über 43000 M. unterschlagen zu haben; das Geld sei von ihm zur Tilgung der Schulden, sowie in seinem Hausstande verbraucht worden. In letzterer Zeit sei er voller Unruhe viel auf Reisen gewesen und ist die ganze Woche nicht nach Hause gekommen.

Die Verhandlungen zogen sich bis in die späten Abendstunden hin. Den Geschworenen wurden 14 Schuldfragen vorgelegt. Der Staatsanwalt beantragt das Schuldbilg in vollem Umfange unter Verneinung mildernder Umstände. Der Verteidiger trat für mildernde Umstände ein. Gegen 1/2 Uhr abends zogen sich die Geschworenen zur Beratung zurück.

## Verfammlungen.

In der Monatsversammlung des Zentralverbandes deutscher Brauer und verwandten Berufsgenossen sprach Dr. Joel in einem interessanten Vortrag über die Entwicklung der Astronomie in der Neuzeit. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Abrechnung über das letzte Stiftungsfest und Urania wurde auf Antrag Krieg der Uebersechsmal vom Stiftungsfest nach Abzug der Unkosten des Vergnügungsfomitees dem Gesangsverein „Besenbüchse“ überwiesen. Preuß gab die Abrechnung von der Urania-Vorstellung; dieselbe ergab ein Defizit von 1760 M. (196 Bilscheit waren übrig geblieben.) Trotz des schlechten Abzuges war Bauer der Meinung, daß sich der Verein in Kürze wieder mit der Urania-Direktion für eine weitere Vorstellung in Verbindung setzen soll, denn auch die Verfammlungen stimmten. Unter Vereinsangelegenheiten machte der Vorsitzende bekannt, daß Mitglieder, die nach Amerika auszuwandern, sich mit den vereinbarten internationalen Ueberweisungsarten zu versehen haben, um auf Grund dieser in die dortige Brauer-Union als gleichberechtigtes Mitglied Aufnahme zu finden und in die Union-Brauereien ohne unnötige Verzögerung Arbeit erhalten zu können. Weiter forderte er zur baldigen Zeichnung und Ablieferung der für die Glensburger Werftarbeiter ausgegebenen Sammelkarten auf.

Der Arbeiter-Bildungsverein für Adlershof und Umgebung hatte am 24. September seine Generalversammlung anberaumt. Jedoch kann 24 Stunden vor dem Versammlungstermin erhielt der Vorstand von Herrn Göbke, der sein Lokal zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt hatte, die briefliche Mitteilung, daß er sein Versprechen zurücknehmen müsse, da ihm von dem Amtsvorsteher, Herrn v. Oppen, mit der Polizeistunde droht sei. Alle weiteren Besuche zur ordnungsmäßigen Regelung der Angelegenheit blieben erfolglos. Der Einfluß des Herrn v. Oppen war stärker, als der Geschäftsinn des Wirtes. Am nun ganz sicher zu sein, daß niemand von den Vereinsmitgliedern das Lokal betritt, hatte Herr Göbke dasselbe schon um 4 Uhr nachmittags geschlossen. Und als die Vereinsmitglieder, die alle rechtzeitig eingeladen waren, sich am Abend zur Versammlung einfanden, schloß ihnen von der geschlossenen Thür in deutlicher Schrift die überaus sinnige Ankündigung entgegen: Mein Lokal bleibt heute des Feiertags wegen geschlossen.

Ein jeder, dem diese Infchrift zu Gesicht kam, fragte sich erstaunt, was der 24. September 1896 wohl für ein Feiertag sei, der noch dazu einen Restaurateur veranlassen könnte, sein Lokal zu schließen. Schließlich mußte sich doch jeder damit zufrieden geben, und war es nur zu bedauern, daß auch Vereinsmitglieder aus Königswinterhausen, die die Kosten nicht gescheut hatten, unverständlicher Sache wieder unterworfen zu sein. Nun, wenn uns auch bei dieser Gelegenheit durch Herrn v. Oppen ein Strich durch die Rechnung gemacht worden ist, so soll damit doch dieses Herrn Lichtigkeit als Agitator für unsere Sache nicht ungewürdigt bleiben, und wir verfehlen nicht, Herrn v. Oppen an dieser Stelle den verdienten Dank auszusprechen. Den Mitgliedern des Arbeiter-Bildungsvereins sei noch bemerkt, daß die verhinderte Generalversammlung mit derselben Tagesordnung am Mittwoch, den 30. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Wöhlstein stattfindet.

**Verichtigung.** In Nr. 225 des „Vorwärts“ wird unter der Ueberschrift „Die Papier-Galanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen“ mitgeteilt, daß die Arbeiter der Firma G. Kirchner u. Schwedhelm nicht den Muth hätten, sich der Bewegung anzuschließen, obwohl die Löhne und auch die sonstigen Verhältnisse gerade in diesem Betriebe äußerst schlechte seien.

Demgegenüber erklären wir, daß sämtliche Gehilfen, die bei uns seit 1. Januar 1896 in Arbeit stehen, in der Werkstube selbst 24 M. bis 36 M. und mehr pro Woche verdienen mit Ausnahme eines älteren Arbeiters, der gesundheitlich verhindert ist, eine volle Arbeit zu leisten, trotzdem aber von uns beschäftigt wird. Auch der Durchschnittsverdienst dieser Arbeiter beträgt seit 1. Januar 1896 — obgleich wir nur ein Saisongeschäft in unserer Branche machen und z. B. im Januar d. J. nur halbe Tage gearbeitet haben — überall mehr, zum Theil erheblich mehr, als die Lohnkommission jetzt als Mindestlohn verlangt. Verhältnismäßig eben so gut sind die Löhne unserer Arbeiterinnen.

Was ferner damit gesagt werden soll, „daß auch die sonstigen Verhältnisse außerordentlich schlecht seien“, wissen wir nicht, da das Einvernehmen mit unsern Arbeitern bisher stets ein gutes bei uns gewesen ist und uns von diesen „sonstigen Verhältnissen“

bisher nichts bekannt geworden ist. In einer vom Fachverein einberufenen Werkstubenversammlung ist vielmehr von unseren Arbeitern und Arbeiterinnen öffentlich erklärt worden, daß sie mit den Löhnen und sonstigen Verhältnissen bei uns durchaus zufrieden seien.

Von betheiligter Seite erhalten wir zu obiger Verichtigung folgende Entgegnung: Die Herren Kirchner und Schwedhelm geben in ihrer Verichtigung Löhne an, die als gute gelten könnten, sofern dieselben unter regelmäßigen Verhältnissen erzielt würden, dem ist aber nicht so. Regelmäßig wird nicht angegeben, daß diese Löhne nur erreicht wurden durch Mitnahme von Arbeit nach Hause und anhaltender Ueberzeitarbeit in der Fabrik, für die ein procentualer Ausschlag — eine Forderung, die gegenwärtig die in diesem Beruf thätigen Arbeiter und Arbeiterinnen stellen — nicht gezahlt wird. Die Erzielung genannter Löhne ist überhaupt nur durch das schändlichste der Missethatswerke, der Kolonnenarbeit, möglich, und zwar auf Kosten der Gesundheit jüngerer Arbeiterinnen, die von ihren Arbeitskollegen dürftig entlohnt werden. Diese müssen für Wochenlöhne im Betrage von 4,50 M. bis höchstens 10 M. älteren Arbeitern und Arbeiterinnen angestrent Handreichungen machen. Ohne die Fertigkeiten dieser wäre es unmöglich, die Löhne zu erlangen, mit welchen die Firma parodirt. Daß aber derartige Verhältnisse, unter welchen die jüngeren Arbeiterinnen schwer zu leiden haben, nicht schlecht sind, das können nur die Herren Kirchner und Schwedhelm und diejenigen Berufsangehörigen behaupten, welche durch eine solche Ausbeutung jüngerer Arbeitskräfte Vortheile für sich ziehen.

**Arbeiter-Bildungsvereine.** Dienstag Abend von 9-10 Uhr: Sächsisch-Schule Waldemarstr. 14: Öffentliche Gesundheitspflege (Nahrungsmittel, Wohnung und Geländehygiene, öffentliche Kinderstube, Schulgesundheitspflege, Badhygiene, Händhygiene für Arbeiterinnen). Herr Dr. Gutschow Beumann. — Nordische Schule: Schließung Anfangs Oktober Brunnenstraße 25, erster Hof links, 1 Tr. Bei allen Unterrichtsfächern werden neue Theilnehmer, Damen und Herren, jeder Zeit aufgenommen.

**Arbeiter-Jungenband** Berlin und Umgebung. Vorsitzender: H. Hennmann, Schwanenstr. 2. Alle Vorkommnisse im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Rortum, Mauerstr. 49, v. 2 Tr.

**Arbeiter - Handwerker und Gerüst- und Umgegend.** Vorkommnisse im Vereinskalender sind zu richten an Karl Sillier, Kleine Frankfurterstraße Nr. 7, 1 Tr.

**Band der geselligen Arbeitervereine** Berlin und Umgebung. Alle Geschlossen, den Band betreffend, sind zu richten an Hermann Jahn, Schönhauser Allee 177 c.

## Vermischtes.

**Ueber einen Eisenbahn-Unfall** wird aus Glensburg amtlich gemeldet: Am Sonnabend Nachmittag gegen 1 Uhr entgleisten im Gatterzige 2552 auf der Station Vollerleben infolge falscher Weichenstellung mehrere Güterwagen und ein leerer Personenwagen, Menschen sind nicht verletzt. Drei Wagen sind stark beschädigt. Der Personenverkehr wurde durch Ansteigen an der Unfallstelle aufrecht erhalten. Um 6 Uhr nachmittags war das durchgehende Geleis für die Züge wieder passierbar.

**Arzt und Maler.** Von dem Dichter des Straußpeters, dem Arzt Heinrich Hoffmann, wird in der „Frankf. Ztg.“ einiges erzählt. Ueber seine Beziehungen zu Moritz Schwind wußte Hoffmann selbst zu berichten: „Hören Sie mal, lieber Doktor, begann eines Tages der treffliche Künstler, als ich ihn in seinem Atelier besuchte. Sie haben meine Familie in mannichfachen Fällen von allerlei Gebrechen und Leiden befreit, und ich fühle mich tief in Ihrer Schuld, aber eine Rechnung habe ich von Ihnen bis heute nicht zu sehen gekriegt. Wenn ich auch einer vom pinseligen Künstlervolke bin, das gewöhnlich keine großen Schätze sammelt, so möchte ich doch auch keine Schulden machen und bill' Sie um Ihre Rechnung, ehe sie lammenartig anschwimmt.“ Ich vertröstete den Maler, die Sache sei nicht so schlimm und die Rechnung nicht groß, er möge sich darüber keine Sorgen machen; aber er bestand darauf, und so schlug ich ihm vor, er möge mir nur ein paar Federstriche auf ein Blatt Papier machen, da würde ich auf die ungeschriebene Rechnung „Dankebar erhalten.“ Schreiben und die Sache wäre damit ausgeglichen. „Na, wenn Sie meinem Geplänkel einen solchen Verth beilegen,“ meinte der bescheidene Künstler, „so nehmen Sie das als Ausgleichung und Andenken“, und damit überreichte er mir die Farbenstige zum Bilde „Der Bürgerkrieg auf der Wartburg“. Das schien mir wiederum zu kostbar und ich verweigerte die Annahme. Nach vielem Hin- und Herreden legte der Maler Ueberredungskunst, ich willigte ein, bemerkte ihm jedoch: „Jetzt haben Sie aber noch ein kleines Nervensieber zu gut.“ „Wollen Sie wohl Schweigen mit Ihren höllischen Bedingungen,“ schrie der Maler in tonischem Horn, „bleiben Sie mir vom Leibe mit Ihrem Nervensieber.“ Ich machte, daß ich fortkam und ließ ihn wettern und kuchen. Die Stitze ist aber noch heute in meinem Besitz und war seinerzeit eine Pierde der Schwind-Ausstellung des deutschen Hochstifts.“

In Leipzig ist gestern die von der Stadt erbaute neue Lehrerbildungsanstalt für Knabenhandarbeit eingeweiht worden.

Aus Frankreich sind auch am Sonntag eine Reihe Sturm- und richter eingelaufen: In Marseille wurden 30 Schiffe von den Unterleuten losgerissen. Zum Schutze der gefährdeten Schiffe haben die Hafenbehörden von Marseille und Toulon außerordentliche Sicherheitsmaßregeln getroffen. Auf der Eisenbahnstrecke Donsieur-Trouville wurde der Betrieb eingestellt. In Limoges hat der Sturm die Blumenausstellung sehr beschädigt. An einigen Hafenplätzen ist auch der Verlust an Menschenleben zu beklagen. — Wie aus Cherbourg gemeldet wird, wüthet daselbst der Sturm fort. Gestern Abend wurde der Leuchtturm des Hafens von Dialethe umgerissen. — Aus Donsieur wird der Untergang des englischen Dampfers „Commerian“ gemeldet. Derselbe kam von New-Orleans, hatte 2000 Tonnen Getreide an Bord und sank, nachdem er gegen einen Felsen geschleudert worden war.

Die große Weberei von Nohlept ist, wie aus Acrea gemeldet wird, niedergebrannt. 150 Arbeiter sind beschaffungslos.

Aus Bordeaux wird berichtet: In St. Mariens erfolgte am Sonnabend zwischen dem von Blage kommenden Personenzug und mehreren leeren Wagen infolge falscher Weichenstellung ein Zusammenstoß, bei dem 14 Personen leicht verletzt wurden.

Neues Nordmittel? Der Pariser „Justice“ zufolge hätte ein neu erfundener Explosivstoff, mit welchem auf dem Polygon von Lydd in aller Stille Versuche angestellt wurden, einen noch nie dagewesenen Erfolg erzielt.

Für Nordpatrioten. Aus dem russischen Feldzuge von 1812 bringt das jetzt veröffentlichte Tagebuch des Marschalls Gaskellane eine Reihe Aufzeichnungen, welche die Zustände im damaligen französischen Heere, sowie die Verthierung, welche der Krieg im Gefolge hatte, in knappen und packenden Bildern skizziren. Bis Anfang Dezember hatte der französische Offizier, wie wir einem in der „Ztg. Rundschau“ erschienenen Auszuge entnehmen, es trotz der schrecklichen Kälte keinen Tag unterlassen, seine Erlebnisse und die wichtigsten Ereignisse in Heere mit wenigen Worten aufzuzeichnen, aber nach einem fürchterlichen Tage, dem 7. Dezember, konnte er sein Tagebuch nicht fortsetzen, weil ihm die Hände erfroren. Die letzten Worte, welche er an diesem Datum niederschrieb, lauten: „Ein grauenhafter Tag, 27 Grad Kälte. Eine schreckliche Zahl von Soldaten bleibt auf dem Wege todt liegen. Wir haben sehr viele Leichen von der neapolitanischen Division gesehen. Die Soldaten fallen einfach nieder; zunächst tritt ihnen ein wenig Blut auf die Lippen, dann ist es gleich mit ihnen zu Ende. Wenn ihre Kameraden dieses Todeszeichen auf ihrem Wunde bemerken, geben sie ihnen einen Stoß und werfen sie zu Boden nieder, um ihnen die Kleider vom Leibe zu reißen, bevor sie noch ihren letzten Seufzer ausgeflohen haben.“ Was er sonst noch über den Niedrig berichtet, sagte er später aus der Erinnerung seinem Tagebuch hinzu. Es ist noch schrecklicher, als das, was er an Ort und Stelle niederschrieb.

Der englische Dampfer „Ashford“ ist bei Rebel auf der Höhe des Hafens von Kronstadt auf Grund gerathen. Mit der Entladung des Dampfers ist begonnen worden.

Am Sonntag wurden in Magione bei Perugia die Arbeiten für den Bau eines neuen Ableitungskanal für den Trasimenischen See feierlich eröffnet. Der Kanal ist bestimmt, das Wasser des Sees auf gleicher Höhe zu erhalten und die gesunden Verhältnisse zu bessern.

## Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten, allgemeinen Interesse zur Verfügung; sie verwarnt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifizirt zu werden.

Auf die so persönlich gehaltenen Ausführungen des Genossen Stadthagen in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ bin ich leider gezwungen, noch einmal zu antworten. Ich habe mich keineswegs zum „Jensfor“ über die Aufmerksamkeit des Genossen Stadthagen ausgesprochen, sondern nur die, meiner Ansicht nach unrichtigen, Ausführungen auf der Parteikonferenz richtig gestellt. Wenn in meinen Auslassungen das Wort „wir“, das der Genosse Stadthagen als ein majestätisch-bureaukratisches bezeichnet, stand, so erklärt sich dies daraus, daß das Gingesandt ursprünglich als eine Verichtigung, und zwar mit sechs Unterschriften versehen, dem „Vorwärts“ eingeschickt wurde. Die Knodnung als Sprechsaal-Artikel hat aber die Redaktion getroffen. Daß ich in der Sache an sich recht habe, beweist außer dem Bericht des „Vorwärts“ dessen Berichtstatter, der ebenfalls im Bureau saß, und den Antrag als mit großer Majorität angenommen erklärte. Ferner Genosse Stadthagen's eigene Auslassungen, indem er jetzt schon die Zahl der Gegner des Antrages auf zwanzig vermindert hat. Aber auch diese Zahl ist nicht richtig; es sind in der That nur zehn gewesen. Außerdem ist zu erwähnen, daß die noch-malige Abmündung über den Antrag der Handelshilfsarbeiter ein Verlangen des Genossen Stadthagen war.

Johannes Hoffmann, Höchststr. 48.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend von 7 1/2-8 1/2 Uhr abends statt.

**Streifen - Abonnement.** Rudersdorf „Vorwärts“. Vereinslokal Neues Klubhaus, Kommandantenstr. 72.

**Sozialdemokrat, Bern.** Es ist schon berichtigt mitgeteilt worden, daß es sich um die „Oltener Tagwacht“ handelte.

Dr. D. Gegen einen Feuilletonisten des „Berl. Tagesblattes“ das seinen Charakter erst jüngst durch die Verberichtung eines politischen Demagianten in Konstantinopel dokumentirt hat, auch nur ein Wort der Polemik über die Frauenfrage zu schreiben, lohnt sich wirklich nicht.

C. S. in B. Die Adresse von G. M. Scavoia ist uns unbekannt.

Sector. Genosse Stadthagen befindet sich auf einer Agitationstour in Württemberg.

## Briefkasten der Expedition.

J. S. 42. Der Expeditur Hempel erhält allerdings keine Zeitungen mehr von uns, da er die für diesen Monat entnommenen Exemplare nicht bezahlt hat. Wir werden Ihnen die Zeitung durch einen anderen Expeditur zusenden.

## Witterungsübersicht vom 28. September 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf 0. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (79 C. = 100 F.).
Swinemünde	755	G	4	wolfig	11
Damberg	753	SWB	8	Regen	18
Berlin	755	SEB	8	bedeckt	11
Miesbaden	757	Still	-	bedeckt	14
München	761	SB	8	bedeckt	10
Wien	761	Still	-	heiter	9
Japaranda	756	G	4	halb bedeckt	10
Petersburg	-	-	-	-	-
Coet	763	SB	4	halb bedeckt	11
Aberdeen	752	SB	3	heiter	9
Paris	761	SB	2	bedeckt	10

**Wetter-Prognose für Dienstag, den 29. September 1896.**  
Ein wenig kühler, zeitweise aufflarend, vorwiegend trübe und regnerisch mit mäßigen bis frischen westlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau.

## Arbeitsmarkt.

### Pfasterarbeiter!

Für Hamburg gesucht ein durchaus tüchtiger selbständiger Pfasterarbeiter, Werth besonders auf geschnittenen und Rautschuapfaster gelegt. Eintritt sofort. Off. Objecten sub A. B. an Károly & Llobmann, Hamburg. 238\*

**Tapezier-Lehrling** 680b  
verl. G. F. Bäcker, Brandenburgstr. 60.

Lehrling für Goldbleichen-Fabrik verl.  
Hugo Raude u. Co., Fischestr. 3. 682b

Burschen zum Abnehmen von Goldbleichen verlangen Hugo Raude u. Co., Fischestr. 3. 682b

### Achtung, Drechsler!

Folgende Werkstellen haben unsere Forderung nicht bemerkt:  
**Fritsche**, Oranienstr. 85.  
**Schmidt**, Reichenbergerstr. 155.  
**Schmidt**, in Firma Meßer, Manteuffelstraße 54.  
**Hoptner**, Seydelstr. 29.  
Zugung fernhalten.  
11/12 Die Lohnkommission.

### Achtung, Tischler!

Die Differenzen bei Kiehle, Schwedterstr. 5, sind noch nicht beigelegt.

Zugung fernhalten.

### Hinsmacher,

zirka 50 Mann, werden bei Veltener Lohnstarif sofort verlangt und finden dauernde Beschäftigung auf Mücke's Werke, Lindow i. d. Mark, Bahstation. Fahrpreis hin u. zurück 2,20 M.

**Wickelmacherin** sucht Arbeit, Falk, Angermünderstr. 10, 4 Tr. 681b

**Tüchtige Fraiser** auf große Arbeit bei 30 M. Lohn verlangen 698b  
R. & A. Roller, Königsbergerstr. 26/27.

**Zwei Tischler** auf Schreibtische verl. 692b  
**Peoge**, Müdensborferstr. 48.

Wir suchen tüchtige Schriftmaler. Otto Grund & Co., Fischebrücke 17.

Ein geübter Dreher und ein geübter Steinmetz für acht Outz sofort gesucht. 694b  
**Leo Meyer**, Ritterstr. 82.

Einem ordentlichen  
**Lehrling**  
verlangt **Gelbgießerei Neurruppin**, Wichmannstr. 4.

**Mühlenstr. Nr. 8,**  
nahe Oberbaum, sind vom 1. Oktober eine Wohnung von 2 Stuben u. Küche und eine Wohnung von 1 Stube und Küche billig zu vermieten. [5829L\*  
Der Verwalter.

**Grünauerstr.** 3 große Verf. Küche u. selbstig. Handwerk. pass. 80 Thlr. 1./10.  
Schlaff. f. G. Püdtlerstr. 88 v. 3 Tr. r.

**Grünauerstr.** 9 Wohnungen 68 bis 86 Thlr. zum 1. Okt.

Möbl. Schlaff. f. Herrn Manteuffelstr. 80, v. 3 Tr. b. Fischestr. 594b  
Elisabethstr. 30, Hof 3 Tr. bei Henze ist eine freundl. Schlafstelle für Herrn.

Möbl. Schlaff. Manteuffelstr. 50, vorn 1 Tr. r. 688b

Schlaff. zu verm. f. Herrn bei Jenke, Oranienstr. 21, vorn 2 Tr. 684b  
Freundl. möbl. Zimmer, sep. 1 oder 2 Herrn., Neue Grünstr. 29, Hof. 685b

Leere Kammer mit Wasserl. zu verm. 7 M., Oranienstr. 151, IV, L. 678b

Schlaffstelle für Herrn zu vermieten  
Grüner Weg 66, 8 Tr. 679b

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Haftung.

**Theater.**  
 Dienstag, 29. September.  
**Opernhaus.** Robert der Teufel.  
**Schauspielhaus.** Goldfische.  
**Deutsches Theater.** Hannele's Himmelfahrt. Vorher: Ohne Liebe.  
**Berliner Theater.** Die offizielle Frau.  
**Festung-Theater.** Das Einmaleins.  
**Neues Theater.** Der Kampf der Frau.  
**Chalio-Theater.** Gebildete Menschen.  
**Residenz-Theater.** Der Stellvertreter.  
 Vorher: Ninette im Schnee.  
**Theater Unter den Linden.** Die Lachtaube.  
**Schiller-Theater.** Ein Schritt vom Wege.  
**Zentral-Theater.** Eine wilde Sache.  
**Ostend-Theater.** Der deutsche Michel.  
**Selle - Alliance - Theater.** Mars incognito.  
**Friedrich Wilhelmstadt. Theater.** Kean, oder: Genie und Leidenschaft.  
**Alexanderplatz-Theater.** Ohne sittlichen Halt.  
**Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Apollo - Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Schiller-Theater.**  
 (Wallner-Theater.)  
 Dienstag, abends 8 Uhr: Ein Schritt vom Wege.  
 Mittwoch, abends 8 Uhr: Ein Schritt vom Wege.  
**Friedrich Wilhelmstadt. Theater**  
 Chausseest. 25/26. Dir. Max Samat.  
**Kean**  
 oder Genie und Leidenschaft.  
 Schauspiel in 5 Aufzügen  
 v. Alex. Dumas, deutsch v. D. Handolf.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Mittwoch: Kean oder Genie und Leidenschaft.

**Alexanderplatz-Theater.**  
 Ohne sittlichen Halt.  
 Sittenbild aus dem Berliner Leben in 4 Aufzügen. (Wond haben Wochentags Willigkeit.)  
 Morgen: Ohne sittlichen Halt.  
**Chalio-Theater**  
 (vormals: Adolph Ernst-Theater)  
 Dresdenstr. 72/73.  
 Direktion: W. Hasemann, königl. preuß. Kommissionsrat.  
 Dienstag, den 29. September 1896:  
 Zum ersten Male:  
**Gebildete Menschen.**  
 Volksstück in 8 Akten v. Viktor Leon.  
 Mittwoch: Gebildete Menschen.  
 Donnerstag: Gebildete Menschen.

**Alt-Berlin.**  
 Bei günstiger Witterung nachmittags 3, 4 und 5 Uhr:  
**3 große historische Umzüge**  
**1 altdenisches Musikkorps**  
**1 Elite-Kapelle**  
 Süddeutscher Sänger-Uhor „Alomania“.  
 8 Damen u. 8 Herren in schwäbisch. Kostüm.  
 Eintritt: 25 Pfg.

**Central-Theater.**  
 Alte Jakobstr. 80.  
 Direktion: Richard Schultz.  
**Emil Thomas u. G.**  
**Eduard Steinberger u. G.**  
 Zum 10. Male:  
**Eine wilde Sache.**  
 Große burleske Ausstattungspose mit Gesang und Tanz in 8 Bildern von W. Mannstadt und J. Freund.  
 Musik von J. Gindshofer.  
 Anfang 1/2 8 Uhr.  
 Morgen: Eine wilde Sache.

**Böhmisches Brauhaus**  
 Landsberger Allee.  
 Heute sowie jed. Dienstag:  
**Stettiner Sänger**  
 (Moysel, Pietro, Britton, Steidl, Krons, Röhl und Schrader.)  
 Anfang präz. 8 Uhr. Entree 50 Pfg.  
 Vorverkauf 40 Pfg. in d. Zigarrenhandlung von Mühl & Neumann (Landsberger Thor).  
 Mittwoch: Moabit. Stadttheater.  
 Donnerstag: Concerthaus Sanssouci.

**Urania.**  
 Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.  
 Naturkundliche Ausstellung  
 täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.  
 Eintritt 50 Pfg.  
**Wissenschaftl. Theater** abends 8 Uhr.  
**Sternwarte** Invalidenstr. 57-62  
 Lehrst. Stadtbahnhof  
 täglich geöffnet von 7 Uhr abends ab.  
 Eintritt 50 Pfg.  
 Im Theater-Saale täglich 8 Uhr abends Vorträge mit Experimenten und großen Lichtbildern ausgestattet.  
 Näheres die Tagesanschlüsse.

**Passage-Panopticum.**  
 Nur noch kurze Zeit.  
**42 wilde Weiber**  
 aus Dahomey.  


**Castan's Panopticum.**  
 Neu!! Neu!! Neu!!  
 hochsensationelle Neuheiten  
 die ein Jeder sehen muss!  
**Ostend-Theater.**  
 Grosse Frankfurterstr. 132.  
 Direktion: Karl Weiss.  
 Dienstag, den 29. September 1896:  
**Der deutsche Michel.**  
 Volksstück mit Gesang in 4 Akten von R. Kneisel.  
 Anfang 7 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 8 Uhr.  
**Volks-Theater.**  
 84 Reichenberger-Strasse 84.  
 Direkte Bahnhöfen (Kottbuser Thor):  
 a) Elektr. Bahn: Mauerstr. Reptom.  
 Dönhofsplatz - Glogauerstr. Dönhofsplatz - Reptom. Zoolog. Garten - Reptom.  
 b) Pferdebahn: Kottbuser Thor - Müllerstr. - Rigdorf - Schönhauser Allee. Hasenheide - Behrenstr. Fichteplatz - Kiderstr. Moritzplatz - Hermannplatz - Brig. Fichteplatz - Ratibaus.  
 Eröffnung: Sonnabend, den 3. Oktober.

**Vogler's Casino**  
 früher Weltrestaurant,  
 Dresdener Strasse 97.  
 Täglich im großen Theater-Saal:  
 Die überbrettschen **Hamburger Sänger.**  
 Entree durchweg:  
 Wochentags 30 Pfg.  
 Sonntags 50 Pfg.  
 Anf. 8 Uhr. Sonnt. 6 Uhr  
 Im vorderen Saal:  
**Tyroler-Konzert.**  
 Entree vollständig frei.

**Letzter Monat** 2 Vorstellungen täglich Nachm. 5-7; Abends 9-11 Uhr.  
**Bolossy Kiralfy's „Orient“**  
**Olympia**  
 Riesentheater.  
 Uebertrifft alles bisher dagew. Von Publikum u. Presse einstimm. anerkannt.  
**R. Buske** (früher Seefeldt), Grenadierstr. 33. Säle für 100-500 Personen, Vereinszimmer noch einige gute Sonnabende und Sonntage zu vergeben.  
**Cohn's Festsäle** 5585 L\*  
 Bentzstr. 20 (im Industriegebäude).  
 Empfehle meine Festsäle (100-1000 Personen fassend) zu Versammlungen und Vergnügungen zu den kulantesten Bedingungen. Vereinszimmer von 20-100 Personen.  
**Geschäfts-Eröffnung!!!**  
 Am 1. Oktober eröffne ich  
**129, Skalitzer Strasse No. 129**  
 direkt am Kottbuser Thor eine dritte  
**Rohtabak-Filiale**  
 deren Leitung ich Herrn Paul Isaack übertragen habe.  
**Emil Berstorff, Rohtabak-Handlung.**  
 Berlin C., Kaiser Wilhelmstr. 39 und Filiale N., Brunnenstr. 182.  
 „ O., Kopenstr. 9.

**Feen-Palast**  
 Burgstrasse 22.  
 Direktion: Winkler & Fröbel.  
 Jeden Abend Großer Jubel.  
 The Miltons. Fredans Trio. Dora Marchetty. Hed u. Hid. Fredt Hanson.  
 Bob Hopkins. Sromlow Trio. Rita Roselly.  
 Sturmischer Beifall!  
 Hogino Akrobatentruppe. Josephina von der Hollsarmos.  
 Unkomisch! Im Lachsalm!  
**Reihe der Schatten.**  
 Anfang 7 1/2 Uhr. - Sonntags 6 Uhr.  
 Entree 30 Pfg. Reserv. Platz 50 Pfg.

**Apollo-Theater.**  
 Friedrichstr. 218. - Dir.: F. Glück.  
**Paola del Monte.**  
 Otto Reuter. Troubadours.  
 Kasseneröffnung 7 Uhr.  
 Anfang der Vorstellung 8 Uhr.  
 Am 1. Oktober 1896 vollständig neues Programm.  
**Mlle. Fougere.** Zum ersten Male in Deutschland. Signor C. Bernardi genannt: „Jl Camalconte“.

Spezial-Ausstellung  
**KAIRO**  
 von 7 Uhr ohne Gewerbe-Ausstellungs-Billet zugänglich  
 Schaustellungen in der Arena:  
 5 u. 8 Uhr nachm.  
 Entrée 50 Pfg.  
 Kinder die Hälfte.

**Circus Busch.**  
 (Bahnhof Börse.)  
 Dienstag, 29. September 1896.  
 Abends 7 1/2 Uhr:  
**Grosse ausserordentl. Vorstellung.**  
 Sensationeller Erfolg!  
**Millennium, Bilder a. Ungarn.**  
 Außerdem: Zum 1. Male: 6 Traktier-Derzge, vorgef. von Dir. Busch. Conversano II, echt Lipzauer Hengst, dress. u. ger. v. Herrn Poodit-Burghardt. Herr Eugen Salamonski. Die Pariser Schulreiterin Mlle. Loroy. Signora Theressa m. ihrem Sprung d. einen 9 Fuß langen Tunnel. Der Klowm Mr. Daniels als Zauberkünstler. Spezialitäten 1. Rang.  
 Morgen: Millennium.  
**Schmiedel's Festsäle,**  
 Alte Jakobstr. 32, neben Zentraltheater.  
 Ich empfehle meine eleganten Festsäle zur Abhaltung jeder Festlichkeit, Kommerz., Versammlungen u. 5584 L\* **Wwe. G. Schmiedel.**

**Cösliner Hof,**  
 Cöslinerstr. 8.  
 Eröffnung: Oktober or. Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten. 2 verdeckte Regelpbahnen. Gute Küche.  
**H. Ebert's Festsäle,**  
 72. Kommandantenstr. 72.  
 Empfehle meine Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen u. Habe noch einige Sonnabende im Oktober und November frei.  
 Jeden Sonntag: Ball.  
 auf Theilzahlung.  
**Möbel J. Kellermann,**  
 Neue Jakobstr. 26.  
**Oderbrücker Festsäle**  
 eigener Misterei empfiehl den Genossen in Postpaid, zu den billigst. Preisen Bestellungen bis Dienstag jeder Woche erbeten.  
 Briesen a. O. Rudolf Salomon.  
**Achtung!** Kunstl. Zähne v. 8 M. an, Theilw. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigung, Nervödten bei Bestellung m. sofort.  
**Gudiel,** Bauspitzelplatz 2, Eissackstr. 12, Steglitzerstr. 71, I.  
 Verzugsalber verkaufe Muschelmöbel spottbill. Brautleuten sehr empfehlenswerth. 4278 Kolbe, Reichenbergerstr. 160, 1 Tr.  
**Blumenhandlung**  
**P. Abromeit,** Blücherstr. 14, Berlin SW., 57982\*  
 Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Gurlianden u. s. w. Billigste Marktballen-Preise bei geschmackvoller Ausführung.  
**Kranzbinderei und Blumenhandlung** 57982\*  
**Robert Meyer,**  
 Nr. 2. Mariannenstr. Nr. 2.  
 Widmungs-Kränze, Gurlianden, Ballsträußen, Bouquets u. s. w. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

**Reichshallen.**  
 Leipzig-Strasse, am Dönhofsplatz.  
 (Parterre-Saal)  
 Täglich bis 30. September:  
**Norddeutsche Sänger**  
**Neues Programm**  
 Walde als Zigeunerin  
 Horst zu Pferde  
 Hoffmann m. neuen Coupl.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Entree 30 Pfg. - Reserv. Platz 50 Pfg.

Den geehrten Vorständen der Vereine zur gefl. Kenntnis, daß der Saal in  
**Kaufmann's Variété,**  
 Königs-Colonnaden 3,  
 zu Matinee und sonstigen Vergnügungen, unter Mitwirkung der Mitglieder meiner Spezialitäten-Bühne, zur Verfügung steht.  
 Gute Küche und bestes gepflegte Bier.

**W. Noack's Theater**  
 Brunnenstr. 16.  
 Täglich: Konzert, Theater-Vorstellung.  
 Auftr. von Spezialitäten.  
 Künstler 1. Ranges.  
**Karlshens Tante.**  
 Schwan in 1 Akt von Schmasow.  
 Neu! Neu! Neu!  
**Berliner Konfektionseisen.**  
 Burleske mit Gesang und Tanz in 1 Akt von Geride. Musik v. Schmidt.  
 Jeden Sonntag, Dienstag u. Donnerstag nach d. Vorstellung Tanzkränzchen.

**Alcazar.**  
 Variété und Spezialitäten-Theater I. Ranges.  
 Dresdenstrasse No. 52/53.  
 Annenstrasse 42/43.  
 Vornehmster Familien-Aufenthalt.  
 Vorstellung.  
 Durchweg neues Programm.  
**Grand-Konzert**  
 der neu engagierten Haus-Kapelle unter Leitung des Kapellmeisters Martin.  
 Wochentags 8 Uhr.  
 Sonntags 6 Uhr.  
 Entree 30 Pfg. **R. Winkler.**

**Möbel J. Kellermann,**  
 auf Theilzahlung.  
 Neue Jakobstr. 26.  
**Oderbrücker Festsäle**  
 eigener Misterei empfiehl den Genossen in Postpaid, zu den billigst. Preisen Bestellungen bis Dienstag jeder Woche erbeten.  
 Briesen a. O. Rudolf Salomon.  
**Achtung!** Kunstl. Zähne v. 8 M. an, Theilw. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigung, Nervödten bei Bestellung m. sofort.  
**Gudiel,** Bauspitzelplatz 2, Eissackstr. 12, Steglitzerstr. 71, I.  
 Verzugsalber verkaufe Muschelmöbel spottbill. Brautleuten sehr empfehlenswerth. 4278 Kolbe, Reichenbergerstr. 160, 1 Tr.

**Blumenhandlung**  
**P. Abromeit,** Blücherstr. 14, Berlin SW., 57982\*  
 Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Gurlianden u. s. w. Billigste Marktballen-Preise bei geschmackvoller Ausführung.  
**Kranzbinderei und Blumenhandlung** 57982\*  
**Robert Meyer,**  
 Nr. 2. Mariannenstr. Nr. 2.  
 Widmungs-Kränze, Gurlianden, Ballsträußen, Bouquets u. s. w. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Unbemitt. Musikant. „K.“ Postamt 79.  
 Klavier, Violoncell, bill. Hoffenerstr. 41 III  
**O. Schmidt's Restaurant,** Hochstr. 32a.  
 Saal f. Vereine und kleine Gesellschaften.  
**H. Flicke's Restaurant,** Simonsstr. 23, gr. sep. Vereinszimmer frei.  
 Vereinszimmer mit neuem Piano noch einige Tage frei.  
**Reihner,** Chausseest. 72.  
 Vereinszimmer mit Piano oder als Zahlstelle zu vergeben. 1716\*  
**G. Glanz,** Krankenstr. 18.  
 Achtung! Zum Umzug. Achtung! Den Genossen vom Wedding und Rosenthaler Vorstadt empfehle ich mich zur pünktlichen Lieferung des „Vorwärts“, sowie sämtlicher Arbeiter-Literatur.  
 Karl Weise, Triftstr. 46a, 198\*  
 Zeitungsdepoteur.

**F. K. u. St. L. F. A. h. e.**  
 F. Stiefens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.  
 Teilzahlung pr. Woche 1 M.  
**Concordia**  
**Kranken-Zuschuss-Kasse**  
**Versicherungs-Gesellschaft**  
 zu Berlin.  
 Gegründet 1888.  
 Als Mitglied kann jede gesunde Person, männlich wie weiblich ohne ärztliche Untersuchung aufgenommen werden. 5858 L\*  
 Aufnahmen finden jederzeit statt bei  
 Emil Paul, 80., Adalbertstr. 71.  
 Gustav Bentler, N., Pasewalkerstr. 5 vorn 3 Tr.

**Möbel**  
 Spiegel, Polsterwaren, ganze Einrichtung, Einrichtungs, auch auf Theil, in ger. An- u. Ratenzahl. b. L. Silberstein, Rosenthalerstr. 49, I.\*  
**Sophastoffe**  
 auch Reste in Aps, Damask, Crèpe, Phantasie, Gobelins und Plüsch spottbillig! Probieren franko! in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.  
**Läuferstoffe**  
 Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.

**Möbel** gebrauchte, kauft Barow, Rosenthalerstr. 18.  
**M. Krüger's**  
**Speise-Teinöl**  
 ist das anerkannt beste. Zu haben in allen Kolonialwaren- und Vorkoch-Geschäften. Fabrik-Lager: Berlin, Bhaltherstr. 105.  
**Wichtig für Brautleute.**  
 Außerordentlich bill. Gelegenheitsläufe.  
 Muschelmöbel 28 M., Muschelmöbel 38 M., Muschelmöbel 38 M., Nachtlische 9-14 M., Nachtlische 17,50-27 M., Sopha'sche 17,50 M., Divans mit Auszug 48 M., Paneele-sopha mit Säulen und Tafeln 185 M.  
**Möbelspeicher,**  
 Rantianplatz am Kupfergraben, früher Wehlhaus.

**LINOLEUM-RESTE,**  
 Linoleum-Toppische, auch etwas fehlerhafte, Wachstuchreste, Gummi-Tischdecken sehr billig Grünbergweg 102, part.  
**Strickmaschinen**  
 aus der Dresdener Strickmaschinen-Fabrik sind die besten und ein leichter Erwerbsweg für Männer, Frauen u. Bosan. Geschäfte. Erlernen leicht und gratis. Arbeit wird nachgewiesen. Verkauf zu Fabrikpreisen. Lager bei dem Vertreter A. Gomburger, Heiligegeiststr. 49, Berlin. 56472\*

**Rohtabak.**  
 Grösste Auswahl! Billigste Preise. Sämtliche Fabrikations-Messlinien.  
**Heinrich Franck,**  
 Nr. 185, Brunnenstr. Nr. 185.  
 Wegen schwerer Krankheit verkaufe mein Milch- und Rosonial-Geschäft, Rolle, Fuhrwerk. Wieche 480 M. mit Wohnung, 2 Stuben, Küche, Laden und Unterkeller.  
 Büttner, Gerichstr. 80.  
**Möbel.** Vollst. Zimmereinrichtung, gut gearbeitet. Teilzahlung gestattet. **Seidmann,** Prinzenstr. 62.  
 Strickwoll-Rester, Zephyr, Rodwolle zu Partierpreis. Holzmärktstr. 80, S. 1, 12c  
**Arbeitsanzüge** **W. Fahr,** Brunnenstr. 119

Parteigenossen!

Wir veröffentlichen hiermit die bei uns bis zum Ablauf des wiederholt bekannt gegebenen statutarischen Termins eingegangenen Anträge zum diesjährigen Parteitag. Anträge und Beschlüsse, welche nur in der Parteipresse veröffentlicht, aber nicht an das Bureau des geschäftsführenden Ausschusses (Adresse: W. Pfannkuch, Hamburg-Gimsbüttel, Eichenstr. 4) eingesandt wurden, sind in das nachstehende Verzeichnis nicht aufgenommen worden. Hamburg-Gimsbüttel, den 25. September 1896. Eichenstraße 4. Der geschäftsführende Ausschuss.

Tagesordnung:

1. Parteigenossen des 5. sächsischen Reichstags-Wahlkreises und des Kreises Cassel-Melsungen: Die Tagesordnung des Parteitages in folgender Ordnung aufzustellen: 1. Bericht des geschäftsführenden Ausschusses und der Kontrolleure; 2. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit; 3. die Erringung des Achtstundentages; 4. der Kampf gegen die hausindustrielle Ausbeutung; 5. die Koalitionsfreiheit; 6. die Organisation der Partei; 7. die Parteipresse und die sozialistische Propaganda; 8. die Frauenagitation; 9. das Proportional-Wahlrecht; 10. Bericht über den Londoner Kongress; 11. sonstige Anträge und Wahl der Parteileitung.

2. Parteigenossen in Barmen: Die Tagesordnung wie folgt festzusetzen: 1. Geschäftsbericht des geschäftsführenden Ausschusses. 2. Bericht über stattgefundene Kontrolle. 3. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. 4. Die Erringung des Achtstundentages, der Kampf gegen die Hausindustrie und die industrielle Ausbeutung, das Koalitionsrecht. 5. Die Organisation der Partei. 6. Maisfeier. 7. Berichterstattung vom internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftskongress. 8. Frauenagitation. 9. Das Proportional-Wahlrecht. 10. Anträge zum Parteiprogramm. 11. Sonstige Anträge. 12. Wahl der Parteileitung.

3. Parteigenossen des 6. sächsischen Reichstags-Wahlkreises: Der Tagesordnung des Parteitages einzufügen: Die Erringung des Achtstundentages. Der Kampf gegen die hausindustrielle Ausbeutung. Die Koalitionsfreiheit.

4. Parteigenossen des 2. Hamburger und des Niederbarnimer Kreises: „Unsere Presse“ auf die Tagesordnung zu setzen.

5. Die Parteigenossen in Breslau, Elberfeld, Halberstadt, Frankfurt a. M., des 5. Berliner, des Niederbarnimer, des 3. Hamburger und des 12. und 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreises: Stellungnahme zum Nahrungsmittelschluss auf die Tagesordnung zu setzen.

6. Parteigenossen des 4., 12. und 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreises: Der Tagesordnung einzufügen: „Wie erringen wir den Achtstundentag?“

7. Parteigenossen des 2. Hamburger Kreises: Die Arbeiterschutzesetzgebung unter besonderer Berücksichtigung der Unfallversicherung auf die Tagesordnung zu setzen.

8. Parteigenossen des 2. Berliner Kreises: Das Unfallversicherungsgesetz auf die Tagesordnung zu setzen.

9. Parteigenossen in Halle a. S.: In die Tagesordnung des Parteitages ein Referat über „Die Währungsfrage“ aufzunehmen.

10. Parteigenossen des 2. Berliner Kreises: Revision des Arbeiterschutzes-Anhangs des Erfurter Programms auf die Tagesordnung zu setzen.

11. Parteigenossen in Elberfeld: Die Arbeiterschutzesetzgebung Deutschlands in die Tagesordnung einzustellen.

12. Genossin Löwenherz in Reuwig: Die Frauenbewegung soll bis auf weiteres auf der Tagesordnung der Parteitags bleiben.

Geschäftsordnung:

13. Parteigenossen des 11., 12. und 13. hannoverschen Wahlkreises: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages ein Referat über den Schutz der bäuerlichen Arbeiter zu setzen.

14. Parteigenossen in Apolda: Auf jedem Parteitags findet eine Separat-(Abend-) Sitzung unserer anwesenden Vertreter in den Landtagen, Bezirks- und Kreis-Ausschüssen behufs Beratung dort einschlägiger Fragen statt.

Programm.

15. Parteigenossen des 1. Hamburger Kreises: Das Proportional-Wahlrecht ist in Programm zu belassen und möglichst näher zu bestimmen.

16. Die Parteigenossen Müller, Hansen und Schröder in Plessburg: Dem Punkt 8 Absatz 2 des Programms ist eine präzisere Fassung zu geben, die jedes Missverständnis ausschließt.

17. Genosse Gahn in Offenbach: Die sozialdemokratische Partei Deutschlands verlangt in Zukunft für die Reichstags-Wahlen das Proportional-Wahlrecht und war in folgender Weise. Eintheilung Deutschlands in einen Wahlkreis. Beseitigung der Personenwahl. Abgabe der Stimmzettel, versehen mit der politischen Anschauung. Abstimmung an einem gesetzlichen Ruhetag. In bezug auf die Vertreter, Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Parteien. Entschädigung für die von der Partei bestimmten Vertreter.

Organisation.

Parteitag.

18. Parteigenossen des 1. und 3. Hamburger Kreises: Den nächsten Parteitag in Hamburg stattfinden zu lassen.

19. Parteigenossen in Darmstadt: Den nächsten Parteitag in Darmstadt stattfinden zu lassen.

20. Parteigenossen in Halberstadt: Den nächsten Parteitag in Halberstadt stattfinden zu lassen.

21. Parteigenossen in Verden: Den nächsten Parteitag in Hannover stattfinden zu lassen.

22. Parteigenossen in Bochum: Den nächsten Parteitag in Bochum stattfinden zu lassen.

23. Parteigenossen in Karlsruhe: Den nächsten Parteitag in Karlsruhe stattfinden zu lassen.

24. Parteigenossen des Kreises Niederbarnim: Den Parteitags zwischen Weihnachten und Neujahr stattfinden zu lassen.

Parteileitung.

25. Parteigenossen in Wandsbeck: Auf Sie der Parteileitung ist Hamburg zu bestimmen.

26. Parteigenossen des 3. Berliner und 2. Hamburger Kreises: Die Kontrollateure sind möglichst von den Genossen der Umgegend des Ortes, wo der Parteivorstand (oder Ausschuss) seinen Sitz hat, zu wählen.

Allgemeines.

27. Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises: Dem § 9 unseres Organisationsstatuts Absatz 4 einzufügen: Der Parteitags fest die Diäten für die Delegierten fest und sind dieselben aus der Parteikasse zu zahlen.

28. Parteigenossen des Kreises Niederbarnim: Dem § 9 Absatz 1 des Organisationsstatutes folgende Fassung zu geben: Zur Teilnahme an den Parteitagen sind berechtigt die Delegierten aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis durch mehr als einen Delegierten vertreten sein darf; ferner als Absatz 4 demselben Paragraphen einzufügen: Der Parteitags fest die Diäten für die Delegierten fest und sind dieselben aus der Parteikasse zu zahlen, jedoch ist jeder Wahlkreis verpflichtet, die für diesen Zweck durch Sammlungen auszubringenden Gelder an die Parteikasse abzuführen.

29. Parteigenossen in Magdeburg: Die Wahl der sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten bedeutet in hervorragender Weise einen Protest gegen die bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Von diesem Standpunkte ausgehend haben sich diese Abgeordneten an den Verhandlungen des Reichstages nur insoweit zu betheiligen, als es das Interesse des Proletariats erfordert. Auch sind dieselben verpflichtet, sich in möglichst rege Weise der Agitation zu widmen.

Rechtsbureau.

30. Parteigenossen des Saargebietes. Den geschäftsführenden Ausschuss zu beauftragen, die Errichtung eines Büreaus zur Erhaltung von Rath in Rechtsangelegenheiten im Saarrevier auf Parteikosten vorzunehmen.

Presse.

Zentral-Organ.

31. Parteigenossen des dritten Berliner Kreises: Die Redaktion des „Vorwärts“ hat zu allen für die Partei wichtigen Fragen Stellung zu nehmen.

32. Parteigenossen des Niederbarnimer Kreises: Der „Vorwärts“ ist zu verbilligen.

33. Genosse Wernicke in Berlin: I. Das sozialdemokratische Programm wöchentlich einmal im „Vorwärts“, dem „Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, gleich unter dem Titel, gewissermaßen mit als Titel zu veröffentlichen, oder

II. Das sozialdemokratische Programm wöchentlich einmal als Beilage in kleiner Buchform mit im „Vorwärts“, dem „Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, herauszugeben, mit folgender Hinweisung zu beiden Anträgen durch üblichen Stern):

34. Parteigenossen in Heseloh: Der Parteitags wolle beschließen: Zur leichteren und schnelleren Orientierung über die parlamentarische Tätigkeit sämtlicher Reichstags-Fraktionen, ist dem Zentralorgan „Vorwärts“ während der Tagung des Reichstages allmonatlich eine Beilage beigegeben, in welcher in kurzen Zügen über die parlamentarische Tätigkeit sämtlicher Reichstags-Fraktionen berichtet wird. Die Beilage soll die Stellung jeder einzelnen Fraktion zu den zur Verhandlung angehängten Gesetzesvorlagen, sowie die markantesten Stellen aus den Reden der Redner von belang zu den Vorlagen enthalten.

Protokoll.

35. Parteigenossen des Kreises Niederbarnim: Die Herausgabe eines vollständigen und mit Inhaltsverzeichnis versehenen Parteitags-Protokolls.

Broschüren.

36. Parteigenossen des 2. Berliner und des Niederbarnimer Kreises: Die Herausgabe einer Broschüre, die die Beschlüsse und ihre Entziehung der seither stattgefundenen Parteitags enthält.

37. Parteigenossen des 11., 12. und 13. hannoverschen Wahlkreises: Die Herausgabe einer Broschüre, in welcher die in Deutschland geltenden Gewerbe-Ordnungen enthalten sind.

38. Parteigenossen in Barmen: Herausgabe einer kurzen Broschüre, die das Thema behandelt: „Was wollen die Sozialdemokraten und welchen Werth hat das allgemeine Wahlrecht für die Arbeiterklasse?“

Kalender.

39. Parteigenossen in Arnstadt: Der Parteitags beauftragt den Parteivorstand mit der Herausgabe eines zur Wandagitation geeigneten billigen Kalenders.

Frauenzeitung.

40. Parteigenossen des Kreises Mayen, Alrweiler und Kochen und Zell: Es soll eine durchaus gemeinverständlich und volksthümlich gehaltene Frauenzeitung gegründet und von unseren Tagesblättern gegen eine Erhöhung des Abonnementpreises von 5 Pf. pro Monat als Sonntagsbeilage gebracht werden.

Unterhaltungsliteratur.

41. Parteigenossen in Altona: Der Parteitags möge beschließen, die „Neue Welt“ als Gratisbeilage für alle Parteiblätter abzuschaffen.

42. Parteigenossen in Wandsbeck: Die „Neue Welt“ in der Weise zu gestalten, daß mehr Artikel volksthümlichen Inhalts und bessere Unterhaltungs-Lektüre geboten wird.

43. Parteigenossen des 1. Hamburger Kreises: Der Inhalt der „Neuen Welt“ ist zu verbessern.

44. Parteigenossen des 2. Hamburger Kreises: 1. Die „Neue Welt“ ist auf acht Seiten zu reduzieren. 2. Die Leitung derselben hat mehr als bisher darauf zu achten, daß ein populäres Unterhaltungsblatt statt eines Zummelpfades für literarische Experimente daraus wird. 3. Die Redaktion soll sich am Drückorte des Blattes befinden.

45. Parteigenossen in Karlsruhe: Die Reichstags-Berichte des „Vorwärts“ werden bei wichtigeren Debatten vielfältiger und der Parteipresse zum Selbstkostenpreis abgegeben.

46. Genosse Pehold in Breslau: Die Verleger unserer Presse werden beauftragt, zum 1. Dezember 1896 Annoncenbeiträge für unsere Wigblätter zu schaffen.

\*) Zur besseren Information über das Programm ist folgendes sehr zu empfehlen: 1. Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen, mit dem Eisenacher, Gothaer und Erfurter Programm, von W. Liebknecht, Preis 25 Pf. 2. Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie, Erläuterungen zum Erfurter Programm von R. Kautsky und B. Schoenlant, Preis 10 Pf. 3. Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Theil, erläutert von R. Kautsky, Preis geb. 1.50 M. und geb. 2 M. 4. Die Frau und der Sozialismus von A. Webel, Preis geb. 2 M. und geb. 2.50 M. Dieselben sind in der Partei-Buchhandlung Vorwärts, sowie in allen Partei-Buchhandlungen und bei allen Parteipredicanten zu haben.

Allgemeines.

47. Parteigenossen des 4. Berliner Kreises: Die Partei-Organen dürfen Annoncen von boylottirten oder gesperrten Lokalen nicht aufnehmen.

48. Parteigenossen in Breslau: Der Parteitags möge die Wahl einer Kommission beschließen, die gemeinsam mit dem Partei-Ausschuss Mittel und Wege beräth, wie die kleineren Parteiblätter inhaltlich besser gestaltet und finanziell gehoben werden können.

49. Genosse Schneider in Damm: Eine kleine, billige, landwirthschaftliche Zeitung herauszugeben, die leicht verständlich, den Kenntnissen der Landbevölkerung angepaßt ist, über die Verhältnisse der Landwirtschaft auch in technischer und wissenschaftlicher Hinsicht Aufklärung giebt.

50. Parteigenossen in Karlsruhe und des 9. bairischen Wahlkreises: Der bisher im Privatbesitz des Genossen Adolf Beck in Offenbach dreimal wöchentlich erscheinende „Volkshorn“ geht vom 1. April 1897 ab in den Besitz der sozialdemokratischen Partei Deutschlands über und erscheint von da ab täglich und zwar in Karlsruhe.

51. Parteigenossen in Metz: Der Parteitags wolle die Gründung eines Partei-Organes, womöglich in deutscher und französischer Sprache, für Elsaß-Lothringen beschließen. Ferner wolle der Parteitags den Parteivorstand beauftragen, geeignete Literatur in französischer Sprache für das französische Sprachgebiet Elsaß-Lothringens zu beschaffen.

52. Parteigenossen in Magdeburg: Die Parteipresse ist zu verpflichten, Inserate von Unternehmern, welche mit ihren Arbeitern in Differenzen stehen, während der Dauer dieser Differenz nicht aufzunehmen.

Agitation und Taktik.

53. Parteigenossen des 1. Hamburger Kreises: In den politisch rückständigen Gegenden ist die politische Agitation mehr zu betreiben.

54. Parteigenossen der Kreise Halberstadt-Wernigerode-Oschersleben und Calbe-Ascherleben: Der deutsche Parteitags möge den geschäftsführenden Ausschuss beauftragen, im Laufe des nächsten Jahres eine gleichmäßige Agitation im ganzen Lande und besonders unter den ländlichen Arbeitern für Abschaffung der Gewerbe-Ordnungen und sonstigen Ausnahmebestimmungen, welche die landwirthschaftlichen Arbeiter bedrücken, sowie für Gleichstellung der ländlichen Arbeiter mit den gewerblichen zu veranstalten — ähnlich wie bei der Umhurzvorlage — und hiermit gleich die schärfere Betonung der Programmforderung: „Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung“ zu verbinden.

Gleichzeitig möge der Parteitags den Wunsch aussprechen, daß die Presse den Gewerbe-Ordnungen, sowie der Handhabung derselben, sowie den aus dem heutigen Recht- und Apothekenwesen auf dem Lande hervorgehenden Mißständen mehr Beachtung widmet und mehr Werth beilegt als bisher.

55. Parteigenossen in Lauenburg: Eine Agitation zu entfalten, durch welche die Forderung „die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung unter Mitwirkung der Arbeiterklasse“ gefördert wird.

56. Parteigenossen in Barmen: Eine sofortige allgemeine Agitation einzuleiten für folgende Forderungen: 1. Verwirklichung des Punkt 4 des Parteiprogramms, 2. Durchführung des Achtstundentages, 3. durchgreifende Maßnahmen gegen die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch Hausindustrie und Schwitzsystem.

57. Dieselben Genossen: Spätestens bis zum Oktober n. J. eine sich über ganz Deutschland erstreckende Agitation zu entfalten, durch welche die Frage: „Was wollen die Sozialdemokraten und welchen Werth hat das allgemeine Wahlrecht für die Arbeiterklasse?“ propagirt wird.

58. Parteigenossen des 2. Hamburger Kreises: Ein Flugblatt, zu dessen Abfassung eventuell einige Eisenbahnarbeiter heranzuziehen wären, für die Eisenbahnarbeiter Deutschlands herauszugeben.

59. Parteigenossen in Kassel: Der Parteitags möge dahin wirken, daß die Parteigenossen mehr dazu angehalten werden, dem Beschluß des Kölner Parteitags entsprechend, in eine kräftige Agitation für die Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit geheimer Abstimmung für alle Körperschaften einzutreten.

60. Parteigenossen des Kreises Delitzsch-Bitterfeld: Der Parteitags möge Mittel und Wege finden, um Frauenorganisationen ins Leben zu rufen.

61. Parteigenossen des 6. Berliner Wahlkreises: Da in den meisten Staaten Deutschlands die Vereinigungsfrage es nicht gestattet, daß Frauen resp. Genossinnen sich aktiv an der politischen Bewegung betheiligen, so empfiehlt der Parteitags den Genossinnen, sich mehr als bisher an der gewerkschaftlichen Agitation zu betheiligen und den bestehenden Organisationen als Mitglieder beizutreten.

62. Parteigenossen in Barmen: Das Verhalten der Leipziger Genossen in der Wahlrechtsfrage nach dem Parteitags der sächsischen Genossen muß als ein Verstoß gegen die Disziplin der Partei und deshalb tadelndwerth bezeichnet werden.

63. Parteigenossen des 16. sächsischen Wahlkreises: Der Parteitags wolle den Leipziger Genossen wegen ihres Verhaltens in bezug auf die Wahlrechtsfrage und Manöverniederlegung nach der Landesversammlung das Mißfallen der Partei aussprechen.

Maisfeier.

64. Parteigenossen in Frankfurt a. M. und in Wandsbeck: In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Fest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verhinderung und dem Weltfrieden. Als würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitags macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, mehr als bisher, neben den anderen Kundgebungen, für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.

65. Parteigenossen des Kreises Niederbarnim: Diejenigen Referenten, die am 1. Mai über die Bedeutung des Tages sprechen, haben dies unentgeltlich zu thun.

66. Genosse Zink in Wiesbaden: In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889 n. J. w. macht es der Parteitags den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, den Versuch zu machen, mit der Forderung an die Unternehmer heranzutreten, am 1. Mai die Arbeitsruhe eintreten zu lassen.

67. Parteigenossen des 4. sächsischen Reichstags-Wahlkreises: Daß für die Arbeitsruhe am 1. Mai 1897 in nachdrücklicher Weise agirt und auch für dieses Jahr darauf hingewiesen wird, daß alle, die in der Lage sind den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen, dies durchzuführen.

68. Parteigenossen in Striegau: Die Reichstags-Fraktion hat einen Antrag einzubringen, der die Herabsetzung der Altersgrenze bei der Alters- und Invaliden-Versicherung...

69. Parteigenossen in Sangerhausen: Die Reichstags-Fraktion zu beauftragen, bei Verhandlung der Alters- und Invaliditätsversicherungs-Novelle zu beantragen, daß die Altersgrenze bei der Altersrente auf 60 Jahre herabgesetzt werde...

70. Parteigenossen in Krefeld: Die Fraktion hat im Reichstag zu beantragen: Es besteht keinerlei Kündigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, gleichviel welcher Branche.

71. Parteigenossen des Kreises Juch • Selzig • Luckenwalde • Jüterbog: Die Reichstagsfraktion soll dahin wirken, daß die Bundesrats-Vorordnung vom 1. Januar 1904...

72. Parteigenossen in Elberfeld: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages wird beauftragt, alljährlich einen Antrag auf Einführung des Achtstundentages...

Resolutionen.

73. Parteigenossen des 5. und 6. sächsischen Reichstags-Wahlkreises: Die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage wird beauftragt, aus ihrer Mitte einen ständigen Ausschuss für Arbeiterschutz-Gesetzgebung zu wählen.

74. Parteigenossen des Wahlkreises Merseburg-Duerfurt: Meinungsverschiedenheiten der Genossen untereinander, die in der Presse zum Ausdruck kommen...

75. Genosse Steinig in Solingen: Der Gothaer Parteitag erkennt den Beschluß des sozialistischen Kongresses in London in betreff der Festsetzung des schulpflichtigen Alters...

76. Von dem Genossen Bekold in Breslau: Allen Parteigenossen, denen die freirechtliche Erziehung der Jugend am Herzen liegt, wird empfohlen, die hierzu erforderlichen und gesetzlich erlaubten Schritte...

77. Parteigenossen des Kreises Delitzsch • Bitterfeld. Der Reichstag des Delitzsch-Bitterfelder Wahlkreises, welcher am 18. September in Delitzsch stattfand...

78. Parteigenossen in Karlsruhe, Riel und des vierten sächsischen Reichstags-Wahlkreises: In Erwägung, daß eine Einführung des gesetzlichen Achtstundentages nicht nur für die im Handelsgewerbe Angestellten...

79. Parteigenossen des 5. und 6. sächsischen Reichstags-Wahlkreises:

Der industrielle Aufschwung, der jetzt in der Steigerung der industriellen Produktion und der raschen Erweiterung der Produktion durch neue Gründungen zum Ausdruck kommt...

Der Parteitag hält den Zeitpunkt für geeignet, um eine allgemeine Agitation für den gesetzlichen achtstündigen Normalarbeitsstag zu eröffnen.

Die Erringung des Achtstundentages ist unentbehrlich, ohne gleichzeitiges Zusammenwirken der Gewerkschaften und der politischen Arbeiterpartei.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird beauftragt, einen Gesetzesentwurf bezüglich Einführung des Achtstundentages

möglichst schon zu Beginn der Winter Session im Reichstage einzubringen. Zugleich sollen besondere Anträge gestellt werden um Einführung des Achtstundentages in der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung...

Es soll mit aller Energie die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter der Gemeinde- und Staatsbetriebe erstrebt werden. Es ist zugleich, um den gesetzgeberischen Vorschlägen Nachdruck zu verschaffen, eine planmäßige Propaganda durch öffentliche Versammlungen...

Im Falle der Auflösung des Reichstages soll der gesetzliche achtstündige Normal-Arbeitsstag zur Lösung für die kommenden Reichstags-Wahlen gemacht werden. Der Parteitag empfiehlt, bei allen Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern die Reduktion der Arbeitszeit...

Der Parteitag empfiehlt, bei allen Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern die Reduktion der Arbeitszeit besonders zu berücksichtigen und sie bei allen Streiks unter die Arbeiterforderungen mit aufzunehmen.

Der Parteitag empfiehlt, bei allen Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern die Reduktion der Arbeitszeit besonders zu berücksichtigen und sie bei allen Streiks unter die Arbeiterforderungen mit aufzunehmen.

Sechste Generalversammlung des Vereins deutscher Schuhmacher.

Die Debatte über den Bericht des Vorstandes und des Ausschusses (siehe Freitagnummer des 'Vorwärts') endete mit dem Beschluß, beiden Instanzen Dedoche zu erteilen. Es folgte der Punkt Statutenänderung. In der Generaldiskussion erhebt zunächst Simon-Offenbach das Wort.

Zentisch • Chemnitz hält die Erhebung eines Extra-Beitrags über die Erhöhung des ordentlichen Beitrags, von denen eines oder das andere bei der Einführung des Fachblatt-Obligatoriums nötig ist, für bedenklich.

Rölle • Hamburg erörtert das für und wider der obligatorischen Einführung des Fachblattes und erinnert dabei an die Erfahrungen, die mit der vor zwei Jahren beschlossenen Erhöhung des Beitrages um 5 Pf. gemacht worden sind.

Beschlossen wird schließlich, die Mitglieder durch Urabstimmung über die obligatorische Einführung des Fachblattes beizeiten darüber entscheiden zu lassen, daß für diesen Zweck jedes Vierteljahr ein Extra-Beitrag von 30 Pf. erhoben wird.

Weiter erklärte sich die Generalversammlung im Prinzip für die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung. Vor der Einführung durch den Verband ist jedoch für diesmal noch Abstand genommen...

Nach lebhafter Debatte beschloß man, das Verhältnis zur Generalkommission aufzulösen.

Zu Beziehung auf die Agitation empfahl die Generalversammlung die Errichtung von provinzialen Agitations-Kommissionen.

Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Nachdem noch Mainz zum Ort der nächsten Generalversammlung bestimmt war, wurde die Generalversammlung geschlossen.

Die dritte Versammlung der sozialdemokratischen Frauen.

Die Versammlung wurde am Sonntag Vormittag wieder in der Brauerei Friedrichshain statt. Geplant waren ursprünglich nur zwei Versammlungen, in denen der von den bürgerlichen Frauenkongressen abweichende Standpunkt der proletarischen Frauen vertreten werden sollte...

Das Bureau wurde von den Genossinnen Köhlrad, Hoffmann und Gerndt gebildet. Den Vortrag über den ersten Punkt der Tagesordnung,

„Der gesetzliche Schutz der Arbeiterinnen“,

hielt Fräulein Ottilie Waader. Sie wies darauf hin, daß sich die Damen des internationalen Kongresses vielfach mit sehr unbedenklichen Punkten, aber nicht mit solchen beschäftigt haben, die auf das Leben der großen Mehrheit der Frauen von größtem Einfluß sind.

Der Parteitag hält den Zeitpunkt für geeignet, um eine allgemeine Agitation für den gesetzlichen achtstündigen Normalarbeitsstag zu eröffnen. Die Erringung des Achtstundentages ist unentbehrlich, ohne gleichzeitiges Zusammenwirken der Gewerkschaften und der politischen Arbeiterpartei.

für Frauen ganz verboten oder die Arbeitszeit sehr bedeutend eingeschränkt werden. Wir verlangen für alle weiblichen Arbeiter mindestens den Achtstundentag, Schutz der weiblichen Jugend. Die Schulpflicht soll erst mit dem 16. Jahre enden; von 16 bis 18 Jahren soll nur eine beschränkte Zahl von Stunden gearbeitet werden.

Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die Sittlichkeitsfrage“ hielt Frau Clara Petkin mit bekannter Beredung einen ausgezeichneten Vortrag.

Auf dem bürgerlichen Frauenkongress wurde gedauert, die wirtschaftliche Selbstständigkeit der Frau sei das beste Mittel, der Prostitution entgegenzuwirken.

Die Prostitution ist heute eine ökonomische, eine Frage. Durch die wirtschaftlichen Verhältnisse wird eine Nachfrage nach Prostituirten geschaffen. Das Großkapital zerschmettert heute tausende von Existenzen.

Oben so wird auch das Angebot an Prostituirten durch wirtschaftliche Verhältnisse erzeugt. Bereits vor bald zehn Jahren wurde im Reichstag konstatiert, daß tausende von Mädchen sich prostituieren müssen, um leben zu können.

Auf dem Kongress wurde gesagt, auch die bessere Erziehung der Mädchen könne der Unsitlichkeit entgegenwirken.

Die Damen der Bourgeoisie können sich auf diese Weise aus der Klemme ziehen, während die Proletarin im gleichen Maße in die Prostitution gestossen wird.

Die Arbeiterinnen gehen sowohl die Bestrebungen des Frauenkongresses, die Unsitlichkeit durch gesetzliches Verbot und durch Petitionen an den Kaiser aus der Welt zu schaffen.

Für die Diskussion wird den bürgerlichen Frauen das Vorrecht eingeräumt, es meldet sich jedoch keine zum Wort. Ein Herr Goltzger, der den anwesenden Herren und Damen aus einem unbekanntem Grunde mittheilt...

Nach dem Bericht hätte ich mich über Anschauungen der Frau Gnaud-Rühne geäußert, die ihr unbedingt zu einer in der Sonntagsnummer des 'Vorwärts' abgedruckten Zuschrift veranlassen geben mußten. Ich habe aber nur Frau G.N. als

der in Nr. 225 des 'Vorwärts' enthaltene Bericht über mein Referat 'Die Lage der Arbeiterinnen' enthält einen, vielleicht durch ein Mißverständnis hervorgerufenen, Irrthum.

Ich habe aber nur Frau G.N. als

der in Nr. 225 des 'Vorwärts' enthaltene Bericht über mein Referat 'Die Lage der Arbeiterinnen' enthält einen, vielleicht durch ein Mißverständnis hervorgerufenen, Irrthum.

Ich habe aber nur Frau G.N. als

der in Nr. 225 des 'Vorwärts' enthaltene Bericht über mein Referat 'Die Lage der Arbeiterinnen' enthält einen, vielleicht durch ein Mißverständnis hervorgerufenen, Irrthum.

Ich habe aber nur Frau G.N. als

der in Nr. 225 des 'Vorwärts' enthaltene Bericht über mein Referat 'Die Lage der Arbeiterinnen' enthält einen, vielleicht durch ein Mißverständnis hervorgerufenen, Irrthum.

Ich habe aber nur Frau G.N. als

der in Nr. 225 des 'Vorwärts' enthaltene Bericht über mein Referat 'Die Lage der Arbeiterinnen' enthält einen, vielleicht durch ein Mißverständnis hervorgerufenen, Irrthum.

Ich habe aber nur Frau G.N. als

der in Nr. 225 des 'Vorwärts' enthaltene Bericht über mein Referat 'Die Lage der Arbeiterinnen' enthält einen, vielleicht durch ein Mißverständnis hervorgerufenen, Irrthum.

Ich habe aber nur Frau G.N. als

der in Nr. 225 des 'Vorwärts' enthaltene Bericht über mein Referat 'Die Lage der Arbeiterinnen' enthält einen, vielleicht durch ein Mißverständnis hervorgerufenen, Irrthum.

Ich habe aber nur Frau G.N. als

der in Nr. 225 des 'Vorwärts' enthaltene Bericht über mein Referat 'Die Lage der Arbeiterinnen' enthält einen, vielleicht durch ein Mißverständnis hervorgerufenen, Irrthum.

Ich habe aber nur Frau G.N. als

der in Nr. 225 des 'Vorwärts' enthaltene Bericht über mein Referat 'Die Lage der Arbeiterinnen' enthält einen, vielleicht durch ein Mißverständnis hervorgerufenen, Irrthum.

Ich habe aber nur Frau G.N. als

Zengin dafür zitiert, daß unsere Behauptungen über die Lage der Arbeiterinnen keine übertriebenen sind. Das, worüber Frau G. R. berichtet, sagte ich im allgemeinen von den bürgerlichen Frauen.  
Marie Greisenberg.

## Soziale Rechtspflege.

Einen interessanten Rechtsstreit erlebte dieser Tage das Reichs-Versicherungsamt. Die Pächter der Münchener Salvator-Bräuerei hat ein Dach aus Wellblech, das von den Brauwerkstätten, wie in Bayern die Brauereigebäude genannt werden, öfter als Erholungshütte benutzt wurde. Als der Brauer Schabel am 10. Mai 1908 in der Mittagspause das Dach ebenfalls aus einem der darüber liegenden Fenster wie üblich betrat, brach er durch und Schabel stürzte mit einem Stück Wellblech in die Tiefe. Auf dem granitnen Boden des Pichtraums zerschmetterte er sich den einen Arm, außerdem trug er noch andere Verletzungen davon. Sein Anspruch auf Unfallrente wurde von der Brauerei- und Mälzerei-Vereins-Gesellschaft nicht anerkannt und auch das Schiedsgericht wies ihn ab. Das Reichs-Versicherungsamt, welches sich dann mit der Sache zu befassen hatte, veranstaltete eine umfangreiche Beweis-erhebung. Die Direktion der Brauerei gab dem Amte die Auskunft, daß ihr von dem „Unfall“ der Benutzung des Daches nichts bekannt gewesen sei und daß sie diese im anderen Falle entschieden verboten haben würde, wie es auch einem Dienstmädchen unterzagt worden sei, auf dem Dache Setzen zu sonnen. Das Dach hätte nur den Zweck, die darunter befindlichen Kräfte und Maschinen und die an diesen beschäftigten Arbeiter vor den Unbilden der Witterung zu schützen. Einige Brauer bestreiten, daß sie sich häufig in den Pausen auf das Dach gesetzt hätten, während der Braumeister auslegte, es habe darauf niemand etwas zu thun gehabt. Das Urtheil des Rekursgerichts lautete auf Abweisung und wurde folgendermaßen begründet: Wenn ein Arbeiter ein ungefähres Dach, das sich außerdem auch wegen seines schrägen Abfalles zum Aufenthalt von Menschen nicht eignet und das seinen Zugang hat, dennoch durch ein Fenster besteigt, dann müsse man annehmen, daß er sich außerhalb des Betriebes gesetzt habe. In gunsten des Klägers hätte indessen in betracht kommen können, wenn die Benutzung des Daches erlaubt gewesen oder doch geduldet worden wäre. Die Beweis-erhebung habe jedoch dies nicht ergeben. Die beklagte Berufs-gesellschaft sei deshalb nicht verpflichtet, dem Kläger eine Rente zu gewähren.

Der im großen und ganzen legendären Prager des Gewerbegerichts hielten hier und da noch allerlei Schladen an, zumal Auslässe des juristischen Drills der Vorsitzenden. Dazu ist z. B. die Übung zu zählen, ein kurz nach Be-er-undigung eines Arbeitsverhältnisses von denselben Personen geschlossenes neu es Arbeitsverhältnis als Fortsetzung des ersteren zu betrachten und darauf alle früher verabredeten Engagement-bedingungen, wozu ja auch die Bedingungen der Lösung der gegenseitigen Beziehungen gehören, mit einem juristischen Sprunge zu übertragen. Auch die Kammer IV hat hierin in der Klagesache des Drechslers F. gegen den Meister Geißler neuerdings festgehalten. Der Kläger verlangte eine Lohn-entschädigung für 14 Tage, wogegen der Beklagte geltend machte, die gesetzliche Kündigungsfrist sei ausgenutzt worden. Im Laufe der Verhandlung wurde dann festgestellt, daß der Kläger zweimal bei Geißler in Arbeit gestanden hatte, das eine im ersten Engagement die Kündigung ausgenutzt worden war und das zwischen beiden Arbeitsverhältnissen neun Tage lagen. Trotz dieses Tatbestandes und obwohl das erste Arbeitsverhältnis durch ausdrückliche Entlassung des Klägers beendet worden war, sah der Gerichtshof in dem zweiten Arbeitsverhältnis eine Fortsetzung des ersten und wies die Klage mit der Begründung ab, daß der vormalige Kündigungs-ausschluß in kraft geblieben sei. — In es schon verfehlt, überhaupt ein in sich abgeschlossenes Vertragsverhältnis als Fortsetzung eines anderen, gleichfalls scharf begrenzt zu betrachten, so ist es dieses aber noch weit mehr, wenn die Zwischenzeit so groß ist, wie im vorliegenden Falle.

## Versammlungen.

Ueber die Innungs- und Handwerker-Vorlage hielt Genosse Schippel am Sonntag in einer Volksversammlung des ersten Wahlkreises einen interessanten, mit Beifall auf-genommenen Vortrag. Noch in den sechziger Jahren — so sagte der Redner — bewegte sich die Handwerker-Agitation in freisitt-lichen Bahnen und war auf die Erlangung der vollen Gewerbe-freiheit gerichtet, worauf dann die Einführung einer diesem Ver-langen entsprechenden Gewerbe-Ordnung im Norddeutschen Bunde erfolgte. Gleichzeitig entwickelte sich aber in Deutschland der kapitalistische Großbetrieb mehr und mehr, die Kleinbetriebe schmolzen zusammen und die Lage der Handwerker wurde infolge der Konkurrenz des Großbetriebes eine sehr bedrückte. Die Handwerker, welche wohl merkten, daß es ihnen schlecht ging, erkannten jedoch nicht den Kapitalismus als ihren Feind, sondern strebten vielmehr nach Wiedereinführung der alten Zunftverfassung, in der Hoffnung, mit ihr auch die guten Zeiten des Handwerks wieder ausleben zu sehen. Dieser reaktionäre Zug der Handwerkerbewegung wurde vom Fürsten Bismarck dazu benutzt, die Handwerker für die konservative Partei einzufangen und sie als Werk-zeuge bei der Durchführung seiner reaktionären Politik zu be-nutzen. Hätte er die Wünsche der Zünftler voll befriedigt, dann würden diese bald zu der Einsicht gekommen sein, daß auch die schönste Zunftordnung mit Zwangsbannung und Befähigungs-nachweis sie nicht vor der übermächtigen Konkurrenz des Großbetriebes schützen könne. Daher wurden die Mittel, die dem darniederliegenden Handwerk helfen sollten, demselben nach und nach verweigert; die Arznei wurde dem kranken Manne theilweise eingegeben, um ihn bei guter Laune zu erhalten. Auf diese Weise konnte man die Zünftler, wenn sich das eine Mittel als unwirksam erwies, auf das nächste vertrusten und sie in der Hoffnung auf endliche Erfüllung ihrer Wünsche im Lager der Regierungspartei halten. So wurden denn in den Jahren 1881—87 die verschiedenen Abänderungen der Gewerbe-Ordnung im Sinne der Handwerkerbestrebungen ge-geben, wodurch man die Zünftler sechs Jahre lang hinhielt. Endlich mußten aber doch, um die Geduld der Handwerker nicht zu erschöpfen, auch ihre weitergehenden Wünsche befriedigt werden, und so brachte denn Herr v. Büttcher, nachdem die große Handwerker-konferenz 1891 und der Kongress der Zünftler 1892 getagt hatte, seinen Entwurf, betreffend Handwerkerkammern ein. Da in diesen Kammern nicht nur die organisierten, sondern auch die außerhalb der Innungen lebenden Handwerker vertreten sein sollten, so fürchteten die Zünftler wohl mit recht, daß sie hier in der Minorität bleiben würden, und der Entwurf kam daher nicht zur Annahme. Die gegenwärtige Vorlage erfüllt ja nun einen lange gehegten Wunsch der Zünftler, indem sie die Zwangs-innang einführt, der jeder Handwerker, welcher ein von den angeführten 80 Gewerben betreibt, angehören muß. Es wird darin offen eingestanden, daß den bisherigen freiwilligen Innungen nur ein Scheitler der Handwerker angehören, und daß daher auf dem Boden der Freiwilligkeit ein Aufblühen des Innungswesens nicht zu erwarten ist. Der Redner behandelte eingehend die einzelnen Bestimmungen der Vorlage und er-läuterte deren Bedeutung. Es lasse sich nicht verkennen, daß der Entwurf seine Spitze gegen die Arbeiterbewegung richtete. Die Einrichtung der Gewerbegerichte, die wir endlich nach langen Bemühungen erreicht haben, werde durchbrochen und die gewerbliche Rechtspflege ihres einheitslichen Charakters entleert, indem sie zum Theil in die Hände der Innungs-Schieds-gerichte gelegt werde. Man enthalte ja die Vorlage auch einige liberal erscheinende Bestimmungen; sie räumt den Gesellen das

Recht ein, in gewisser Weise in der Innung mitzureden. Die Vertretung der Gesellen sei jedoch in einer Weise festgesetzt, welche den Meistern in allen Fällen die Mehrheit und damit die Macht sichert, auch sei es ja bekannt, daß man Gesellen, die sich etwa durch Opposition in den Innungs-Versammlungen mißliebiger machen würden, durch Entlassung unschädlich zu machen pflege. Was den Gesellen zugehandelt werde, sei nur ein Scheinrecht, daher habe die Vorlage für die Arbeiter gar keinen Werth. Aber auch den Handwerkern werde sie nichts nützen, selbst wenn ihnen außer den Zwangsbannungen auch noch der Befähigungsnachweis zugehandelt werde. Im günstigsten Falle könnten einige größere Meister Vortheil von solchen Einrichtungen haben, wogegen die kleinen dem Konkurrenzdruck der kapitalistischen Betriebe rettungslos erliegen müßten. Diese hätten also nicht in einer Zunftorganisation, sondern nur im Anschluß an die Sozialdemokratie ihr Heil zu suchen, welche danach strebt, daß aller Segen der Arbeit auch den Arbeitenden zu Theil werde. Den Handwerkern müsse man also rathe: nicht Anschlag an die reaktionären Zunftbestrebungen, sondern Fortschritt zum Sozialismus.

In der Debatte nahmen die Genossen Klamma und Knoll das Wort. Sie schilderten einzelne Vorgänge, die sie als Mitglieder des Gesellenausschusses in der Bäder- resp. Steinförder-Innung erlebt haben, und kamen zu dem Schluß, daß die Gesellenvertretung in den Innungen nur ein Schein-recht sei.

Stellungnahme zu dem Streik der Buchbinder lautete das Thema, mit dem sich am Sonntag Vormittag eine öffentliche Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Karton-Branche in Keller's Saal, Koppenstraße 29, beschäftigte. Einleitend bedauerte Joß den schwachen Besuch der Versammlung, welches den Ansehens erweide, als sei in den Reihen der Kartondarbeiter wenig Interesse für die Bewegung der Buchbinder vorhanden. Alsdann schilderte Redner die Erfolge der Buchbinder und Lederarbeiter, daraus den Schluß ziehend, daß durch gemeinsames, planmäßiges Handeln gleichfalls ein Sieg der Kartondarbeiter als gesichert erscheine. Nur sei Vorbedingung der feste Zusammenschluß in der Organisation. Man habe geglaubt, die Angehörigen in der Kartondbranche würden aus eigener Initiative die augenblicklich günstige Konjunktur für sich auszunutzen suchen, jedoch scheint die Ent-muthigung über den vor sechs Jahren verlorenen Streik immer noch die Oberhand zu haben. Dies sei tief bedauerlich. Redner beleuchtet nun an der Hand statistischen Materials die Lage der Arbeiterinnen in der Kartondbranche bei den einzelnen Punkten, als Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Arbeitszeit, sanitäre und sittliche Zustände in den Betrieben etc. Des längeren verweilt. Energetisch fordert er die Anwesenden auf, endlich sich zu ermannen und das Beispiel der Buchbinder und Lederarbeiter nachzuahmen. (Beifall.) In der Diskussion be-merkt Greisenberg, daß in mehr denn 90 Prozent der Kartondfabriken die vorgeschriebenen Pausen nicht inne gehalten werden, ebenso wenig Achtung schenke man den Arbeitsordnungen. So arbeiten Arbeiterinnen z. B. im Betriebe von Erdmann, Wehrstraße, von morgens 6 bis 8 Uhr abends, und trotz der langen Arbeitszeit werden Pausen nicht regelrecht als solche gehalten. Daß in der Kartondbranche sehr leicht etwas zu erreichen ist, dafür zeuge, daß durch eine einzige Werkstättensammlung die Firma Jacobson sich gemüßigt fühlte, von selbst die Löhne zu erhöhen. Man möge weiter bedenken, daß Kartondarbeiterinnen augenblicklich in allen Zeitungen gesucht werden, jeder Vorstoß der Kartondbranchen müsse manbleiblich mit dem Siege derselben enden. Er ersucht schließlich, überall Werkstätten-Delegierte zu ernennen. Im Sinne der Vorredner äußern sich gleichfalls mehrere Arbeiterinnen und wurde gesagt, daß man bereits versuche, an den Maschinen ungelernete Arbeiterinnen unter 16 Jahren zu beschäftigen. Nach einem-kernigen Schlusswort Joß's unterzieht Greisenberg das Zweite der Unternehmers einer längeren Betrachtung, wonach die gesetzlichen Bestimmungen für die Beschäftigung ihrer Arbeiterinnen stets umgangen werden. Er hält dafür, daß die Kontrolle der Betriebe durch nichtunformierte Beamte vorzunehmen sei. So arbeite bei Jacobson ein Mädchen unter 16 Jahren an einer Maschine selbst auch die Pausen hindurch, und trotzdem finden Besätze und Fabrikinspektor alles in bester Ordnung; sie werden einfach dazippt, da der Portier jeden, der nach dem Betriebe sich zu begeben wünscht, nach dem Komptoir verweist. Solches treffe für viele andere Fabriken gleichfalls zu. Nachdem man von verschiedenen Seiten erwidert hatte, die Zeichnungen auf den zukünftigen-ten Bisten der Buchbinder recht rege vorzunehmen und auf die Diensttagerversammlung der Buchbinder aufmerksam gemacht war, trat Schluß der Versammlung ein, die sich während der Debatte noch verhältnismäßig gut gefüllt hatte.

In einer öffentlichen Versammlung der Brauer und Büttcher am Sonntag Nachmittag referierte Genosse Wagner über „Religion in der Volksschule“. Eine Diskussion fand wegen der vorgeführten Zeit und der reichhaltigen Tagesordnung nicht statt. Giermann erstattete hierauf den Kassensbericht der Agitationskommission vom 2. Februar bis 27. September ds. J. Der frühere Bestand betrug 25 M., die Einnahmen ins-gesamt 692,26 M.; die Ausgaben 588 M., so daß ein Bestand von 104,26 M. verbleibt. Redner bedauert hierbei, daß leider immer noch nicht sämtliche Sammellisten vom verfloffenen Listen trotz aller Mahnung nicht eingegeben sollten, müsse man einfach die Namen der Inhaber veröffentlicht und daß weitere veranlassen. Neumann wünscht, daß zur Prüfung des Kassensberichts Revisoren gewählt werden mögen, während Giermann der Ansicht ist, daß man die Prüfung ruhig der neuen Agitationskommission überlassen könne. Neumann erstattet nunmehr, bevor die Neuwahl stattfindet, Bericht über die Thätigkeit der Agitationskommission, die leider nicht allen Wünschen gerecht werden konnte, weil eine Zerstückelung der Kräfte durch das Ausschneiden der Hilfsarbeiter, die sich auf eigene Füße stellen wollten, eintrat. Jedemfalls sei dies zu bedauern, da den Ringbrauereien gegenüber ein geschlossenes und einheitliches Vorgehen aller in Frage kommenden Arbeiter notwendig sei. Es sei demnach mit Be-stimmtheit zu erwarten, daß die Hilfsarbeiter, wenn alle Miß-verständnisse aufgelöst und Mißbilligkeiten beseitigt, sich mit den Brauereien wieder zu gemeinsamer Arbeit vereinigen und an der Agitationskommission theilnehmen werden, denn hätte man von Anfang an eine Aufklärung gegeben, dann wären die Hilfs-arbeiter nicht ausgeschieden. Jetzt werde man unbedingt darauf sehen müssen, den Hilfsarbeitern die Theilnahme an der Kom-mission zu sichern. Auch die Brauer und Büttcher müßten in Zukunft wieder geschlossen zusammen gehen, da es vornehmlich sehr viel Arbeit geben würde. Denn es sei notwendig ge-worden, daß man dem ganzen Verhalten der Ringbrauereien gegenüber namentlich in bezug auf den Arbeitsnachweis eine andere Taktik einschlägt als bisher, daß der Arbeitsnachweis nicht bloß auf dem Papier, sondern auch in Wirklichkeit bestiehe. Damit werde man nicht nur eine Anzahl Mißstände beseitigen, sondern der ganzen Brauer- und Büttcherbewegung wieder einen kräftigen Impuls geben zum ferneren Vorgehen. Da auch die Organisation seit dem Boykott zurückging, glaubte das Kuratorium der Ringbrauereien, den Arbeitsnachweis zu umgehen, um nicht nur Lohndrückerien vorzunehmen, sondern namentlich von auswärts kommende unorganisierte Arbeiter ein-zustellen. In einigen Fällen aber seien auf Veranlassung der Brauer die betreffenden wieder entlassen, bezw. zum Ein-tritt in die Organisation veranlaßt worden. Es werde in Zukunft überhaupt notwendig werden, mit dem Kuratorium ein ernstes Wort zu reden, worüber die heutige Versammlung einen Beschluß herbeiführen möge. Steiner begründet hierauf sein und Schüler's Ausscheiden aus der Kommission durch

die Haltung der Hilfsarbeiter, die sich von den Brauereien zurück-gesetzt fühlten, nur in dem Sinne habe er auch die von den Hilfsarbeitern vorgenommene Wahl einer Ausgleichskommission gebilligt. Schapper sucht den Austritt der Hilfsarbeiter aus der Kommission damit zu rechtfertigen, daß dieselben von den Brauereien sich vernachlässigt fühlten, trotzdem aber nicht gewillt waren, gegen die Brauer aufzutreten. Neumann hält die Ursachen des Austritts nicht für gerechtfertigt, da die Hilfsarbeiter, auf sich allein gefüßt, nichts ausdrücken können. Daß die Vorkommnisse im Münchener Brauhäuser daran schuld seien, hält Röpler nicht für zutreffend. Ueber das Verhalten der Hilfsarbeiter entspringt sich nun eine längere und lebhafteste Diskussion, an der sich abwechselnd Tröger, Giermann, Klappschuß, Wiedemann, Preuß, Neumann und eine Anzahl anderer beteiligten. Ein Antrag Klappschuß (Büttcher), zunächst besondere Versammlungen der Brauer, Büttcher und Hilfsarbeiter einzuberufen, um Vorschläge zur Wahl für die Agitationskommission zu machen, wurde nach längerer Diskussion abgelehnt und die Wahl der neuen Kommission aus sechs Mitgliedern bestehend, sofort vollzogen. Gewählt wurde von den Büttchern Neumann, Gildinger, Eckert; von den Brauereyen Gendorfer, Holz und Richter. Als Revisionskommission: Godyapp, O. Wolf und G. Wolf. Als Delegierte zur Gewerkschaftskommission wird Preuß gewählt. Auf Anregung durch Giermann wird hierauf folgende von Krieg gestellte Resolution gegen zwei Stimmen angenommen: „Die Versammlung beauftragt das Bureau der Versammlung, sich mit dem Kuratorium des Arbeits-nachweises der Ringbrauereien in Verbindung zu setzen und dasselbe zu ersuchen, in kurzer Zeit und zwar an einem Son-n-tag eine Versammlung einzuberufen und in dieser Versammlung Bericht über die während der letzten 2 Jahre erfolgten Thätig-keit des Kuratoriums zu erstatten.“ Nach Erledigung einer Reihe von persönlichen Bemerkungen wurden die ziemlich leb-haftesten Verhandlungen geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung der Glaser, die am Son-n-tag in den Arminshallen tagte, beschäftigte sich mit dem bisherigen Verlauf der Lohnbewegung. Nach den Ausführungen von Starke sind die Forderungen bis zur Zeit in 82 Werkstätten mit 160 Kollegen vollständig, in 8 Werkstätten mit ca. 70 Kol-legen theilweise bewilligt worden. Der Redner bezeichnet diesen Erfolg als einen glänzenden, um so mehr, als es die maßgebenden Werkstätten der Branche sind, in welchen unter den neuen Bedingungen gearbeitet wird. Durch den partiellen Streik soll versucht werden, auch in denjenigen Werkstätten, die sich bis jetzt ablehnend verhalten haben, die Forderungen durchzubringen. In mehreren Werkstätten haben sich die Kollegen entschlossen, nachträglich die Forderungen zu stellen. Von verschiedenen Rednern, von denen eine Anzahl Werkstätten namhaft gemacht wurden, in welchen die Forderungen noch nicht bewilligt sind, mitunter noch gar nicht gestellt worden waren, wurde die Freiheit und Gleichzeitigkeit, wozu die schwache Beteiligung an den Werkstätten-Konferenzen zeugt, eines Theils der Kollegen scharf gerügt. Ueber die Firma Wahlu. Sohn, die jetzt die Forderungen bewilligt hat, wurde die Sperre aufgehoben. Der Streikkommission wurde anheim gegeben, denjenigen Arbeitgebern, welche bisher noch nicht be-willigt haben, die Forderungen noch einmal schriftlich zu unter-breiten und bei Nichtbewilligung bis nach der verfloffenen Be-denktzeit über dieselben die Sperre zu verhängen. Gleich-falls soll auch weiterhin die Kommission die Verbindung mit den Kollegen in den einzelnen Werkstätten aufrecht er-halten und Werkstätten-Konferenzen einberufen. Gewünscht wurde, daß der Kommission die Berichte über das Resultat der Verhandlungen prägriser als bisher zugefandt werden, um stets von den Verbältnissen unterrichtet zu sein. Beschlossen wurde ferner, zur Feier des errungenen Neunhundertages ein Vergnügen am 28. November in den Arminshallen abzuhalten. Nachdem Schulz und Hochow in längeren Ausführungen zum Anschluß an den Zentralverband aufgefordert hatten, er-folgte der Schluß der Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Die Lithographische-Einstreifer waren in mäßiger Zahl am Sonntag Vormittag in Biele's Lokal in der Grenadierstr. 33 versammelt, um, wie der Einberufener Nofe erklärte, unter sich Klärung zu schaffen, wie sich die Branchenangehörigen zu einer Lohnbewegung stellen würden. Seinem Referat fandte er voraus, daß diese Versammlung auf speziellen Wunsch einer ganzen Reihe engerer Berufskollegen stattfände; er jedoch zu seinem Bedauern vergessen habe, vorerst mit dem Vertrauensmann darüber Ab-sprache zu nehmen. Definitive Beschlüsse seien in der Versamm-lung indessen nicht zu fassen. Wichtig sei, daß in Betrieben, wo Drucker und Lithographen ihre Forderungen bewilligt er-hielten, sie sich auch mit den Schleifern solidarisch zu erklären hätten, bis deren Forderungen ebenfalls bewilligt seien. Analog dem Steigen der Löhne der Lithographen und Drucker müßten die Löhne der Schleifer sich ebenfalls steigern, im Minimum zu der Höhe, die ein menschliches Dasein einer Familie ermöglicht. Mit dem maschinellen Fortschritt würden gerade an die physischen Leistungen der Schleifer stetig größere An-sprüche gestellt, dadurch, daß sie mit immer größeren Steinen zu hantieren hätten. Begreiflich sei, daß die Drucker als gelernte Arbeiter die schwerere physische Arbeit von sich weisen, doch geschähe dieses auf Kosten der ungelerten Ar-beiter; andererseits lehrten Erfahrungen, daß viele Drucker sehr wenig Solidarität bewiesen, in Fällen, wo sie die Schleifer bei ihren Forderungen unterstützen müßten, weshalb ein gewisser Mißmuth und äußerst mangelhafte Theilnahme an den Samm-lungen zum Kampfzweck Platz gegriffen hätten. Neufert noth-wendig sei aber eine recht eifrige Theilnahme an den Samm-lungen und an der Agitation zu der bevorstehenden Lohn-bewegung; hierzu seien vor allen Dingen schnelle Werk-stättensprechungen erforderlich, deren Resultate dem Ver-trauensmann sofort mitzutheilen seien. Hauptsächlich sei das Erscheinen aller Branchenangehörigen in den nächsten öffentlichen Versammlungen ungesäumte Pflicht derselben. In der nun folgenden recht regen Diskussion wurden theils die Aus-führungen Nofe's ergänzt, allgemein wurde eine Lohnaufbesserung als dringend notwendig befunden. Falls werden angeführt, in denen Schleifern bis zu 12 M., aber auch Steindruckern bis zu 14 M. herab geholt werden. Die Minimalgrenze wurde verschiedentlich verlangt, und zwar in der Höhe von 21 M., 18 M. und 22,50 M. Auch wurde behauptet, daß die geforderten Minimalhöhen von den Unternehmern schlangweg als Normalhöhe betrachtet würden, und es vorgekommen sei, daß bei solcher, ob wissentlich oder unwissentlich, verkehrten An-schauung jede Lohnaufbesserung abgelehnt wurde, mit dem Hin-weis, daß die Gewerkschaft ja den Lohn festsetzt habe. Nach längerer Debatte war das einstimmige Ergebniß der Verhand-lungen folgendes: „Die Versammlung ist mit den Ausführungen des Referenten einverstanden betrefend Festsetzung eines Minimal-lohnes, überläßt jedoch alle weiteren Schritte wegen Einleitung der Bewegung hierzu der bestehenden Organisation.“

Berichtigung. Im Arbeiterberichtsbericht des Vereins der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen ist eine Erklärung von mir mit bezug auf die Buchbinderbewegung nicht genau wieder-gegeben. Der Sachverhalt war folgender: Ein Mitglied der Firma Wittauer und Weyen stellte die Anfrage, ob es wahr sei, daß ich die Lithographen und Steindruckern dieser Firma, in einer Kartellbesitzung dem Vertrauensmann der Buchbinder gegenüber, verpflichtet habe, mit den Buchbindern gesa, insam in eine Lohn-bewegung einzutreten. Diese Anfrage wurde von mir ver-neint. Eine bejahende Antwort konnte nicht gegeben werden, weil eine solche Sache zunächst Angelegenheit der Kollegen selbst und in zweiter Linie Sache der Zentralverwaltung ist. Otto Güllner.

**Sozialdemokratischer Verein für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis. General-Versammlung**

am Dienstag, den 29. September, abends 1/2 Uhr, bei Herrn Martens, Friedrichstr. 236.  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Bericht des provisorischen Vorstandes.  
 2. Bericht des Kassiers.  
 3. Wahl des Vorstandes und der Revisoren.  
 4. Vereinsangelegenheiten event. Anträge.  
 5. Vortrag des Genossen G. Antrich über: Was lehrt uns der Prozeß Gluke und Genossen.  
 Die Mitglieder werden ersucht zahlreich zu erscheinen.  
**Der Vorstand.**

**Achtung! Achtung!**

**Gasanstalts- und Kohlenarbeiter. Große öffentliche Versammlung.**

Dienstag, 29. Sept., abends 8 1/2 Uhr, in Meyer's Festsälen, Müllerstr. 7.  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Wie stellen wir uns zur jetzigen Gasanstaltsarbeiter-Bewegung.  
 2. Diskussion.  
**Die Streikkommission.**

**Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.**

Mittwoch, den 30. September 1896, abends 8 Uhr: **Große Versammlung der Gürtler, Drücker und verwandten Berufsgeossen** in „Senke's Salon“, Rannuistraße 27.  
**Tagesordnung:** 1. Der Stand unserer Bewegung und unsere weiteren Maßnahmen. 2. Verschiedenes.  
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.  
 Es ist Pflicht aller Kollegen zu erscheinen. Alle auf die Lohnbewegung bezüglichen Mitteilungen, Anfragen etc. sind an das **Verbandsbureau**, Berlin 8, Annenstr. 39, zu richten.  
**Der Vorstand.**

**Achtung! Schlosser!**

In nachstehenden Werkstätten befinden sich die Kollegen noch im Ausstande: **Bothmann**, Neue Jakobstr. 5; **de la Vari**, Rastanien-Allee 10; **Rösemann**, Rastanien-Allee; **Wihl Donner**, Niedorf, Mariendorfer-Wege 66; **Jean Violet**, Aronenstr. 8; **Pinnow**, Balliadenstr. 34. 116/5  
 Zutritt ist fernzuhalten.  
**Der Vertrauensmann der Berliner Schlosser: Paul Quast**, Hochtstr. 4.

**Verband aller in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter Berlins u. Umgegend.**

**Todes-Anzeige.**  
 Am 25. Sept. starb unser Mitglied der Schlosser **Theod. Beierle**.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 29. Sept., nachm. 4 Uhr, von der Charitee nach dem Elisabeth-Kirchhof, Prinzen-Allee statt. Um rege Theilnahme ersucht.  
**Der Vorstand.**  
 Hiermit sage allen Freunden und Bekannten, welche sich an der Beerdigung meines lieben Mannes betheiligt haben, insbesondere seinen Kollegen der Fabrik Beschleien, sowie auch dem Musikverein meinen innigsten Dank.  
**Wwe. Aug. Gasser.**

**Achtung.**  
 Meine Frau Helene geb. Kind zu Steglitz hat mich verlassen. Ich warne jedermann, ihr auf meinen Namen zu borgen, da ich für nichts aufkomme.  
**Karl Veunewitz**, 687b  
 Schöneberg, Sedanstraße 49.

**Für nur 4 1/2 Mark**



liefern e. vorzüglich gestimmtes **Accordeon** m. 8-fachen Balg, Stahledenschönen, grobart. Ton, beste und billigste Ziehharmonika-Schule. Selbstenlernen nebst prächt. Delbild gratis. Da selbst Fabrikant, liefere alle Sorten Musikinstrumente, Accordzithern, Saitaren, Musikwerke, Violinen, Spezialität: **Konzert-Ziehharmonika** zu Fabrikpreisen geg. Nachn. oder Vorscheid. d. Betrages. **F. W. Oertel**, Klingenthal in Sachsen.

**Strawfedern, Blumen**  
 besondere Sorgfalt, zu Engrospreisen d. h. die Hälfte billiger als anderswo. Phaustasfedern, Hutblumen, sowie hochgarnirte Köpfe zc. **V. Zeuge**, Neuenhagen am Wasser 23, 1. Et., ebendasselbst **Wajschfedern** 25 Pf. Kransefedern 10 Pf.  
**Möbel Küstriner Platz**, Ostbahn-Gebäude. Theilg.

**Achtung! Genossinnen u. Genossen! Volksversammlung**

am Dienstag, den 29. September 1896, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20.  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Die Bedeutung des Parteitage für die Frauen. Referentin Frau **Filly Braun** (v. Giez). 2. Wahl der Delegirten zum Gothaer Parteitag. 3. Berichterstattung der Revisorinnen in Sachen des geschlossenen Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins.  
 Alle gewissen Mitglieder des geschlossenen Bildungsvereins werden dringend ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
**Die Vertrauensperson: Frau Gerndt.**

**Achtung! Genossinnen, Genossen!**

Mittwoch, den 30. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn **Schneider**, Belforterstr. 15:  
**Große öffentliche Volksversammlung.**  
**Tagesordnung:** 1. Vortrag des Schriftstellers Genossen **Kolarich Schulz** über: „Bilder unsere Prägelpädagogen.“ 2. Diskussion.  
 Die Frauen und Mädchen sind besonders eingeladen.  
**Die Einberuferin: Frau Schädlich.**

**Achtung! Bilderrahmenmacher!**  
 Dienstag, 29. Sept., abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:  
**Große öffentliche Versammlung aller in der Bilderrahmenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.**  
 Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht und ist es unbedingte Pflicht eines jeden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.  
**Der Einberufer.**

**Sattler, Niemer und Täschner!**  
 Mittwoch, 30. September, abends 8 Uhr, bei **Cohn's**, Genthstr. 20:  
**Oeffentl. Versammlung.**  
**Tagesordnung:** 1. Was lehren uns unsere bisherigen Lohnkämpfe. 2. Bericht der Gewerbegerichts-Beisitzer. 3. Verschiedenes.  
**Die Agitations-Kommission.**  
**J. N.: Bruno Borsch**, Stalischerstr. 141a IV.  
**Künstl. Zähne** 2 M. Schmerzloses Zahnziehen u. Hervüllten 1 M. Plomb. 1.50. Theilzahlg. Rep. sof. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-8 Uhr.

**Möbel-Magazin Otto & Slotawa, Tischlermeister. Sarg-Magazin**  
 Berlin NW., Bremerstrasse 67. 2. Geschäft: Gotzkowskystr. 3. (5800\*) und **Beerdigungs-Comtoir.**

**Hackescher Markt 4 J. Brünn Am Stadtbahnhof**  
 (Ecke Neue Promenade) **Börse.**  
 Ältere zurückgeschickte Lagerbestände meiner **Teppiche! Gardinen! Steppdecken!**  
**Fertige Wäsche! Feinwaaren!**  
 gelangen nunmehr zu ganz außer gewöhnlich billigen Preisen zum **Ausverkauf.**

**Max Richter, Grüner Weg 65, Vereinsgeschäft.**  
 (Marx, Engels, Casselle) jeder Größe nebst Bildereinrahmung, Saaldekoration, Stocklaternen zc. in gros und en detail. 57961\*  
**Möbel-Verkauf**

**M. Schulmeister Schneidermeister, 57948\***  
 Dresden-Strasse 4, Kottbusser Thor,  
 empfiehlt zu außer gewöhnlich billigen Preisen nachstehende Spezialartikel:  
**Einfegnungs-Anzüge** Tuchstoffen, ein- und zweifärbig, 12-27  
**Paletots** einfärbig in Satin und Diagonal von M. 15-30  
 i. hochf. Kammg. u. Cheviot-Stoffen 20-35  
 Sackfagons, ohne Naht 18-27  
**Jaquet-Anzüge** in gedieg. wollenen Zwirnstoffen, 1. u. zweifärbig 16-24  
**Jaquet-Anzüge** in glatten Diagonal, Kammgarn, Satin- u. Cheviot-Stoffen, 1. u. zweifärbig 20-35  
**Jaquet-Anzüge** modernster Farben in Satin u. englischen Cheviot-Stoffen, eleg. Ausführung 22-36  
**Kost-Anzüge** i. guten, wollenen, schwarz. Kammg. u. Satin-Stoffen, moderner Façons 25-38  
**Kost-Anzüge** modernster Farben, elegante Schnitt-Façons 30-42  
**Gehrod-Anzüge** von feinen Satin-, Tuch- und Kammgarn-Stoffen, zweifärbig 30-45  
**Sport- u. Radfahrer-Anzüge, Loden-Mäntel** von 9 M. an.  
**Beinkleider** in dauerhafter, wollenen Stoffen, versch. Farben, Kammgarn und Cheviot von M. 5-10  
**Brinkleider** in edelartigen Wäsche Stoffen 2-5  
**Knabrupaletots, Knabenanzüge**, kleidsam. Façons in gr. Auswahl.  
**Schulanzüge** in Cheviot, Belour- und dauerhaften Zwirn-Stoffen, 1. und zweifärbig von 5 M. an.  
 Bestellungen nach Maass von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.  
**Begründung des Geschäfts 1878.**

**Gardinen-Fabrik-Lager aus Plauen in Sachsen, Berlin O., Bruno Güther, 80 Grüner Weg 80.**  
 (Zwischen Andreas- und Koppenstraße.)  
 Eingang v. Plur (kein Laden)  
 Einziges seit 28 Jahren bestehendes Gardinen-Spezial-Geschäft, offerirt als Spezialität zum bevorstehenden **Wohnungswechsel:**  
**Englische Tüll-Gardinen**  
 Meter schon von 80 Pfg. an bis zu den elegantesten.  
 Ferner gestickte Schweizer Tüll-Gardinen, Mull- u. Tüll-Gardinen, Spachtel, imit. Handarbeit und Kongreg-Gardinen, Sopha-, Tisch-, Kommoden-, Bett- und Steppdecken, Rouleauxstoffe, Stores in größter Auswahl. Gardinen, Nestel, zu 1-4 Fenstern passend, zu jedem annehmbaren Preis.  
 Neuheiten treffen täglich ein. Alles eigenes Fabrikat.  
**Beste Omnibus-, Pferde- u. Stadtbahn-Verbindung.**

**Alle soliden Herren-Cheviot, Kammg. etc., für jeden Geschmack passend, liefern in Ia. Waare zu bekannt niedrigen Preisen.**  
**bewiesen durch täglich eingehende Anerkennungs-schreiben**  
**aus allen Teilen Deutschlands und des Auslandes**  
**Wilkes & Cie., Aachener Tuchindustrie, Aachen Nr. 78.**  
 Bitte genau adressiren. Vorzögl. Musteranwahl franco!  
**Spez.: Aachener Fabrikat!** weltbek. durch Eleganz u. Solidität.  
 Unsere seit Jahren bekannten **Monopol-Cheviots** schwarz, blau od. braun zum gediegenen Anzuge kosten 3 1/3 Meter 10 Mark!

**Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Fabrik**  
 von 5938L\*  
**A. Schulz, Reichenbergerstraße 5.**  
 Liefere **Wohnungs-Einrichtungen** unter Garantie in **Hulbaum** und **Mahagoni** von 240, 300, 400, 500 bis 6000 M. in anerkannt gediegener Ausführung. **Günstigste Preisberechnung. Preislisten franco.**

**B. Günzel, Lothringersstraße 52.** Spezialität: **Porträts** sozialistischer Führer, Lassalle, Marx zc. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Wästen, Bildern u. dergl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preisstaurant.)  
**Stonsdorfer**  
**Likör**, echt, à Liter 1,20, 5 Liter 5,50, 10 Liter 10,- M.  
**Echten alten Nordhäuser**, à Liter 1,-, 5 Liter 4,50 M. 5894L\*  
**Advokat**, feinsten Eber-Likör, Literl. 4,- M., 1/2 2,- M.  
**Pommes**, Ingber, Getreidekummel, Wachholder, à Str. 1 1/2 M.  
**Eugen Neumann & Co.**  
 Belle-Allianceplatz 6a. Neue Friedrichstr. 81. Oranienstr. 8. Genthinerstr. 29. Potsdam: Bäckerstr. 7. Charlottenburg: Kaiser Friedrichstr. 48  
**Stede** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.